

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Das gepanzerte Christentum.

Fünf Jahre. VIII\*)

Alle civilisierten Völker der Welt wollen den Frieden, alle schrecken vor der Möglichkeit eines großen internationalen Zusammenstoßes zurück. Wäre es möglich, auf dem ganzen Erdball eine Abstimmung über die Frage des Weltfriedens durchzuführen — kein Mensch zweifelt daran, daß ihr Resultat ein nahezu einmütiges Verdammungsurteil wider den Krieg wäre!

Die Kapitalistenklasse will trotzdem sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, das Interesse ihres Profits auch mit dem Schwerte in der Hand wahrzunehmen. Und von ihrem Standpunkte aus hat sie vollkommen recht, sie handelt nicht anders als ein kluger Geschäftsmann. An allen Ausflüchten des Gewinnes, die das Kriegswesen eröffnet, hat sie ihren reichlichen Vorteil, während sie an der Tragung der Kosten so gut wie gar nicht beteiligt ist. Für sie sind auch die Kosten des Militarismus nicht unproduktiv, sie sind ungefähr im selben Sinne „produktiv“ wie das Kapital; d. h. bei der Erzeugung von Reichthum, Kanonen, Gewehren, Munition, Kasernen und dergl. läßt sich ebensoviele und noch besser ein ansehnlicher Gewinn heraus schlagen wie bei der Erzeugung von Eisen, Maschinen, Werkzeugen, Lebensmitteln oder Wohnhäusern.

Ganz anders aber stellt sich die Sache dar, wenn man sie vom Standpunkte der großen werththätigen Volksmasse aus betrachtet. Diese Masse ist an der Größe des Exportgebietes und seiner Erhaltung, an der Sicherung der Einfuhr gewiß ebenfalls interessiert. Es läßt sich aber keine Möglichkeit der auswärtigen Politik denken, die für die Arbeiterschaft einen annähernd gleich großen wirtschaftlichen Nachtheil bedeuten würde wie die ewig wachsenden Lasten des bewaffneten Friedens. Darum ist die große Flotte für sie auch nicht produktiv, denn sie schafft wohl Mehrwert, aber keinen Gebrauchswert, der den aufgewandten Opfern auch nur einigermaßen entsprechen würde. Hätten wir nicht die große Flotte, dann könnte das Reich wohl nur mit minderen Lärm in Venezuela oder anderswo für ein paar reiche Kaufleute die Rolle des Gerichtsvollziehers übernehmen, dafür könnte aber das deutsche Volk jährlich viele Hunderte von Millionen dazu verwenden, seine körperlichen und geistigen Kräfte zu verelendsüßigen. Ein Pfund Wurst ist für das Wohlergehen des Volkes wichtiger als ein ganzer Centner Schießpulver. Der Staat, der seine Mühsungen herabmindert, um seine volkswirtschaftlichen Kräfte besser zu pflegen, würde die Sympathien aller Völker gewinnen und andre Staaten zur Nachahmung anspornen, weil schließlich jedermann weiß, daß das Glück und die Kraft eines Volkes von seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit, nicht von der drohenden Entfaltung roher physischer Gewalten abhängt.

Dem deutschen feudalkapitalistischen Klassenstaate kann man allerdings eine solche Rolle nicht zumuten. Zudem sich aber dieser Staat nicht bloß darauf beschränkt hat, seine Mission zu erhalten, sondern noch überdies zu einer neuen unheilvollen Entwicklung der ganzen Weltlage den Anstoß gegeben hat, hat er sich vor seinem eignen Volke und allen Völkern der Welt mit der schwersten Schuld beladen. Die vermehrte und verbesserte Ausrüstung des Flottenplanes vom Jahre 1900 bedeutet nicht nur für das deutsche Volk eine Last von mehr als fünf Milliarden, sondern auch für die konkurrierenden Staaten und ihre Völker — der gegenwärtigen Sachlage nach — eine neue Milliardenlast. Jede Vermehrung der deutschen Flotte führt wiederum eine Vergrößerung der fremden Flotten herbei; das Resultat ist, daß Milliarden von Arbeitstagen, die der Befriedigung wirklicher Kulturbedürfnisse hätten gewidmet werden können, dem Frondienste des Wassermoloch anheimgefallen sind, ohne daß dadurch an dem Kräfteverhältnis der Staaten etwas geändert wird. Schließlich haben alle Völker in gleichem Maße ihren Reichtum an Schiffen und Kanonen vermehrt wie ihre Armut an Nahrung und Brot.

Die romantische Weltanschauung des deutschen Kaisers und die sehr mühsamen Erwägungen der interessierten Industrie haben die Flottenagitation ins Leben gerufen. An willfährigen Dienern hat es weder dem gekrönten Kaiser, noch den ungekroneten Monarchen von Essen und Dillingen gefehlt. Wilhelm II. erwartete von der Flotte eine Verstärkung seiner Herrscher Gewalt; es sollte nirgends in der Welt ohne den deutschen Kaiser eine wichtige Entscheidung fallen dürfen; Krupp und Stumm rechneten auf eine Vermehrung der Aufträge und eine Stärkung ihrer industriellen Weltmachstellung. Dieselben Kräfte, die für das Jagdhaus-Gefetz wirkten, sind für die Flottenvermehrung thätig gewesen: im zweiten Falle freilich mit besserem Erfolge als im ersten.

Kaum war die große Flotte von 1898 glücklich in den Hafen gebracht, so begann schon die Agitation für die größere.

Aber noch im Januar 1899 erklärte der Marine-Staatssekretär Tirpitz in der Budgetkommission des neuen Reichstages, die Gerüchte von einem neuen Flottenplane seien gar nicht ernsthaft zu nehmen. Er erklärte „ausdrücklich“, daß von keiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten ist, einen neuen Flottenplan vorzulegen, daß im Gegenteil bei allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht besteht, das Flottengesetz auszuführen und die darin vorgesehene Limitierung (Begrenzung) innezuhalten.

Wenige Monate später bekam derselbe Herr Staatssekretär den Auftrag, einen neuen Flottenplan auszuarbeiten. Nach proletarischen Chibegriffen hätte der Mann, der sich außer Stande sah, sein Versprechen zu halten, den Abschied nehmen müssen. Aber es ist bekannt, daß der Ehrenlober der hohen Herren für den Verstand des gemeinen Volkes zu verwickelt ist. Herr Tirpitz blieb und arbeitete aus. Im Dezember desselben Jahres wurde dem Reichs-

tage vom Reichskanzler offiziell die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß eine „wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte“ vorgenommen werden solle. Und Herr Tirpitz gab dazu die Begründung. Abermals nach proletarischen Begriffen hätte jedes Parlament eine so wankelmütige Regierung davonjagen müssen, indem es ihr einstimmig das Budget verweigerte. In den ersten Monaten des Jahres 1899 hatte sich nichts ereignet, wodurch der Umfall der Regierung auch nur einigermaßen hätte markiert werden können. Aber der Reichstag bewilligte das Budget und bald darauf die Flotte dazu.

Natürlich konnten die Wähler keiner Partei diesen Umfall begreifen, mochten sie nun im Princip Gegner oder Anhänger der Flotte sein. Plötzlich sollten die Beschlüsse, die der Reichstag vor kaum zwei Jahren gefaßt hatte, über die nicht hinausgehen zu wollen, die meisten Parteien erklärt hätten und die die Regierung noch vor ein paar Monaten für vollkommen ausreichend gehalten hatte, zum alten Eisen geworfen werden. Wozu? Warum? Weshwegen? Die Agrarier wandten sich um die „gräßliche Flotte“, und das Centrum befand sich in höchster Verlegenheit. War indes jenen Demagogengruppen schon so mancher große Schwindel gegolten, so konnte es auch diesmal nicht fehlen. Man erhob zunächst in den Zeitungen ein wildes Geschimpfe und rechnete darauf, daß sich später im Reichstage alles finden werde. Das Resultat dieses Preßfeldzuges faßte das rheinische Hauptorgan Centrums, die „Rheinische Volkszeitung“, in die Worte zusammen:

So viel wir sehen, hat kein Organ der Centrumpresse für die neuen Flottenpläne sich ausgesprochen. Es wäre auch sehr verwunderlich, wenn es anders wäre.

Anlässlich der ersten Lesung der Vorlage, die eine Verdoppelung der Schlagschiffe über den Plan von 1898 hinaus sowie eine Vermehrung der Auslandsschiffe forderte, erklärte der konservative Herr v. Wangenheim:

Wir sind uns vollkommen klar, daß gerade für die Landwirtschaft diese Vorlage die allerschwersten Nachteile herbeiführen wird und herbeiführen muß.

Zwei Jahre zuvor hatte der gleichfalls konservative Graf Arnim gesagt:

Wenn die Herren hier auf der Linken (die Nationalliberalen und die Freisinnige Vereinigung) der nothleidenden Landwirtschaft völlig den Todesstoß geben wollen, so müßten sie das Doppelte von Schlagschiffen bewilligen, welches heute beantragt wird.

Kam war das Doppelte von Schlagschiffen da; nun belam die nothleidende Landwirtschaft völlig den Todesstoß. Trotzdem erklärten die Herren, für den Todesstoß stimmen zu wollen — aus nationalen Gründen. O, erhabene Körnung!

Das Centrum schickte Herrn Schädlers vor, der eine fürchterlich wilde Rede zum Fenster hinaus brüllte, gleichzeitig aber der Regierung bedeutete, es würde sich schon machen lassen.

Und es machte sich auch! Dem Agrariern wurde in der Flottenkommission die Erhöhung der Protzölle versprochen, obwohl Herr Tirpitz den Freisinnigen gesagt hatte, jedes neue Panzerschiff sei ein neues Argument für — den Freihandel. Dem Centrum aber that man's zu lieb, daß man die Forderung der Auslandsschiffe zurückstellte, mit deren Bau ohnehin erst im Jahre 1906 begonnen werden sollte. Der Flottenplan hat aber durch den Einfluß des schimpfenden Centrums nichts an seiner Vollkommenheit eingebüßt, und man darf sicher erwarten, daß die Regierung noch vor dem Jahre 1906 ihren Ehyloschwein auf die Auslandsschiffe präsentieren wird. Zum Ueberflus wurde später durch den Geheimrath des Marine-Amtes, der im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, der schlüssige Nachweis geliefert, daß der Reichstag in der Frage der Indiensthaltungskosten erst recht von der Marinerechnung hinter Licht geführt worden ist.

Für den nächsten Reichstag ist aber nach den Ankündigungen der Regierung ein neues Flottengesetz zu erwarten, das zum mindesten eine Steigerung der Indiensthaltungskosten um einige Millionen jährlich und den Bau einer Auslandsschiffen für 150 bis 200 Millionen fordern wird. Ob nicht bis dahin abermals der Regierung eine neue Erleuchtung kommt, bleibt abzuwarten.

Die Kosten der Flottenvermehrung betragen nach den schönfärbereichen Darstellungen der Regierung 432,91 Millionen Mark, welche Summe sich auf siebzehn Jahre verteilt. In Wirklichkeit aber werden die Kosten der Flottenvermehrung mindestens 5000 Millionen betragen, im Durchschnitt der Jahre also fast 300 Millionen Mark, oder 5 M. pro Kopf der Bevölkerung.

Man hat diese enormen Auslagen eine Art Versicherungsprämie genannt. Diese „Versicherungsprämie“ beträgt für eine Arbeiterfamilie 25—30 Mark jährlich, eine Summe also, für die man schon ein recht ansehnliches Kapitalchen gegen alle möglichen Gefahren versichern kann. In Wirklichkeit aber wird durch die Flotte nichts gesichert oder versichert, sondern die Weltlage wird nur noch unsicherer gemacht.

Man hat auch gesagt, daß durch die Flottenvermehrung Arbeit geschaffen würde, und daß der Flottenbau darum ein wirtschaftlich löbliches Werk sei. Es kommt aber nicht darauf an, daß gearbeitet wird, sondern was gearbeitet wird. Sonst würde auch die sinnloseste Verschwendung eine wirtschaftlich vernünftige Handlung sein müssen.

Es giebt allerdings ein paar Personen im Deutschen Reiche, die aus der Flottenvermehrung ihren sicheren Gewinn gezogen haben. Das sind die Krupp und Stumm und deren Erben, denen durch die Flottenpläne Hunderte von Millionen in die Taschen gewirtschaftet worden sind. Die Einkommensteuer-Statistik hat den Aufschwung dieses nationalen Reichthums infolge der Flottenvermehrung ziffermäßig belegt. Dafür bedanken sich die Herren von Essen und Dillingen auf dreierlei Weise: erstens indem sie das System der Unternehmerdiskretur, wie es auf ihren Werken herrscht, für ganz Deutschland

gesetzlich festzulegen versuchten; zweitens, indem sie Gewinne von hundert Prozent und darüber machten und noch darüber hinaus den Staat zu überborteln suchten; drittens, indem sie auch die fremden Staaten mit deutschen Waffen versorgen. Im großen Kriege der Zukunft wird kaum ein Geschöß die Leiber der Deutschen zerreißen, an dem die deutschen Kanonenkönige nicht ihren sicheren Profit gehabt hätten.

Nicht sie aber, sondern wir sind die Vaterlandskosen Geseften! Der nächste Wahlkampf wird zum guten Theile auch ein Kampf gegen bhzantinernde Wasserpatrioten sein. Schlimmer als die ganzen sind unter ihnen die zweideutigen und halben; die Agrarier, die der Landwirtschaft „den Todesstoß verlesen“, und das Centrum, das — der Regierung zuliebe — für Dinge stimmt, gegen die es — dem Volke zuliebe — in Wort und Schrift getwittert hat. Der Staat hat nach des hochwürdigen Herrn Schädlers Worten für das Volk nichts als Steuerzettel und Kanonen. Das Centrum hat noch etwas mehr: Panzerschiffe und Protzölle.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April.

Die Novelle zur Krankenversicherung.

wurde am Donnerstag im Reichstag in Angriff genommen. Wenn es nach den Wünschen der Mehrheit ginge, würde die Novelle nach den Beschlüssen der Kommission an bloß zu genehmigen sein. Ohne nähere Prüfung soll ja und Amen gesagt werden, damit die Herrschaft in Wahlkampfe um so bequemer auf die socialpolitische Großthat dieser Reform berufen können. Die socialdemokratische Fraktion hat es für selbstverständlich erachtet, diese Absicht zu durchkreuzen und hat zum Entsetzen der Herren, die, wie Herr Camp, die laue Frühlingssonne ins Freie lockt, eine Reihe von Anträgen eingebracht, in denen die allerwichtigsten Verbesserungsvorschläge zum Geleze Aufnahme gefunden haben.

Bei § 1 entwickelte sich etwas wie eine Generaldiskussion. Hier hatten wir die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter, das Gesinde, die Hausindustriellen und Seelente beantragt und gleichzeitig die obligatorische Versicherung aller Handlungsgehilfen und Lehrlinge gefordert. Stadhagen begründete diese Forderung und wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß der Ausschluß der Landarbeiter von der Krankenversicherung ein nicht zu rechtfertigendes Unrecht darstelle, das besonders auf das Schuldkonto des Centrums laune. Herr Camp suchte mit leeren Nebenarten das Verlangen nach einer Krankenversicherung der Landarbeiter abzuspüren. Dagegen verlangte er, daß die Regierung möglichst bald eine neue Novelle zum Geleze ausarbeite, in der die Klassenbeamten von dem Terrorismus der socialdemokratischen Parteileitung erlöst und die Kerkertage nach den Wünschen der Kerze geregelt werde. Auch der konservative Herr v. Nächsthofen und Herr Trimborn vom Centrum lehnten jedes Eingehen auf unsere Vorschläge, für die noch Genosse Albrecht eintrat, ab. Nur in einer Beziehung wurde eine Ausnahme gemacht, die obligatorische Versicherungspflicht für die Handlungsgehilfen wurde in Gestalt eines Antrages des Antisemiten Raab, der sich mit dem wirren deckte, angenommen.

Das Schicksal unserer Anträge zum § 1 war vorbildlich für alle weiteren Anträge, die von den Genossen Rollenbühne und Stadhagen begründet wurden. Es hatte sich ein schweigendes Kartell zum Niederkommen aller unserer Kleregungen gebildet. Selbst der Antrag, den Wählerinnen-Unterstützung für 6 Wochen zu gewähren, wurde abgelehnt. Die Oris-Krankenlassen gewähren den Wählerinnen schon jetzt eine Unterstützung auf 4 Wochen, die durch die Vorlage auf 5 Wochen erhöht werden soll. Die ungetreute Venachteiligung der Wählerinnen, die der Gemeinde-Krankenversicherung unterliegen, ist besonders charakteristisch für die Socialpolitik des Centrums, das in Rücksicht auf Bayern, wo die Gemeinde-Krankenlassen besonders häufig sind, auch die gerechteste Erhöhung der Leistungen dieser Klassen verhindert. Die Mehrheit des Centrums stimmte auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Verbesserung, wonach Geschlechtsfranke nicht länger mehr noch besonders durch den Verlust des Krankengeldes bestraft werden sollen. Der Versuch unserer Fraktion, auch die Ausnahmestimmungen für Krankengeld z. z. zu beseitigen, wurde abgelehnt, obwohl sich auch die liberalen Parteien dafür aussprachen.

Morgen wird die Novelle kaum weiter beraten werden, da vorher eine Interpellation des Centrums wegen des Falles Dörsner und der Nachtengedat zu erledigen sind, —

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus arbeitet mit ungewohnter Schnelligkeit. Die Reste der noch nicht erledigten Vorlagen auf. Am Donnerstag erledigte es mehrere Rechnungssachen und nahm in dritter Lesung die Sekundärbahn-Vorlage, in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Staatsdienst an. Ob diese Vorlage, die bekanntlich schon in der vorigen Session geschleiert ist, diesmal Gesetzeskraft erlangen wird, ist noch nicht sicher, da das Haus mehrere Kommissionsanträge annahm, die der Minister Herr v. Hammerstein für unannehmbar erklärte. Am Freitag steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge auf Veränderung des Einkommensteuer-Gesetzes auf der Tagesordnung.

### Wahlvorbereitungen.

Der Münchener Parteitag forderte durch besondern Beschluß die Organisationen, Vertrauensleute und Parteigenossen auf, alle Wahlflugblätter, Wahlchriften und dergleichen der Redaktion des

\*) Vergl. Nr. 92 des „Vorwärts“.



„Vorwärts“ einzufenden, damit sie in möglichster Vollständigkeit gesammelt und widerlegt werden könnten.

Indem wir die Parteigenossen nochmals an diesen Beschluß erinnern, bitten wir, uns von allen gegnerischen Wahlschriften möglichst zwei Exemplare einzufenden. Wir werden dafür sorgen, daß den Gegnern keine der Pagen geschenkt bleibt, mit denen sie arbeiten.

Ihren Wahlausruf veröffentlicht die freisinnige Vereinigung. Er wendet sich gegen kirchliche und protestantisch-orthodoxe Unzulänglichkeiten sowie gegen agrarische Interessenpolitik. Er fordert günstige Handelsverträge, Sicherung des Koalitionsrechts, keine weiteren indirekten Steuern, „Erhaltung unserer Bekraft zu Wasser und zu Lande“ usw.

Interessant ist, daß der Aufruf, um die militärischen Neigungen der Partei zu verhehlen, der soeben citierten Forderung hinzusetzt: „Befämpfung jedes Militarismus, der die Zivilbevölkerung von der Militärbevölkerung durch Ständevorurteile und gesonderte Erziehung trennen will“. Das ist, wie ziemlich das ganze Programm der freisinnigen Partei, ein Widerspruch und eine Halbheit zugleich. „Erhaltung der Bekraft“ kann nur sagen sollen: Vereinfachung weiterer Vorlagen zu bewilligen dem Militarismus, dem jeglichen Militarismus, dessen ganzes Wesen heute darin besteht, die Zivilbevölkerung von der Militärbevölkerung zu trennen. Will man diese Trennung ernstlich beseitigen, so muß man Beseitigung aller Privilegien aus der Armee und weitgehende Verkürzung der Dienstzeit fordern.

Mit der Socialdemokratie beschäftigt sich der Aufruf nur an einer Stelle. Es wird da gesagt:

„Zur Sicherung ihrer Herrschaft würden die reaktionären Parteien nicht zögern, auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht anzutasten. Als erwünschter Vorwand dient ihnen das fortgeschrittene Anwachsen der Socialdemokratie, das nicht zum wenigsten die Folge einer rückständigen Wirtschaftspolitik ist. Diesen reaktionären Plänen arbeitet die Socialdemokratie in die Hände durch die unablässige Verleumdung aller derjenigen Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, welche von nicht-socialistischen, insbesondere auch von liberaler Seite ausgegangen und nicht ohne Erfolg geblieben sind.“

Das ist eine Geschichtsleugnung, die nur beweist, daß das deutsche liberale Bürgertum — so weit davon noch etwas vorhanden ist — seine eignen politischen und wirtschaftlichen Verfehlungen immer und immer nicht erkennen will.

Woher denn die rückständige Wirtschaftspolitik — wir können hinzufügen — die politische Entziehung der unteren Volksklassen durch hundert große und kleine Mittel, woraus die Socialdemokratie gewiß ein gut Teil ihres schnellen Wachstums gewann? Der Aufruf klagt hier die Reaktion an. Aber der Schuldige ist doch zunächst das deutsche Bürgertum, das sich jeglicher Reaktion überliefer hat, das auf Zollwachen und Wahlentziehungen herabgekommen ist.

Dann soll die Socialdemokratie gewissermaßen mitschuldig sein, daß die Reaktion das Wahlrecht antasten will. Glauben denn die Wahlausruferfertiger der freisinnigen Vereinigung, daß die preussische Reaktion das Reichstags-Wahlrecht nicht stets haben wird, sobald die unteren Volksmassen sich dieselben bedienen, um ihre Wohlthat — wäre es auch in irgendeiner anderen Art, als es heute die Socialdemokratie thut, was freilich unmöglich ist — ernstlich zu fördern? Die Reaktion würde sich mit dem gleichen und geheimen Wahlrecht nur ansöhnen, wenn die Unbemittelten aufhören würden, für ihre Interessen ernst zu kämpfen, wenn sie Lust vorprägen, zur konservativen Schatzkammer zurückzukehren. Weinahe diese Zumutung stellt allerdings der liberale Wahlausruf an die Arbeiterklasse, indem er von „unablässiger Verleumdung“ der „insbesondere auch von liberaler Seite“ ausgegangenen Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen redet. Wo hätten wir je eine ernsthafte liberale Bestrebung zur Förderung der arbeitenden Klassen unablässig verlehrt? Unablässig verlehrt haben wir nur, weil es den Liberalen an ernsthaften Bestrebungen auf diesem Gebiete stets gefehlt hat. Warum denn sonst sind die Arbeitermassen längst in hellen Scharen dem Liberalismus entflohen? Haben denn nicht erst jüngst wieder — um nur eins im Fluge anzuführen — auch alle „liberalen“ Parteien im Reichstage gegen die Einführung des von der Socialdemokratie beantragten Normal-Arbeitstages gestimmt?! —

**Zu den Berliner Reichstagswahlen.** Eine Wahlcorrespondenz berichtet: Sondercandidaturen kleinerer Parteien werden diesmal bei den Berliner Reichstagswahlen — abgesehen von den Zellkandidaten des Centrum und der Polen — nicht aufgestellt werden. Bei der Reichstagswahl von 1898 erzielten die Nationalsozialen mit ihrem Kandidaten, dem Rathographen Tischendorfer im 1. Wahlkreise über 1000 Stimmen, indes die bürgerlichen Demokraten auf ihren Kandidaten Dr. Gräber im 5. Kreise über 400 Stimmen vereinigten. 1893 hatten auch Nationalliberale und Bodenreformler eigne Kandidaten, während andererseits die Kandidatur des Oberflüchtenants v. Egidy im ersten Wahlkreise einen erheblichen Teil der Stimmen abspaltete. Die Stimmen der Nationalsozialen und Demokraten dürften diesmal zum guten Theile den Socialdemokraten zufallen. Die polnischen Socialisten werden gleichfalls, nachdem die Einigung mit der deutschen Socialdemokratie vollzogen ist, von vornherein für deren Kandidaten stimmen. Die katholischen Polen wollen diesmal, um den lässlichen Mißerfolg von 1898, wo ihr Sondercandidat Propst Walzschmal-Schrimm es nicht einmal auf zwei Dugend Stimmen brachte, auszuweichen, für ihren Kandidaten, den polnisch-vollsparteilichen Abg. v. Chranowski-Polen eine lebhaft agitative Unterfallten. Das Centrum hat seinen Kandidaten noch nicht nominirt.

**Im Reichstags-Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland,** welcher jetzt durch unsern Genossen Baus vertreten wird, haben die Freisinnigen in einer zu Brigrer abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung den Fabrikbesitzer Stadtrat Ernst Biele in Brandenburg a. N., Bruder des freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Karl Biele, als Kandidaten aufgestellt, nachdem vorher vergebliche Versuche gemacht waren, einerseits die Nationalliberalen für diese Kandidatur zu gewinnen, andererseits die Freisinnigen zu bestimmen, für den Kandidaten der Konservativen und Nationalliberalen, den seit dem 7. d. M. zur Disposition gestellten bisherigen Kommandeur der 6. Division, Generalleutnant v. Siebert, einzutreten.

**Polen und Centrum.** Das Centrum scheint der Polengefahr durch Intriguen begegnen zu wollen. In einer Sitzung des Polentomitees in Dortmund beabsichtigten die Mitglieder den Vorsitzenden des Komitees, daß er die Polen an das Centrum verrate. Obwohl er anfangs leugnete, wurden ihm Schriftstücke vorgehalten, die außer der seinigen auch die Unterschriften von Dortmund-Centrumsführern trugen. Der dem Centrum genehme Polenfürher soll demnach von seinem Posten entfernt werden.

### Deutsches Reich.

#### Militärische Wahlrechts-Entziehung.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Bei der am Dienstag hier abgehaltenen Kontrollversammlung wurde den antwefenden Mannschaften der Reserve-Artillerie mitgeteilt, daß sie am 16. Juni, also gerade am Tage der Reichstagswahl, zu einer Uebung eingezogen werden würden.

Es ist dringend nötig, daß die obere Behörde diese ungeschickliche Wahlrechts-Entziehung aufhebt.

**Vorbereitung der Handelsverträge.** Das „V. T.“ führt aus: Die „Frankf. Ztg.“ wolle zu melden, daß die Verhandlungen mit Rußland über die neuen Handelsverträge schon ziemlich

weit gediehen seien. Ein Staatsrat, Vertreter der russischen Regierung, wolle seit etwa einer Woche in Berlin und arbeite dort mit den deutschen Regierungsvertretern. Man glaube, daß der Handelsvertrag mit Ausland in vier Wochen fertig sei. Auch die Verhandlungen mit Oesterreich und der Schweiz seien bereits ziemlich weit gediehen. — Diese Nachrichten erheben sich erhebtlich voraus. Bis jetzt ist weder mit Rußland noch mit Oesterreich und der Schweiz über neue Handelsverträge verhandelt worden. Wenn die Verhandlungen beginnen werden, darüber ist noch keine Bestimmung getroffen worden.

#### Sächsischer Ratenzimmer.

Die „Dresdener Nachrichten“, das Leitblatt aller sächsischen Reactionäre, das an der Verumpfung der sächsischen Zustände keinen geringen Antheil hat, schreibt:

Es bleibe die Augen abtsächlich vor ostentativen Thatsachen, auf die man bei jedem Schritt hinst, verschließen, wenn man in Abrede stellen wollte, daß in letzter Zeit in den breitesten Schichten der Dresdener Bevölkerung eine Rührung im Sinne der Vertheidigung hat, die zu ernstlichen Erwägungen Anlaß giebt. Ein solches Verleugern ist öffentlich anzusprechen, erscheint, so sehr bedauerlich die Thatsache selbst ist, nachdrücklicher als eine Pflicht. Für niemand, der nur einigermaßen Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung und sich eine unbedingte Beurteilung der thatsächlichen Verhältnisse bewahrt hat, wird diese Behauptung der näheren Begründung bedürfen. Die Ursachen des überhandgenommenen Mißtrauts sind gewiß in weitgehendem Maße auf die gedrückte Lage der allgemeinen Erwerbsverhältnisse, auf den schlimmen Zustand unserer Staatsfinanzen mit seiner dringenden gebotenen Sparsamkeit und seinen namhaften Steuerzuschlägen usw. zurückzuführen; die Gemüthsstimmung weicher Kreise ist in der letzten Zeit aber besonders bedrückt worden durch die nachhaltigen Versuche offiziöser Kreise, auf die Empfindungslagerung der Dresdener Einwohnerschaft bestimmend einzuwirken. Es muß ausgesprochen werden, daß mit den gedachten Maßnahmen ein nicht weniger als glücklicher Weg betreten worden ist, selbst wenn man zunächst auf einen äußeren Erfolg hinwirken kann. Diese Auffassung entspricht nicht etwa nur der Beurteilung derjenigen Leute, die in angeborener Abneigung gegen das, was andre begünstigt, gewohnheitsmäßig alles betrachten und herabschätzen, sie reicht weit in die Kreise der Bevölkerung hinein, deren staats-erhaltende, nationale und monarchische Gesinnung in jedem Fall über allen Zweifel erhaben ist. Es liegt hier ein Mißgriff vor, der als Gewissenszwang empfunden wird.

Mit diesen letzten Maßnahmen, die nach dem in diesem Punkte wohl unbedingten konservativen Blatte eine so besonders gedrückte Stimmung hervorgerufen haben, ist die böse Geschichte des Königs-empfanges gemeint. Es wird damit zugegeben, daß nicht das ungeschicklich harnlose Damencomitee, an dessen Spitze übrigens eine jüdische Kommerziantin marschirt, sondern die maßgebenden politischen Stellen für den Empfangsvorbehalt an den Beamten verantwortlich sind. Uebrigens ist dieser Vorhang so bedenklich er ist, doch nur ein einzelnes Symptom eines ganzen verkehrten Systems. Es ist wahr: man ist bei dem Arrangement dieses Empfangsfeierlichen etwas gar zu plump vorgegangen. Aber etwas Neues ist die Falschung der öffentlichen Meinung durch Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht keineswegs; sie wird alle Tage geübt und die Vergeßlichkeit der arbeitenden Bevölkerung durch das Klassenwahlrecht ist eine weit schlimmere und gefährlichere That, wie der kommandirte Königsempfang. Dieser erscheint nur gewöhnlichen Kreisen, die die Ausschließung der Arbeiter aus dem Landtage gefordert und betrieben haben, so viel schlimmer, weil der König damit bemogelt werden sollte. Es mag aber zugegeben werden, daß der politische Bankrott der herrschenden Klasse in Sachsen im Gefolge der Wahlentziehung so vollkommen geworden ist, daß es nur noch eines solchen Anstoßes, wie die Veröffentlichung der blamablen Empfangsmaße, bedurfte, um ihn den Bankrotteuren selber zum Bewußtsein zu bringen. Eine Rettung giebt es da nur durch völlige Umkehr. Nur wenn man das Bevormundungssystem überhaupt aufgibt und den im Volke lebenden Kräften freie Bahn gestattet, wäre ein neues, frischeres politisches Leben zu erwarten. Denn stehen jedoch zu viel materielle Interessen der herrschenden Clique entgegen, als daß sie freiwillig auf die Herrschaft verzichteten. Und zu Grunde gehen wird sie an dem Standal der Theatermaße des Königsempfanges leider auch noch nicht. Ist doch die sächsische Reaction geradezu die Verkörperung der kapitalistischen Corruption.

**Der Norddeutsche Lloyd als Befreier und Sieger.** Die armen Aulis der kapitalistischen Gewaltmenschen, die für gute Bezahlung jede Gewaltthat zu einer Manifestation höherer Sittlichkeit umzuwandelten haben, feierten den Streich des Norddeutschen Lloyd als eine Befreiungsthat. Die Arbeiter des Lloyd sollten angeblich aufatmen, daß sie durch das entschlossene Handeln ihres väterlichen Unternehmers von dem Terrorismus der Gewerkschaft befreit worden seien. Die gestern berichtete Abstimmung der Kohlenarbeiter über die ihnen als Kompensation zugebende Wohlthat der Pensionskasse hat diesen Illusionen zerstückt. Die Arbeiter wollen nicht von den zweifelhaften Wohlthaten des Unternehmers wissen, sie bestehen darauf, von der Gewerkschaft „terrorisirt“ zu werden. Der Lloyd gedachte in dem blinden Uebermuth seines Schein-sieges den „Befreiten“ jede Möglichkeit zu nehmen, sich der Befreiung zu entziehen und gerade dies macht ihn nun in aller Form zum Befreiten. Im Statut der „Wohlfahrtsklasse“ heißt es: „Mitglied kann nur derjenige werden und bleiben, der nicht Mitglied des Hafenarbeiter-Verbandes bzw. eines gleiche oder ähnliche Ziele verfolgenden Vereins ist und nicht gegen den Norddeutschen Lloyd oder die Firma D. J. Finck agitiert.“

Betheiligungen an Streiks haben das Erlöschen der Mitgliedschaft zur Folge.

Die einstimmige Ablehnung dieses Statuts zeigt, wer der wahre Sieger ist. Der Lloyd hat zwar die Arbeiter mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Uebermacht zwingen können, unter seinen Bedingungen die Arbeit weiterzuführen, aber er kann sie nicht zwingen, sich einem Auftritt auch noch als Wohlthat ausreden zu lassen. Sollten wirklich unter den Arbeitern noch Laue und Schwankende gewesen sein: der Lloyd hat alle Laue und alle Schwankende besiegt; jetzt lehnen sie es einstimmig ab, einen Vettelstempel gegen das Koalitionsrecht einzutauschen. — Der Lloyd hat einen großen Sieg errungen! —

**Lieber mit Kröcher als mit Barth!** Wenn die „Freisinnige Zeitung“ von einer frechen Lüge spricht, so kann man sicher sein, daß damit immer die Ableugnung einer unbedingten Wahrheit gemeint ist.

In der Kammanischen „Zeit“ lesen wir: „Eine „freie Lüge“ — fettgedruckt! — nennt die „Freisinnige Zeitung“ die von den Socialdemokraten in Oldenburg verbreitete Behauptung, ein Anhänger Eugen Richters habe im Reichstages ausgerufen: „Lieber mit Herrn v. Kröcher als mit Herrn Barth!“ Sollte die „Freisinnige Zeitung“ neuerdings die enge Fühlung mit der Fraktion der Freisinnigen Kollapspartei verloren haben? Andersfalls wäre es nicht recht verständlich, wie sie, noch dazu unter Bekämpfung ihrer Gegner, eine Thatsache in Abrede stellen kann, die vielleicht von einem Duzend Abgeordneten bezeugt werden kann. Der Ausruf fiel, als Herr Richter im Zollkampf eine seiner denkwürdigen Reden gegen die „Obstruktion“ gehalten, leider aber ganz vergessen hatte, Herrn v. Kröcher auf seine Socialistengesegrede auch nur mit einem Wort zu antworten. Als ihm nämlich Dr. Barth zurief: „Und wo bleibt Kröcher?“ da erwiderte er aus den Reihen der Freisinnigen Volkspartei: „Lieber mit Kröcher als mit Barth!“ Nähere Information über den Vorfall kann sich die „Freisinnige Zeitung“ bei dem Abg. Fischbeck einholen. Sie wird ja dann wohl ihren Vorwurf gegen die Oldenburger Socialdemokraten zurücknehmen.“

Wir können den Rat, Herrn Fischbeck zu fragen, nur unterfühen. Das gestimmte Wort entspricht ja auch völlig der Seelenverfassung derer um Richter in der Zollkampfzeit. —

**Witthelm II. als Kulturträger.** Aus Merseburg wird der „Magdeb. Volkszt.“ berichtet: Ganz Merseburg wird, weil der deutsche Kaiser hierher kommen will, dem Schmutz überhäuft. Sämmtliche sämmtlichen Häuser werden neu angestrichen. Heute meldet sogar ein Blatt: „In den nächsten Tagen wird auch die Stadtverwaltung mit der Reinigung der Straßen beginnen, die der Kaiser voraussichtlich passieren wird. Die Pflasterung, die in bestem Material ausgeführt werden wird, erfordert einen Kostenaufwand von rund 70 000 M.“

Auf diese Weise werden die guten Merseburger endlich zu einem guten Straßenpflaster kommen.

#### Der Viehstand in Deutschland.

Ausführliche Berechnungen über die Ergebnisse der letzten Viehzählung und Vergleichen mit früheren Zählungen, die soeben vom kaiserlichen Statistischen Amte veröffentlicht wurden, zeigen eine fortgesetzte starke Zunahme des Viehstandes, des Stückgewichtes und des Wertes der hauptsächlichsten Viehgattungen: Rindvieh, Schweine und Pferde. Es wurden gezählt:

	1873	1883	1892	1900
Pferde	3 352 281	3 522 545	3 836 273	4 195 381
Rindvieh	15 776 702	15 786 764	17 555 834	18 939 692
Schweine	7 124 088	9 206 195	12 174 442	16 807 014

Auf 100 Einwohner berechnet, ist zwar die Stückzahl der Pferde und des Rindviehes zurückgegangen, die der Schweine aber kolossal gestiegen. Es kamen:

	1873	1883	1892	1900
auf 100 Einwohner				
Pferde	8,2	7,7	7,8	7,4
Rindvieh	35,4	34,5	35,5	33,6
Schweine	17,4	20,1	24,6	29,8

Der verhältnismäßige Anstieg der Stückzahl beim Rindvieh wird aber aufgewogen durch die erhebliche Gewichtszunahme der einzelnen Tiere. Es betrug nämlich das durchschnittliche Lebendgewicht eines Stückes in Kilogramm:

	1883	1892	1900
Rindvieh:			
Kälber, noch nicht 6 Wochen alt	50	53	55
6 Wochen bis 6 Monate alt	94	97	99
Jungvieh, 1/2 bis 2 Jahre alt	210	219	230
Stiere und Ochsen, 2 Jahre alt und älter	466	497	531
Kühe, 2 Jahre alt und älter	380	416	443
Schweine, 1 Jahr alt und älter	116	119	126

Ganz besonders stark ist die Wertsteigerung des Viehes. Während nämlich 1883 der Wert des Rindviehes auf 3074 Millionen Mark berechnet wird, ist er 1900 mit 4182 Millionen Mark angegeben, was eine Steigerung um 36 Proz. bedeutet, während die Stückzahl in dieser Zeit nur um 20 Proz. zunahm. Der Wert der Schweine betrug 1883: 476 Millionen Mark und im Jahre 1900: 913 Millionen Mark; die Steigerung des Wertes beträgt hier 92 Prozent, während sich der Wert der Pferde um 40 Prozent steigerte bei einer Steigerung ihrer Stückzahl um nur 19 Prozent.

Die deutsche Viehzucht zeigt damit einen so glänzenden Stand und vor allen Dingen eine so starke Entwicklung, daß nicht einzusehen ist, weshalb sie eines besonderen Schutzes bedürfte.

#### Aus dem Paradiese der Landarbeiter.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Grünberg in der Uckermark geschrieben: Der Arbeiter Friedrich Worowski, ein evangelischer Masur, stand in den Diensten des Ritterhofsadirektors v. Stillsnagel-Dargitz in Grünberg. Im Februar 1902 mußte er von seiner Arbeitsstelle in Kleptow nach Grünberg übernommen werden, weil er krank gewesen war und hilfsbedürftig erschien, und er in Grünberg seinen Unterhaltungswohnhort hatte. Dort erhielt er auch im Arbeiterhause eine Stube, die 3 und 4 1/2 Meter im Geviert hatte; eine Küche und Kammer hatte die Wohnung nicht. Worowski stellte den Antrag, ihm eine Invalidentrente zu bewilligen, da er aber nach ärztlichen Gutachten noch über die Hälfte seiner Arbeitskraft verfügte, wurde sein Ansuchen abschlägig beschieden. In Grünberg hat er, wenn er nicht bettlägerig war, für die Gutsherrschaft gearbeitet; er behauptet, in solchen Fällen täglich 50 Pf. verdient zu haben, sicher ist noch seinem Contobuche, daß er mit seiner Frau fast ausschließlich von Kartoffeln gelebt hat. Aber auch in dem Kartoffelverbrauche hatte er sich sehr einzuschränken, da er im Monate nicht über einen Centner hinausgehen durfte. Am 30. Januar dieses Jahres wurde ihm von Herrn v. Stillsnagel die Wohnung zum 1. April gekündigt, und am 18. d. M. wurde er, da er nicht ausgezogen war, weil er keine Unterkunft finden konnte, einem Beschlusse des Amtsgerichtes Prüssow gemäß ermittelt. Seine geringe Habe wurde auf die Straße gesetzt, wo sie bald im Schnee begraben lag. Worowski wandte sich in seiner Not an den Landrat in Prenzlau und erhielt zur Antwort: „Herr v. Stillsnagel giebt Obdach in Klausthal“. Das Vorwort ist 2 1/2 Kilometer von Grünberg entfernt; ein Fuhrwerk konnte Worowski aber nicht erhalten, und somit liegen seine Habseligkeiten noch immer auf der Straße. Die Lage des Unglücklichen ist geradezu zum Jammer und zum Weinen, zumal er seit dem 1. April keinen Pfennig mehr verdient hat. In dem großen, reichen Berlin jemand, der barmherzig ist und seine milde Hand aufthun mag, der großen Not des alten, kranken Arbeiters zu steuern?

Täglich 50 Pfennige Lohn für den gesunden Arbeiter, nicht einmal genug Kartoffeln zu essen, dann krank infolge ungenügender Ernährung, keine Krankenunterstützung, schließlich auf der Landstraße im Schnee liegen: das ist Landarbeiterlos! Und dann jammer man über Rentenot! —

**Sombart der „Selbsthau“.** Auf dem Heidelberger Historikertag hat sich eine niedliche Episode zugetragen, deren Held jener Professor Sombart ist, der nicht nur für Welt- und Flottenpolitik schwärmt, sondern auch für den Verfall, die verwilderte Socialdemokratie liebevoll zu erziehen. Die „Voss. Ztg.“ berichtet darüber:

Georg v. Below, Lübingen hielt einen höchst anregenden Vortrag über die Entstehung des modernen Kapitalismus. Seine Darlegungen bildeten in der Hauptsache eine Kritik der Einleitung zu Sombarts bekanntem Werk: „Der moderne Kapitalismus“. Aus welchen Ursachen erklärt sich die Bildung des Kapitals, das wir seit dem Ausgang des Mittelalters in Handel und Industrie wirksam sehen? Below hatte vor einigen Jahren nachgewiesen, daß es im Mittelalter keine eigentlichen Großhändler giebt, sondern daß der Großhandel von den Kleinhändlern mit-beforgt wurde. Sombart ist dieser Auffassung beigetreten. Welche Folgerungen zieht er daraus hinsichtlich der Bildung von Kapitalisten? Er lehnt den Gedanken, daß die mittelalterlichen Verkauflisten durch ihren Handel reich geworden sind, ab und behauptet, sie seien schon reich gewesen, bevor sie Handel trieben. Als Kapitalist kommt er die Geldhändler, die Bucherer an. Die Uebermögen aber stammen nach Sombart aus accumulirter Grundrente, und zwar aus städtischen und ländlichem Grundbesitz. Diese Theorie wies Below als irtümlich ab. Er zeigte, daß z. B. die großen Geldhändler Oberdeutschlands, die Juggler und Welsler, früher Warenhändler getrieben haben.

Belows Ausführungen hatten eine dramatisch bewegte Diskussion zur Folge. Sombart selbst war herbeigezogen, um seine Auffassung zu vertreten. Seine Verteidigung war keine glückliche. Er verzichtete von vornherein darauf, Belows Angriff durch sichere Thatsachen zu widerlegen, und behauptete, er habe lediglich eine wirtschaftliche Theorie aufstellen und nicht Wirtschaftsgeschichte treiben wollen. Mit Recht wurde ihm geantwortet, daß Theorien, die auf Geltung Anspruch erheben wollen, sich auf richtige geschichtliche Thatsachen stützen müßten.

Der Historikertag zeigt hat offenbar den eigentümlichen Geist Sombarts arg verkannt. In seinem kürzlich erschienenen Buch über die Geschichte der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert findet sich als Widmung an eine verehrte Freundin ein prächtiger „Dankenschein“. Der gute Professor gesteht hier mit stolz erwidert: „Dankenschein“, er habe keine andere Quelle als — sich selbst.



Gemäß dieser Arbeitsmethode hat er offenbar auch seine Wirtschaftstheorie, die von den in Heidelberg verammelten Diskussionsabhandlungen abgeleitet wurde, einzig und allein aus dem typischen Quell seines eignen Geistes geschöpft: Ich behaupte es, also ist es wahr! . . .

### Ausland. Frankreich.

Paris, 23. April. Das Schreiben Dreyfus' ist bisher dem Kriegsminister, da derselbe gegenwärtig von Paris abwesend ist, nicht zugegangen. Der Minister wird voraussichtlich beim Ministerrat die amtliche Ermächtigung zur Enquete über die Dreyfus-Angelegenheit nachsuchen. Im Justizpalast wird das Schreiben Dreyfus' lebhaft kommentiert. Zahlreiche Rechtsanwälte sind der Ansicht, daß Dreyfus seinen Brief nicht an den Kriegsminister, sondern an den Justizminister hätte richten müssen, welcher letzterer allein zuständig sei, eine Revision des Prozesses herbeizuführen. Andererseits ist man der Meinung, daß der Justizminister die Revision nicht verweigern könne, falls er auf vorschriftsmäßigem Wege von dem Schreiben in Kenntnis gesetzt würde. In allen politischen Kreisen ist man zwar überzeugt, daß die Dreyfus-Affäre wieder eröffnet, aber nicht aus der gerichtlichen Domäne heraustraten werde. —

### England.

#### Die Verhaftung eines Anarchisten in Gibraltar.

London, 19. April. (Fig. Ber.) Während des Aufenthalts König Eduards VII. in Gibraltar wurde dort ein Anarchist, Namens Salomon (Siegfried) Nacht verhaftet, da er verdächtig ist, ein Attentat auf den englischen König geplant zu haben. Wird die Anklage aufrechterhalten, so wird er wahrscheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Nacht ist Sohn eines Arztes in Ost-Galizien und besuchte die technische Hochschule in Wien. Er arbeitete als Elektrotechniker zuerst in Wien, dann in Berlin (Siemens u. Halske, 1899 bis 1900), wo er, wie er sagte, die Sozialdemokratie zu verachten gelernt hat. Von Berlin ging er nach Paris und wurde ein enthusiastischer Anhänger des Generalstreiks, von dem er alles Heil erwartet. Im Herbst 1901 kam er nach London, wo er etwa sechs Monate weilte. Er arbeitete hier in seinem Fache und benutzte seine freie Zeit zur Agitation für den Generalstreik. Ueber die Propaganda der That hat ihn der Schreiber dieser Zeilen nie reden hören. Von London begab er sich nach Spanien. Nacht ist eine krankhafte Natur, unfähig im Denken und eines Attentatsversuchs ganz unfähig, dazu fehlt ihm die ruhige Entschlossenheit. Sind die englischen Behörden klug genug, diesen „Attentäter“ freizulassen, so wird er noch ein ganz guter Bourgeois und Mary-Löter werden. —

Eine freihändlerische Kundgebung. London, 20. April. (Fig. Ber.) Aus Anlaß der Befreiung des russischen Sozialisten Sög in Italien richteten eine Anzahl von bekannten Engländern ein Dankschreiben an die italienischen Deputierten und Zeitungen, die sich bemüht haben, das Asylrecht für politische Flüchtlinge zu schützen und einen tapferen Mann vor einem schrecklichen Schicksal zu retten. Unterzeichnet ist das Dankschreiben u. a. von Herbert Spencer, Professor Caird, John Burns, Dr. Clifford und Sir Wilfrid Lawson. —

London, 23. April. Premierminister Balfour erklärte im Unterhause, daß die Regierung beschloßen habe, an dem Bagdadbahn-Plan nicht teilzunehmen.

### Rußland.

Petersburg, 23. April. (B. Z. B.) Am 19. und 20. April fanden in Rischinow Arbeiteraufschreitungen gegen Juden statt, wobei 25 Menschen getötet, gegen 70 schwer und gegen 200 leicht verwundet wurden. Der Minister des Innern erklärte für Stadt und Kreis Rischinow den Zustand des verstärkten Schutzes.

### Afrika.

Englische Niederlage in Somali. Oberst Swann telegraphierte an das Londoner Kriegsamt: Eine fliegende Kolonne unter Oberst Cobbe, welche am 10. April Galadi verließ, um den Weg nach Balawo zu erkunden, erlitt am 17. April eine schwere Niederlage. Oberst Cobbe, welcher sich am 17. früh in Gumburru befand, hatte den Befehl, nach Galadi zurückzukehren, wegen der großen Schwierigkeiten, welche dem Aufklärungsunternehmen auf dem entgegengesetzten Ufer und wegen des Wassermangels. Als er eben abrücken wollte, hörte er aus der Richtung, in der sich eine kleine Truppe unter Hauptmann O'Boeh befand, Gewehrfeuer. Er entsandte daher um 9 1/2 Uhr früh den Oberst Plumlett mit 160 Mann afrikanische Schützen, 48 Stills und 2 Mazingeschützen, um O'Brien zu befreien, der aber thatsächlich gar nicht angegriffen war. Um 11 1/2 Uhr mittags wurde wiederum heftiges Gewehrfeuer aus der Richtung vernommen, nach der Plumlett entsetzt war. Später trafen Flüchtlinge ein, welche berichteten, daß Plumlett mit Verlusten geschlagen sei. Nach weiterhin eingegangenen Nachrichten ist Plumletts Truppe bis auf 37 Mann vollständig aufgerieben. Plumlett wurde von einer sehr starken feindlichen Truppe, bestehend aus Briten und Infanterie, auf nahe Distanz angegriffen. Er hielt den Feind zurück, bis er keine Munition mehr hatte und ließ dann ein Carré formieren und seine Truppen mit dem Bajonett vorgehen. Schließlich überwältigte der Feind das Carré und machte außer den erwähnten 37 Geflüchteten, alle übrigen nieder. General Manning bricht von Gumburru auf, um Cobbe zu entsetzen. —

## Parlamentarisches.

Interpellation im Reichstage. Centrum's Abgeordnete bringen im Reichstage diese Interpellation ein: „Aus welchen Gründen hält der Herr Reichskanzler die Prüfungsvorschriften für die Fleischaufsicht in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu dem Gesetze, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 mit diesem Gesetze vereinbar, obgleich dieselben den bei Beratung des Gesetzes zum Ausdruck gekommenen Absichten nicht entsprechen, und ist derselbe bereit eine Abänderung herbeizuführen?“

Abgeordnetenhaus. Der Abg. Gothein (fr. Bg.) hat mit Unterstützung der beiden freisinnigen Parteien im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht:

„Hat die königliche Staatsregierung die Absicht, einem Kostendeckel durch die letzten Stürme geschädigten Bevölkerung, insbesondere der Fischer in den preussischen Küstengebieten entgegen zu wirken?“

Handbuch für das preussische Abgeordnetenhaus. Der vom Bureau direktor des Abgeordnetenhauses Herrn Plate herausgegebene Nachtrag zu dem im Januar 1899 erschienenen Handbuch für das preussische Abgeordnetenhaus ist heute ausgegeben. Er schließt alle früheren Nachträge in sich zusammen und giebt somit einen vollständigen Überblick sämtlicher Personalverhältnisse in der letzten Legislaturperiode.

Die gegenwärtige Stärke der Fraktionen ist folgende: Die Konservativen zählen 143 Mitglieder, das Centrum 68, die National-Liberalen 75, die Freikonserverativen mit 2 Hospitanten 68, die Freisinnige Volkspartei mit 2 Hospitanten 34, die Polen 13 und die Freisinnige Vereinigung 10. Bei keiner der hier aufgeführten Parteien sind 7 Abgeordnete. Es sind dies die Anhänger des Bundes der Landwirte, die Dänen, der Antifemin und zwei fraktionslose Abgeordnete. Erledigt sind zur Zeit 5 Mandate, und zwar die 4 Mandate der verstorbenen Abgeordneten v. Wandelow, Freiherr v. Heereman, Knörde und Mundel und das Mandat des ins Herrenhaus berufenen Grafen v. Ballestrem.

## Aus Industrie und Handel.

Saatenstand in Preußen. Nach den amtlichen Ermittlungen war der Saatenstand in die Mitte dieses Monats im Vergleich zu den beiden Vorjahren folgender (1 bedeutet „sehr gut“, 2 = „gut“, 3 = „mittel“, 4 = „gering“):

	April 1903	April 1902	April 1901
Winterweizen	3,3	2,3	3,0
Winterpelz	2,5	2,2	2,0
Winterroggen	3,0	2,3	3,0
Klee	2,5	2,7	3,3
Luzerne	2,7	2,5	2,9
Wiesen	2,7	2,8	3,0

Die wegen Auswinterung, Mäusehagens, Schädensfraßes und dergleichen ungespülte Fläche beträgt in Hundertteilen des Anbaues bei

	April 1903	April 1902	April 1901
Winterweizen	17,00	0,15	20,60
Winterpelz	—	—	—
Winterroggen	2,16	0,09	3,70
Klee	1,02	0,78	5,40
Luzerne	1,02	0,35	2,20

In den Venerungen der „Statistischen Korrespondenz“ zu dieser Aufstellung heißt es: Nachdem sich infolge ungünstiger Witterung des vorigen Sommers die Räumung der Acker allgemein verspätet hatte, habe auch mit der Bestellung der Winterfelder nicht rechtzeitig, teilweise erst vier Wochen später als in regelmäßig verlaufenden Jahren begonnen werden können. Die demzufolge veranfaßte außerordentliche Erhebung, welche soeben abgeschlossen sei, habe gegen die vorjährigen Anbauflächen, unter Hinzurechnung der Anpflanzungen einen Rückgang im Staate von 3,1 Proz. beim Winterweizen und 4,7 beim Winterroggen ergeben. Die diesjährigen Anpflanzungen werden einen bedeutenden Anstieg einnehmen, welcher sich erst mit einiger Sicherheit durch die Raiberichte werde ermitteln lassen. Die in der Tabelle angegebenen Anpflanzungsziffern seien nicht endgültig, da manches dem früheren Eintritte nach tote Stüd einweisen noch liegen gelassen werde in der Hoffnung, daß bei baldigem Eintritt wärmeren Wetters manne scheinbar abgestorbene Pflanzen sich wieder erholen dürften.

Bagdadbahn. Die Verhandlungen wegen einer englischen Beteiligung an der Bagdadbahn sind, wie der Telegraph meldet, vorläufig abgebrochen worden, da die englische Finanzgruppe die Aufgabe der Erfüllung der seitens der deutschen Gruppe aufgestellten Bedingungen von der englischen Regierung nicht erlangen konnte. Diese Bedingungen waren bekanntlich die folgenden: Erstens sollte die englische Regierung ihre wohlwollende Unterstützung dazu leisten, daß die Garantien für den Weiterbau der Bagdadbahn über die erste Teilstrecke hinaus durch eine mögliche Erhöhung des türkischen Zolltarifs gefunden werden; zweitens sollte die englische Regierung in Aussicht stellen, die indische Post zu später zu vereinbarenden Bedingungen über die Bagdadbahn zu leiten, falls diese thatsächlich die bessere Route werden sollte; und drittens sollte die englische Regierung ihre guten Dienste zur Verfügung stellen, damit eine geeignete Endstation der Bagdadbahn am Persischen Meerbusen bei Summit angelegt werden könne.

Daß England sich nicht an der Bahn beteiligen wird, erscheint kaum glaublich. Die Weigerung der englischen Regierung, die Aufgabe abzugeben, einer späteren Erhöhung der türkischen Zölle keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen, hat wohl nur den Zweck, die eine oder andere Bedingung durchzubrüden, die den Einfluß Englands auf die Bahnverwaltung verstärkt; dem darüber dürfte in den englischen Regierungskreisen kein Zweifel bestehen, daß schließlich die Bahn auch ohne englische Hilfsmittel gebaut wird, daß dann aber der englische Einfluß ein sehr beschränkter sein würde. Der „Daily Telegraph“ hat nicht unrecht, wenn er einigen größeren Londoner Mätern gegenüber die Meinung vertritt, daß in England sich bemerkbar machende Widerstreben gegen die Beteiligung an der Bagdadbahn sei nur die Folge übertriebener Deutschensucht. Wenn die englischen Finanzmänner, dadurch eingeschüchert, ihre Beteiligung ablehnen sollten, würde das nötige Geld mit Leichtigkeit anderswo aufgebracht werden, und diese Kapitalien würden dann in weitem Maße von deutschen Einflüssen kontrolliert werden, so daß die Linie vollkommen deutsch sein würde.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen Syndikat. Wie der „Vossischen Zeitung“ geschrieben wird, sollen die noch außerhalb des Syndikats stehenden größeren Kohlenzechen sich nunmehr bereit erklärt haben, unter gewissen vom Syndikat zu erfüllenden Bedingungen hinsichtlich der Förderbeteiligung dem Syndikat beizutreten. Ganz absehend soll sich nur noch die auf dem linken Rheinufer bei Homberg gelegene Zeche „Rheinpreußen“, welche sich im Alleinbesitz der Reederfamilie Daniel befindet, verhalten.

Kohlenproduktion Deutschlands im ersten Vierteljahre 1903. Nach den soeben veröffentlichten amtlichen Ermittlungen betrug die deutsche Kohlenproduktion in den drei ersten Monaten dieses Jahres im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 1902: an Steinkohlen 28 300 905 Tonnen (25 080 178), an Braunkohlen 11 140 143 Tonnen (10 203 395), an Coaks 2 688 336 Tonnen (2 009 439), an Breiweis und Kohpreßreinen 2 475 889 Tonnen (2 040 312). Die Produktion hat also bei allen Sorten beträchtlich zugenommen.

Kaufkraft des Alskawerks Wehregeln. Die in der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung vorgelegte Jahresrechnung für 1902 schließt nach Vornahme von Abschreibungen in der Höhe von rund 1 254 000 Mark mit einem Reingewinn von rund 2 133 000 Mark ab. Nach Dotierung der gesetzlichen Reserve mit rund 105 000 Mark und der besonderen Reserve mit 100 000 Mark sowie Zahlung der statutarischen Lantien und Dotierung des Pensions- und Unterhaltungs fonds mit 70 000 Mark soll der Generalversammlung vorgefalsen werden, auf jede Stammaktie eine Dividende von 17 Proz., auf jeden Genuschein 30,61 Mark zur Verteilung zu bringen. Die Generalversammlung wird auf den 19. Mai festgesetzt.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Der Streit der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter ist urplötzlich in ein neues Stadium gerückt. Bekanntlich nahmen die Verhandlungen mit den Einzelunternehmern bis jetzt einen erfreulichen Fortgang. Es hatten bis gestern bereits 28 Firmen bewilligt, wofürselbst dann auch die Arbeit sofort wieder aufgenommen wurde. Da erschien in der gestrigen Nummer der „Volk-Zeitung“ ganz unerwartet folgendes Inserat:

Wählung!  
Für Tischler, Drechsler, Bildhauer, Stellmacher und Schlosser bietet sich die selten günstige Gelegenheit, sofort bei lohnender Beschäftigung in nachstehenden Holzbearbeitungs-Fabriken und Werkstätten als Maschinenarbeiter einzutreten: (Nun nun folgen die Namen und Adressen von 51 Firmen, darunter auch alle diejenigen Firmen, die bereits bewilligt haben oder an der Aussperrung gar nicht beteiligt sind.)

Offenbar handelt es sich hierbei um einen Trick, den einzelne leitende Personen der Arbeitgeber-Organisation ausgedacht haben, um die weiteren Verhandlungen unmöglich zu machen. Auf sofort eingezogene Erklärungen bei mehreren Fabrikanten wurde den Arbeitern die verblüffende Antwort: Ja, wir selbst selbst stehen über jene Annonce, unser Name ist gegen unsere Wunsch und Willen da hineingelommen. Die Idee, arbeitslose Arbeiter anderer Branchen zur Maschinenarbeit als Ersatz für die Streikenden anzulernen, ist übrigens nicht neu, es hat sich nur noch nicht durchzuführen lassen. Gewissenlos aber ist es von den Unternehmern, durch derartige Annoncen Leute von anwärts heranzulockern, damit sie hier in Berlin schließlich auf der Straße oder im Asyl für Obdachlose liegen müssen. Kurz und gut, die Unternehmer haben mit der Annonce die Aussperrung aufgehoben, um mit neu angulernen Streikbrechern ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen. Als Antwort darauf sperren die Maschinenarbeiter hiermit vorläufig folgende 18 Firmen: H. Barra, Admiralsstraße 16; Berliner Holzcomptoir, Rühnstr. 9; Robert Keller S.W., Königsbergerstraße 4; R. u. G. Gutheil Nachfolger, Weidenbergerstraße 151; Aug. Haberer, Wagnersstr. 79; Ad. Hoch, Andranstr. 32;

G. Kiesel u. Co., Vellernstr. 83; G. Kurzweil, Fruchtstraße 20; Max Kübiger, Grüner Weg 20; C. Reichelt, Zwinnenbergstr. 79; R. Friedrich, Trautstr. 30; J. Großhaus, Landsbergerstr. 25/26; G. Dr. Reulir, Langestraße 9; Zelder u. Plath, Frankfurt Allee 117; H. Köhler, Palsjadenstr. 117; Aug. Heinemann, Schulstraße 71; Th. Veder, Dromienstr. 189; C. Hedert, Denminersstraße 6. Weitere Maßnahmen werden getroffen, sobald die Umstände es erfordern.

Zur Lohnbewegung der Stukkateure. In der gestrigen Versammlung berichtete Arebs, daß der Stand des Streiks ein sehr günstiger ist. Bis jetzt haben sich 804 Kollegen in 94 Betrieben der Bewegung angeschlossen, davon arbeiten 303 Kollegen bei 43 Firmen zu den neuen Bedingungen. Aufseiner beginnt es sich auch unter den Mitgliedern des sogenannten „Mißvertrags“ zu regen, denn in der Dienstagsversammlung desselben wurde unumwunden zugegeben, daß die Forderungen der streikenden Centralverbände den Stukkateuren ungleich mehr Nutzen in Aussicht stellen wie die mit den Unternehmern getroffenen eignen Abmachungen, besonders was die 8 1/2 stündige Arbeitszeit betrifft. Ein daseibst anwesender Vertreter der Unternehmer-Vereinigung schien wohl die Verabbarung zu hegen, die wenigen getreuen „Mißvertrags“ könnten sich den Streikenden auch noch anschließen, deshalb meinte er besänftigend, wenn auch die 8 1/2 stündige Arbeitszeit nicht offiziell zugestanden werden könne, so ließe es sich vielleicht machen, daß trotzdem nur 8 1/2 Stunden gearbeitet würde; die Arbeiter könnten ja 9 Stunden im Betriebe anwesend bleiben und dann eine halbe Stunde länger wespren und schlaflos. Ob dieser geniale Gedanke bei den Arbeitern Anklang gefunden hat, sieht noch dahin. Den Streikenden suchen die Unternehmer allerhand kleinliche Schwierigkeiten zu bereiten, so z. B. sind nicht weniger als 234 Arbeiter auf die „schwarze Liste“ gesetzt. Auch wird versucht, einen lauten Druck auf diejenigen Unternehmer auszuüben, welche die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligt haben. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: Die Streikenden sind nach wie vor bereit, anzuhören in dem Kampf für Erringung geregelter und verbesserter Arbeitsbedingungen. Sie verpflichten sich, die Arbeit unter keinen Umständen eher aufzunehmen, bis der so maßvolle Tarif durch Unterschrift der Geschäftsinhaber anerkannt und bezahlt wird.

Ein Entstandbruch der Köhnenmänner. Volker Kerger darüber, daß die streikenden Former der Firma Hartung, Preuzlauer Allee, die vom Betriebschef diktierten „Einigungsbedingungen“ abgelehnt haben, hingen die „Herren aus der Gartenstraße“ gestern ein Plakat aus, laut dessen der Arbeit nachweis des Metallindustriellen-Verbandes für Former bis auf weiteres gesperrt ist. Durch diese Maßregel wollen die Köhnenmänner offenbar einen Druck auf die Streikenden ausüben, damit diese die Arbeit wieder aufnehmen. Ob die erwartete Wirkung eintreten wird, ist allerdings eine andre Frage.

Die Aufsicht der Ring-Düppelschen Milchzentrale sind gestern in einen Abwehrstreik eingetreten. Schon seit geraumer Zeit führten die Aufsicht lebhaftste Klage über schlechte Behandlung. Bei den geringsten Versehen wurden harte Geldstrafen über sie verhängt, die sie um so empfindlicher trafen, als sie ohnehin schon mit ihrem Lohn für faule Kunden hatten. Bis jetzt haben die Aufsicht noch nie erfahren, zu welchen Zwecken die vielen und hohen Strafgebühren verwandt werden. Von den 75 beschäftigten Aufsichtern hatten sich vor einiger Zeit 60 dem Verbands der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter angeschlossen. Der Oberinspektor ersuchte die Aufsicht, der Organisation den Rücken zu kehren. Er riet ihnen, aus ihrer Mitte selbst Vertrauensleute zu wählen, die besorgt sein sollten, Wünsche und Beschwerden bei ihm anzubringen. Dies ist dem auch geschahen. Als aber die Gewählten die Interessen ihrer Mitarbeiter wirklich zu vertreten suchten, da wurden sie gemahregelt. Am Mittwoch erfolgte plötzlich die Entlassung des Verbands-Vertrauensmannes und eines Kollegen, weil sie für den Verband agitiert hatten. Hierauf verlangten die Aufsicht die Wiedereinstellung der Gemahregelten, doch ohne Erfolg. Eine Vermittlung des Verbandsvertreter's leitete der Oberinspektor ab unter Hinweis auf eine entsprechende, vom Vorstände der Milchzentrale gegebene Instruktion. Nunmehr legten etwa 60 Aufsicht die Arbeit nieder.

Entlassene Sträflinge als Arbeitswillige. Zu der unter dieser Spiswarte in der gestrigen Nummer veröffentlichten Notiz teilt uns der Verleiher zur Befreiung der Strafgefangenen mit, daß er (der Verleiher) der Firma Stähle u. Co. weder Arbeiter zugefandt habe, noch um Zufindung von Arbeitern ersucht worden sei, und daß er es grundsätzlich vermeide, Arbeiter da, wo ein Streik ausgebrochen ist, unterzubringen. —

Der Beamte der zuständigen Gewerkschaft, welcher uns die betreffende Notiz einhändete, teilt uns mit, daß ihm ein Entlassungs-scheine einer Strafanzalt vorgelegen habe und der Inhaber dieses Scheines angab, er sei von dem genannten Verein an die Firma Stähle u. Co. gewiesen worden.

### Deutsches Reich.

Die Arbeiter des Bergbaus haben den Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: Verlangt werden bei neunstündiger Arbeitszeit ein Minimallohn von 50 Pf., für ungelernete Arbeiter von 40 Pf., bei Ueberstunden ein Zuschlag von 10 Pf. bei Nachtarbeit, die die Dauer von 7 Stunden nicht übersteigen soll, von 15 Pf. bei Accordarbeit nach Uebereinkunft unter Garantie der Erreichung des Minimallohnes.

Die Handels- und Transportarbeiter in Oberfeld führen zur Zeit eine Lohnbewegung, die einen günstigen Verlauf nimmt. Nachdem bereits vor etwa acht Tagen ca. 300 Arbeiter durch gütliche Vereinbarungen mit verschiedenen Unternehmern unter neuen und besseren Arbeitsbedingungen arbeiten konnten, mußten dann noch ca. 400 Personen in den Streik eintreten. Auch von diesen konnten innerhalb einiger Tage die Hälfte wieder zu neuen Bedingungen die Arbeit aufnehmen.

Der Textilarbeiter-Streit in Colmar i. G. (bei der Firma Aigner), der kürzlich wegen des allzu schneidigen Vorgehens der Polizei viel von sich reden machte, ist jetzt als beendet anzusehen. Einen Erfolg haben die Streikenden nicht gehabt.

Weißgerber. Der Streit in Triptis bei der Firma Dömer ist beendet. Der Stundenlohn wurde von 31 1/2 auf 33 Pfennige erhöht.

### Ausland.

Aus Schweden. Der Zustand der Hafenarbeiter in Stockholm und in Gese dunert unverändert fort. In Stockholm sind ungefähr 150 Streikbrecher thätig. Der Widerwille der Bevölkerung gegen die Streikbrecher kam am Sonnabendnachmittag in einer großen Straßendemonstration unwillkürlich zum Ausdruck. Die Zahl der Teilnehmer, die in größter Ruhe und Ordnung am Hafen entlang zogen, wuchs auf ca. 1000 an. Ungefähr 50 Streikbrecher wurden darauf verurteilt, die Arbeit niederzulegen. In Gese wurden 100 städtische Arbeiter verabschiedet, weil sie sich weigerten, Streikarbeit in Hofen, zu der man sie kommandiert hatte, auszuführen. Das Verhalten der Kommunalbehörden sowie die Parteilnahme der Polizei für die Unternehmer verursachten am Sonnabend in Gese eine Straßendemonstration, bei der die Polizei blank zog. Verwundungen kamen jedoch nicht vor. Ein Mann wurde verhaftet. Am Sonntagnachmittag hatten die Gewerkschaften der Stadt einen Demonstrationsszug veranstaltet, an dem trotz des orkanartigen Sturmes 2000 Personen teilnahmen. Auf dem Sammelplatz am Becken fanden sich ca. 3000 Personen ein. — Den Vermittlungsversuch des Landeshauptmanns haben die Unternehmer abgelehnt. —

Zum Streit der Marzeiler Lohndarbeiter wird berichtet: Am Mittwoch nahmen 1200 Ausständige die Arbeit wieder auf.

## Gerichts-Zeitung.

Das Erpressungsgeheiß geht wieder um. Schon seit längerer Zeit hörte man nichts mehr davon, daß von den Gerichten der Eintritt in einen Streit zur Erringung höherer Löhne als Erpressung



ausgelegt wurde. Gestern jedoch verfiel das Berliner Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Schröpfer wieder in den längst abgethan geglaubten Justizirrtum. Anlässlich des Vorstehenden Dreherstreiks nämlich fühlten sich mehrere „Arbeitswillige“ von den streikenden Drehern Jurgens, Rienas, Schwarz und Hell belästigt und bedroht. Sie ließen die letzteren durch einen Gendarm beschleichen, und die Folge war eine Anklage wegen Streikvergehens. Schon während der Verhandlung gab der Vorsitzende dem Staatsanwalt wie auch dem Verteidiger anheim, den Erpressungsparagraphen mit in Betracht zu ziehen. Der Staatsanwalt verzichtete aber darauf, und der Rechtsanwalt Weyersheim als Vertreter Dr. Heinemanns bestritt die Anwendbarkeit jenes Paragraphen. Nach längerer Beratung kam nur das Gericht zu dem Beschlusse, sich als unzuständig zu erklären und die Sache an die Strafkammer zu überweisen. Der Vorsitzende begründete diese Entscheidung folgendermaßen: Die Streikenden hätten zur Zeit einen Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde gefordert. Durch die Zeugenaussage des Herrn Direktor Dorn als Vertreter der Firma Vorfis sei nun erwiesen, daß die fleißigen Dreher schon vor dem Streik über 50 Pf. bis zu 1 M. pro Stunde verdient haben. Wühin seien es nur die wenigen fleißigen Dreher gewesen, die sich den 50 Pfennig-Lohn durch Streik erzwingen wollten. (Tatsächlich machte der Direktor Dorn eine ähnliche Aussage, verschwiegen jedoch, daß auch die Mehrzahl derjenigen Dreher mit in den Streik getreten waren, die wirklich mehr wie 50 Pfennig verdient hatten. Bekanntlich thaten dies die sogenannten „fleißigen Dreher“ aber nicht etwa, um den sogenannten „weniger fleißigen“ die Konkurrenz zu stärken, sondern weil sie wußten, daß sie nur infolge günstiger betriebstechnischer Umstände so viel verdienten, während ihre ebenso tüchtigen und ebenso fleißigen Kollegen infolge der mangelhaften Arbeitsverteilung, Preisdrückereien der Meister und eine Reihe anderer in der Betriebstechnik wurzelnder Umstände stets nur geringeren Lohn erzielen konnten, auch wenn diese sich noch so sehr anstrengten. Anscheinend kam es Herrn Dorn hauptsächlich nur darauf an, zu konstatieren, daß die Streikenden bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen mußten. Ueber das den Angeklagten zur Last gelegte Streikvergehen selbst wußte er nicht das Geringste zu belanden.) Weil nun, so debucierte der Vorsitzende weiter, die Streikenden den 50 Pf.-Lohn durch Streik von der Firma Vorfis erzwingen wollten, so hätten sie sich damit einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen wollen, denn sie hätten noch keinerlei Recht auf die ihnen nicht bewilligten 50 Pf. Es liege somit Streikvergehen in Idealkonkurrenz mit Erpressung vor, deshalb sei die Sache an die Strafkammer zu überweisen.

Nach dieser Logik wäre einfach jeder Lohnstreik eine Erpressung, und das Koalitionsrecht existierte in praxi überhaupt nicht mehr. Die Angewandten würde dann sein: Auf Grund des Koalitionsrechts dürft ihr Arbeiter zur Erreichung höherer Löhne in einen Streik treten. Tut ihr es aber, so werdet ihr wegen Erpressung ins Gefängnis gesteckt. Für die Vorsichtigen Dreher eröffnet sich aber noch eine besonders schöne Perspektive, denn in Konsequenz der amtlich-richterlichen Deduktion könnten noch alle damals am Streik Beteiligten wegen Erpressung in Anklagezustand versetzt werden. Die Firma Vorfis aber würde vielleicht auf viele Monate ihre Dreher los, auch ohne Streik. Aller Wahrscheinlichkeit aber dürfte die Strafkammer durch die juristischen Exkursionen des Amtsgerichtsrats Schröpfer einen Strich ziehen.

Ein Straßenraub auf dem Tempelhofer Felde beschäftigte am Mittwoch das Schourgericht am Landgericht II. Als Täter sah der Schlosser Julius Meier auf der Anklagebank. Der Angeklagte traf am Abend des 2. Februar d. J. mit dem Arbeiter Jindorf zusammen. Er freundete sich mit diesem an und besuchte mit ihm verschiedene Lokale in der Hofenstraße, wobei Jindorf den freundschaftlichen Gesellschafter spielte. Zum Dank dankte verschleppte er den splendiden Freund nach dem Tempelhofer Felde und fragte ihn dort gelegentlich nach der Zeit. Jindorf zog seine Uhr und sagte, wie spät es war. „Ach, das stimmt wohl nicht — meinte der Angeklagte — es muß wohl später sein. Zeig' doch mal her, ich glaube, Deine Uhr geht gar nicht mehr!“ Damit ergriff er die Uhr, was sich der harmlose Freund ruhig gefallen ließ. In demselben Moment erhielt er einen Faustschlag ins Gesicht, der ihm die Augen blendete, gleichzeitig verspürte er einen Ruck an der Hüfte, und als er danach griff, da stülpte er nur noch den Karabinerhaken an der Weste. Die Uhr und der neue Freund waren gemeinschaftlich verschwunden. Der Angeklagte wurde sehr bald ermittelt und verhaftet. In der heutigen Verhandlung legte er ein reumütiges Geständnis ab, wodurch er den Erfolg erzielte, daß ihm die Geschworenen mildernde Umstände bewilligten. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis, wovon zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

## Verammlungen.

Die Genossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises hielten am Mittwoch im „Englischen Hof“ eine öffentliche Wähler-versammlung ab, in der der Kandidat des Kreises, Dr. Arons, in kurzen Ausführungen den Zweck der demnächst stattfindenden preussischen Landeskonferenz darlegte. Dem Wunsch des Redners, die Konferenz durch drei Delegierte zu beschicken, wurde durch die Wahl der Genossen Opper, Waldeck-Ruffe und Seidel entsprochen. Hierauf folgte ein Referat des Genossen Lätzerow über die kommenden Reichstagswahlen. Nach eingehender Erörterung der großen Fragen für Militarismus und Marine, die das arbeitende Volk aufzubringen hat und der so jämmerlich daneberliegenden Socialpolitik stigierte Redner die Stellung der beiden in Frage kommenden Kandidaten, der freisinnigen Volkspartei und der Konservativen und kam zu dem Ergebnis, daß bei fleißiger Arbeit der erste Kreis zu erobern sei. (Lebhafte Beifall.) — Eine Diskussion fand nicht statt, Gegner meldeten sich trotz der Aufforderung nicht zum Wort.

Der socialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag eine gut besuchte Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Aus dem Bericht des Vorstandes, den St. Friz gab, war zu entnehmen, daß der Verein im ersten Quartal um über 500 Mitglieder zugenommen hat und die Mitgliederzahl auf 1588 gestiegen ist. In Rücksicht auf diese erfreuliche Ausbreitung des Vereins und um den Kassierer ihre Thätigkeit zu erleichtern, sind nunmehr für alle Bezirke Zahlstempel eingerichtet worden, in denen die Beiträge bezahlt und auch Neu-Aufnahmen von Mitgliedern vorgenommen werden können. Nach dem Bericht, den der Kassierer Haxndt erstattete, betragen die Einnahmen im ersten Quartal, einschließlich des alten Bestandes von 637,70 M., insgesamt 1727,20 M., die Ausgaben, darunter 200 M. für Agitation, 704,30 M., so daß ein Bestand von 1022,90 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von Aräer namens der Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassierer die Decharge erteilt. Ferner wurde auf Antrag der Revisoren beschloffen, dem Vorstände 1000 M. zur Agitation zu überweisen. — Hierauf hielt Dr. Fr. Vorchard einen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Socialismus und Genossenschaftswesen“, an den sich eine kurze Diskussion anknüpfte. — Unter Vereinsangelegenheiten plädierte der Vorsitzende Fritz mit dem Hinweis auf die statutarischen Verpflichtungen der Mitglieder für rege Beteiligung an den Wahlarbeiten und für mögliche Verbreitung der Parteipresse und -Literatur. Ebenso ersuchte der Vertrauensmann Koch, eine rege Agitation im Interesse der Partei zu entfalten, die um so notwendiger ist, als sich die Wählerzahl im Kreise verringert und

namentlich ein großer Teil von Parteigenossen aus dem Wahlkreise fortgezogen sind. Der Redner machte auf die Notwendigkeit, die Wählerlisten einzusehen, aufmerksam und gab bekannt, daß am Dienstag, den 28. April, eine Volksversammlung bei Bugenhagen stattfindet, womit die Wahlagitation eingeleitet wird. Ferner wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 17. Mai, eine Flugblattverbreitung stattfindet, und am Sonntag, den 26. April, vormittags 9 1/2 Uhr, die Besichtigung der Vorwärts-Druckerei vorgenommen wird.

**Vierter Wahlkreis (Osten).** Die Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins fand am Dienstag im Saale Große Frankfurterstr. 117 bei sehr zahlreicher Beteiligung statt. Der Vorsitzende Vade r teilte im Vorstandsbericht mit, daß im verflohenen Halbjahre die Genossen Oed, Krüger, König, Handke, Hodel, Kraft, Köhmann und Witt gestorben sind. Ihre Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. — Der Kassierer Thiele berichtete, daß die Einnahmen, einschließlich eines alten Bestandes von 128,05 M., 4014 M. betragen; die Ausgaben, darunter 2000 M. an die Vertrauensleute, 4288,30 M., so daß ein Bestand von 625,70 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist auf ca. 4000 angewachsen. Seit der letzten Versammlung haben sich 331 Genossen zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet. — Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Von einer Neuwahl für die statutenmäßig auscheidende Hälfte der Vorstandmitglieder wurde Abstand genommen und einstimmig beschloffen, daß die betreffenden Genossen auf ein weiteres Jahr im Amte verbleiben sollen. — Dann hielt Stabsr. Dr. Friedberg einen Vortrag über: „Die Grundbedeutung der Mafseier“. Der Redner betonte besonders scharf, daß die Arbeiter am 1. Mai durch Fernbleiben von der Arbeit dokumentieren sollten, daß sie über ihre Arbeitskraft selbst verfügen und nicht Sklaven des Kapitals sein wollen. Eine Mafseier, die nicht durch vollkommene Arbeitsruhe gefeiert werde, sei überhaupt keine Feier. Es sei ein politischer Fehler, daß man der Mafseier die abgeschwächte Form gegeben habe. — Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. — Der Vorsitzende machte noch auf die am 28. April stattfindende Wählerversammlung aufmerksam und forderte ferner die Genossen auf, überall dafür zu wirken, daß neue Kämpfer für die Partei gewonnen werden.

**Siebter Wahlkreis (Südost).** Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im Lokale „Sandsouci“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach der üblichen Eröffnung der verstorbenen Mitglieder gab der Vorsitzende Hoffmann den Vorstandsbericht des letzten Halbjahres. In den Vorstandssitzungen sind hauptsächlich die Vorbereitungen zu den letzten Gewerbevereins- und Stadtverordnetenwahlen erledigt; ferner ist eine Statistik aufgenommen, um das Verhältnis festzustellen derjenigen Arbeiter, die im Kreise der politischen und gewerkschaftlichen Organisation angehören zu der Zahl derer, die bei den Wahlen für uns stimmen. Dem Verein gehören gegenwärtig 2984 Mitglieder an, im letzten Halbjahr hat die Mitgliederzahl um 968 zugenommen, 23 sind ausgeschieden, davon 14 durch Tod. — Hierauf gab Traczyl den Kassenericht. Die Einnahme betrug 4679,05 M., die Ausgabe 4334,30 M., darunter 2439,50 M. für Agitation, so daß ein Restbestand von 344,75 M. verbleibt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Die darauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Paul Hoffmann; 2. Vorsitzender: Max Wenzel; 1. Schriftführer: Franz Prothmann; 2. Schriftführer: Otto Krippl; 1. Kassierer: Wilh. Ullm; 2. Kassierer: Waldek Traczyl. Zu Beisitzern wurden gewählt: Looser, John, Almann, Jäck, Heinrich und Tiege. Die Zahl derselben ist von drei auf sechs erhöht worden. Als Revisoren: Osburg, Uebing und Dehert. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten hielt Genosse Kallstl einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Eine reaktionäre Mafseier“. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, in den Organisationen darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Druckarbeiten der „Vorwärts“-Druckerei zur Ausführung übertragen werden.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 19. April eine Ausschuss-sitzung ab. Nachdem drei zur Aufnahme gemeldete Vereine ihre Probefeder gelungen hatten, wurden dieselben in den Bund aufgenommen. Zum Punkt „Bundesangelegenheiten“ sprach der Dirigent für Vermehrung der Uebungsstunden, um bessere Leistungen erzielen zu können. Es wurde beim alten Besatze (alle sechs Wochen) und wurde beschloffen, die Bundes-Uebungsstunden für das ganze Jahr vorher festzulegen. Das Sängerfest wird am Sonntag, den 9. August, in Friedrichshagen abgehalten. Auch nimmt der Ausschuss mit Bedauern davon Kenntnis, daß zum Bauarbeiter-Sängerbund vom Komitee zur Eröffnungsfest ein Gesangverein zugezogen wurde, der dem Arbeiter-Sängerbund fern steht. Betreffs der Mafseier werden die Vereine darauf hingewiesen, daß die Probe am Sonntag, den 26. April präcise 10 Uhr vormittags in demselben Lokal stattfindet, in welchem die Mafseier abgehalten wird. Am 1. Mai selbst wird der erste Gesang um 7 Uhr abends zum Vortrag gebracht. Auch werden die Sangesbrüder, welche den Tag durch Arbeitsruhe feiern, ersucht, sich in den Vormittagsversammlungen um den Gesang zu bekümmern.

**Centralverband der Maschinisten und Heizer.** Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 19. d. M. ihre Generalversammlung ab. Der vom Kassierer Paschen erstattete Kassenericht pro 1. Quartal d. J. ergab in Einnahme 3489,40 M. und Ausgabe 3482,27 M., inkl. des Bestandes von 8000,33 M. einen Gesamtschuldenbestand von 8607,46 M. An die Centralkasse abgeliefert wurden 1967 M. An 40 Mitglieder wurden a. Konto der Centralkasse als Arbeitslosen-Unterstützung 1548,05 M. gezahlt. Der Wochenbeitrag wurde in Anbetracht der sich steigenden Verbandsausgaben und um den Lokalfonds zu schonen, von 25 Pf. auf 30 Pf. erhöht und zwar von der 18. Woche an. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 1120.

**Bernau.** In der gut besuchten Volksversammlung am 18. d. M. referierte Frau Martha Tieg aus Berlin über die bevorstehenden Reichstagswahlen. An die Frauen richtete Rednerin die Aufforderung, sich mehr wie bisher mit Politik zu befassen, da sie die Folgen des Bucherstaris zuerst fühlen würden. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, in dem bevorstehenden Wahlkampf für die Socialdemokratie einzustehen, schloß Rednerin ihren mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag. Hierauf nahm der Vorsitzende des Wahlvereins, Helbig, das Wort und forderte die Anwesenden auf, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

## Ein städtischer Konservativer.

Wohl zum erstenmal seit dem Socialistengesetz hat die Berliner Socialdemokratie wieder den Versuch unternommen, in öffentlicher Versammlung mit den Gegnern ein geistiges Turnier auszufechten. Der Kandidat des zweiten Berliner Wahlkreises, der Privatdozent der Berliner Universität Professor v. Wendtstern war unser Einladung gefolgt.

Ungezählte Arbeitermassen strömten, eine interessante Auseinandersetzung erwartend, am Donnerstagabend in die Hofbrauerei. Der Saal war schon früh polizeilich abgesperrt. Hunderte mußten am Eingang wieder umkehren. Indessen: um es gleich zu sagen, der Besuch ist mißglückt und verlohnt der Wiederholung nicht. Was Herr v. Wendtstern auf das temperamentvolle, wüthig aufgebaute, bei all seiner Knappheit so doch erschoßpene Referat zu erwidern wußte, war ein naives Gemisch von inhaltlichem Unsinne und komischen Ansprüchen einer gewaltigen politischen Mission. Dieser Herr v. Wendtstern ist, man soll es nicht glauben, mit dem stolzen Bewußtsein in die Versammlung gekommen, daß der 28. April 1903 ferner ewig denkwürdige Tag sei, an dem zum erstenmal „ein städtischer Konservativer“ dem Arbeiter die Friedenshand gereicht hat, und damit den ersten Schritt gethan hat, um den deutschen Arbeiter von der socialdemokratischen Leitung loszulösen. Das war der ganze Inhalt

der Rede, das das ganze Programm des konservativen Kandidaten, der im übrigen das wirkliche konservative Programm und seine eignen Meinungen hinter einem Wall ebenso läppiger wie unflüchtiger Redefürme verbarg. Nachher leistete ihm noch ein Herr v. Votkenberg-Schirp vednerische Hilfe in einer Weise, daß selbst Herr v. Wendtstern blaß wurde. Der edle Herr v. Votkenberg-Schirp leistete ihm in äußerster populärer Weise zum Volke herab. Er berlinerte sogar. Die Bezeichnung der Berliner Arbeiter betrieb er aufs gründlichste. So versicherte der Herr v. Votkenberg-Schirp aber sah äußerst gesund aus und in seinem roten Kopf waren durch die geistige Anstrengung alle historischen, ökonomischen, politischen Thatfachen locker geworden und lagen hundertmal durcheinander.

**Amnes Juntertum!** Die Städter und Wagner, die einst die Arbeiter von der Socialdemokratie loszulösen suchten, waren Gesteirten gegenüber diesem Nachwuchs, der das gleiche Ziel anstrebt. Jetzt ist's nur noch der Größenwahn geistig Unmündiger, die nicht einmal den Griffs zum Demagogie haben. Wie schändlich der Wendtstern — ein melancholisches Lied von Nacht und Finsternis!

Die Versammlung bewies eine bewundernswürdige Geduld, daß sie trotz öfterer stürmischer Reizung zur Lach- und Spottlust immer wieder den Schwanz der konservativen Helden ertrug, welche eine socialdemokratische Arbeiterversammlung offenbar mit einem Deutschen Studenten-Kolleg oder einer Bürgervereins-Sitzung verwechselten.

Wir Socialdemokraten sind ja vaterlandlos, aber so lieben wir die deutsche Nation und ihre Kultur doch, daß wir beginnen, uns unsrer Gegner zu schämen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Zur Ausperrung in Birmasens.**

Frankfurt a. M., 23. April. (B. Z. V.) Wie der „Frankf. Zig.“ aus Birmasens berichtet wird, sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus der ganzen Pfalz Gendarmenkommandos in Höhe von 30 Mann nach hier abbeordert worden. Nach Bekanntmachung des Bürgermeisters sind die Sammlungen bei der Bürgerchaft zu Gunsten der Ausständigen untersagt worden. In den meisten Fabriken wird das Stillsetzen der Arbeit zur Herrichtung der Fabrikräumlichkeiten verwendet, wobei die unorganisierten Arbeiter beschäftigt werden.

**Judenfeindliche Exzesse.**

Leipzig, 23. April. (B. Z. V.) In Lhnow fanden jüdenfeindliche Exzesse statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden. Gleichzeitig brach ein Brand aus, wobei 60 Wohnhäuser eingeschert wurden. Militär ist bereits dahin abgegangen.

**Die Kongregationen in Frankreich.**

Paris, 23. April. (B. Z. V.) Die Ausweisung der hiesigen Franziskaner gab Anlaß zu einer Kundgebung; die Menge mußte von berittenen Militär auseinandergetrieben werden.

Le Havre, 23. April. (B. Z. V.) Hier kam es zu lärmenden Kundgebungen für und wider die ausgewiesenen Kongreganisten, die schließlich in Aufruhr ausarteten; 21 Verhaftungen mußten vorgenommen werden.

**Englisches Unterhaus.**

London, 23. April. (B. Z. V.) Unterhaus. (Fortsetzung.) Finanzminister Ritchie bringt das Budget ein und erklärt, der Voranschlag für 1904/5 beziffere die Ausgaben auf 143 054 000 Pfd. Sterl., die Einnahmen auf der Grundlage der bestehenden Besteuerung auf 154 770 000 Pfd., so daß sich danach ein Ueberschuß von 10 816 000 Pfd. ergeben würde. Im Hinblick hierauf schlägt der Finanzminister vor, die Einkommensteuer von 1 Sch. 8 Pence für das Hund Sterling auf 11 Pence herabzusetzen und den Kornzoll aufzuheben. Durch die Herabsetzung der Einkommensteuer würden sich die Einnahmen aus dieser Steuer um 8 1/2 Millionen Pfund vermindern; ferner würde die Aufhebung des Kornzolls eine Mindereinnahme von 2 Millionen Pfund ergeben. Der Minister schlägt sodann vor, die Aufwendungen für die Staatsbahn auf 27 Millionen Pfund Sterling jährlich festzusetzen, wovon 6 Millionen zur Amortisation bestimmt werden sollen.

Finanzminister Ritchie führt bezüglich des Budgets aus: Die Kosten des Krieges in Südafrika und in China belaufen sich auf 217 000 000 Pfund Sterling. Die Schuld beträgt jetzt 770 778 000 Pfund Sterling, wird aber 1908, wenn keine Zwischenfälle eintreten, auf 604 000 000 Pfund herabgemindert sein.

Bezüglich der Flottenforderungen sagt der Finanzminister: Es ist nicht die Eckerlicht irgend einer Macht, die uns dazu zwingt, immer mehr für unsere Flotte auszugeben. Unsere Flotte muß wachsen, so lange die andern Flotten wachsen. Ich freue mich zu bemerken, daß Anzeichen nicht fehlen, daß einige unserer Nachbarn wünschen, ihren Ausgaben für die Flotte ein Dalk zuzurufen. Wir begrüßen diese Anzeichen auf unserer Seite mit Freude und können sie versichern, daß wenn sie eine solche Politik annehmen und an ihr festhalten werden, wir bereitwillig und loyal ihren Vorgehen folgen werden. (Beifall.) — Finanzminister Ritchie erklärt ferner, die Aufhebung des Kornzolls werde am 1. Juli in Kraft treten.

**Deutschland und Kanada.**

Montreal, 23. April. (B. Z. V.) Die im kanadischen Parlament eingebrachte Tarifnovelle bestimmt allgemein, daß ein Zuschlag von einem Drittel des gewöhnlichen Zolls auf Waren eines Landes gelegt werden kann, welches kanadische Waren ungünstiger als andre behandelt. Der Zuschlag erfolgt auch, sofern die Waren nur im wesentlichen ein Produkt des betreffenden Landes ist, trotz Veredelung in einem andern Lande, doch unbeschadet der Bestimmung des britischen preferential tarif betreffend die Veredelung in England. Der Finanzminister bestimmt, welche Länder dem Zuschlag unterliegen. Ausgenommen sind „goods actually purchased on or before 16. April for immediate transportation to Canada.“ Die Präzisierung letzterer Bestimmung wird erwartet. Zollfreie Waren werden nicht getroffen. Der Finanzminister hat die Erhebung des Zuschlags gegen Deutschland angeordnet.

**Drei Personen im Schnee angekommen.**

Frankfurt a. O., 23. April. (B. Z. V.) Im Regierungsbezirk Frankfurt sind, wie die „Frankfurter Oerzeitung“ meldet, während des letzten Schneesturmes zwei Männer und eine Frau im Schnee angekommen.

Krefeld, 23. April. (B. Z. V.) Wie die „Krefelder Zeitung“ meldet, beschloß heute nachmittags eine Versammlung der Fabrikantenverbände die zum 4. Mai verhängte Sperre aufzuheben, nachdem die Arbeiter der Firma Bretthal u. Co. die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Bozen, 23. April. (B. Z. V.) Bei dem ungeheuren Waldbrande im Gebirge über Niva wurden 20 Steinarbeiter durch Feuerbrände verlegt.

Stockholm, 23. April. (B. Z. V.) „Aftonbladet“ meldet aus Selsingfors: Gestern fanden verschiedene Hausstörungen statt, unter andern bei dem Baron von in Savelas, dem Adolais Castren und bei der Mutter des Barons von in Selsingfors. Von wurde wegen einer Strafe von 30 000 R. gefändet, zu der er verurteilt worden war, weil er als Vorsitzender der Stadtverordneten-Versammlung anlässlich der Soldatenauslieferung unterlassen hatte, die Stadtverordneten einzuberufen.



Reichstag.

204. Sitzung. Donnerstag, den 23. April 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Kraetke. Die Novelle zum Reichsbeamten-Gesetz (Pensionsberechtigung der Postbeamten in Ostasien) wird in dritter Lesung debattiert.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Krankenlastergesetz. § 1 bestimmt den Kreis der der Versicherungspflicht unterliegenden Personen. Die Novelle läßt diesen Paragraphen des bestehenden Gesetzes unverändert.

Abg. Albrecht (Soc.) und Gen. beantragen, dem Versicherungszwang auch folgende Kategorien zu unterwerfen: 1. die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie die als Gesinde beschäftigten Arbeiter, sofern sie nicht einer gleichwertigen landesgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegen; 2. selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie), und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während der sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

Im Falle der Ablehnung des Antrags auf Einbeziehung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie der als Gesinde beschäftigten Arbeiter beantragen Abg. Albrecht und Genossen, als § 1a einzufügen: „Die Vorschriften des § 1 finden auf die in der Land- und Forstwirtschaft gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen Anwendung, soweit dieselben nicht durch Beschluß einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunal-Verbandes für seinen Bezirk oder für Teile desselben ausgeschlossen wird. Dieser Beschluß bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.“

Ferner beantragen die Abg. Albrecht und Genossen, der Bestimmung des § 1, daß die Belastung von Schiffen der Versicherungspflicht nicht unterliegt, hinzuzufügen: „sofern durch den Arbeitgeber für die während der Dauer des Arbeitsvertrages eintretenden Erkrankungsfälle der Anspruch auf freie Kur oder Verpflegung in einem Krankenhause auf die in § 2 bezeichnete Dauer (26 Wochen) gestreckt ist.“

Endlich stellen die Abg. Albrecht und Genossen den Antrag auf Streichung der Ausnahmen von der Versicherungspflicht für Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, das heißt auf obligatorische Versicherung dieser Gruppe von Angestellten (identisch mit dem Antrage Raab).

Abg. Raab (Antik.) begründet den von ihm gestellten Antrag auf Streichung des vierten Absatzes des § 1, der lautet: „Handlungsgehilfen und -Lehrlinge unterliegen der Versicherungspflicht nur, sofern durch Vertrag die ihnen nach Artikel 60 des deutschen Handelsgesetzbuchs zustehenden Rechte aufgehoben oder beschränkt sind.“

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Will man die Lücke zwischen Invaliden- und Krankenversicherung wirklich ausfüllen, so muß man unsere Anträge annehmen und den Kreis der Versicherten dieser beiden Gesetze gleichstellen, sonst besteht zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherung für einen Teil der Arbeiter sogar eine Lücke von 26 Wochen. Das Gesetz selbst erreicht also nicht im eifrigsten den Zweck, den es angeblich hat. Ich begreife überhaupt nicht, wie der Herr Vorredner der Regierung für diese Vorlage noch Dank sagen kann, während sie doch in der That nur eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse bedeutet. — Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die ländlichen Arbeiter unüberwindlich ist, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Den Rat des Herrn Raab müssen wir dankend ablehnen. Ebenso gut wie die Handlungsgehilfen haben auch die ländlichen Arbeiter das Recht auf Krankenversicherung. Die stets wiederholten Sympathie-Erklärungen nützen den Arbeitern nichts, davon wird kein Kranker gesund, wenn man auch neuerdings behauptet, durch Gehilfen und Kranke helfen zu können. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso wie die Seeleute und Hausindustriellen Anspruch auf volle Krankenunterstützung haben. Wenn heute vor Gericht festgestellt ist, daß Gutsbesitzer kranke Arbeiter hilflos gelassen, ja noch mißhandelt haben, so ist dadurch die Notwendigkeit der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter erwiesen. Landesgesetzlich ist diese Materie fast nirgends geregelt, vor allem nicht in dem rückständigen Preußen. In der Kommission ist und eine Zusammenstellung verprochen worden, inwieweit von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wahrscheinlich, weil außerordentlich wenig Material in dieser Hinsicht aufzufinden ist. Alle wirklich landwirtschaftsrechtlichen Kreise haben stets die Versicherung der ländlichen Arbeiter im Interesse der ländlichen Kreise selbst für notwendig erklärt. Der Antrag, den wir als Evidenzantrag gestellt haben, entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maljahn. Nur an dem Widerstande des Centrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Man erkannte damals auch auf konservativer und national-liberaler Seite an, daß die Leutenot durch die Nichtaufnahme der ländlichen Arbeiter in die Versicherung nur vermehrt werden könne. Herr Raab forderte damals sogar die obligatorische Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Der von uns jetzt angenommene Antrag wurde damals in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Was haben aber die ländlichen Arbeiter verdorben, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung noch immer beraubt? Daß die wohlthätige Fürsorge der Gutsbesitzer für ihre Arbeiter heute in den meisten Fällen verjagt, hat bereits 1880 auch Herr v. Bötticher zugegeben. Die immer zunehmende Leutenot allein beweist schon, wie schlecht es die ländlichen Arbeiter haben müssen. Heute ist der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer schon wegen der geringen Anzahl von Ärzten und Krankenhäusern auf dem Lande in Krankheitsfälle hilflosbedürftiger als der gewerbliche Arbeiter. Um so notwendiger ist ihre Unterstellung unter die Versicherung. Nehmen Sie unsern Antrag nicht an, so können Sie unmöglich behaupten, mit diesem Gesetz etwas social Wertvolles zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Köstke-Deßau (fr. Bg.): Wenn die Novelle auch noch manche Wünsche unberücksichtigt läßt, so bringt sie doch einige lange geforderte Verbesserungen, denen wir zustimmen. Die Einbeziehung der in der Landwirtschaft, im Gesinde- und im Handelsgewerbe Beschäftigten wäre dringend notwendig, darin sind wir mit dem Vorredner einverstanden, aber es ist mit Sicherheit vorauszusetzen, daß, wenn ein solcher Vorschlag die Mehrheit des Hauses finden sollte, die Regierung das Gesetz scheitern lassen würde. Daher müssen wir uns vorläufig auf das Erreichbare beschränken. Dagegen ist die Versicherung des noch nicht dem Gesetz unterstehenden Teils der Handlungsgehilfen sprudreif und ich werde deshalb für den Antrag Raab stimmen. Im übrigen werden wir der Resolution zustimmen, die in der nächsten Novelle die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter verlangt. Nach den Erklärungen der Regierung ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Ausdehnung bald erfolgen wird. Ich kann die Herren Socialdemokraten nur bitten, sich wenigstens in der Diskussion zu beschränken, sonst wird es unmöglich sein, bei der großen Zahl der von ihnen gestellten Anträge dies wichtige Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Ich erinnere daran, daß gerade die Socialdemokratie zunächst von einer Kommissionsberatung überhaupt absehen wollte. Damit stimmt es nicht zusammen, daß sie nach der eingehenden Kommissionsberatung nun wieder mit so vielen Anträgen kommt, von deren Ausichtslosigkeit sie überzeugt sein muß. Im Einbringen von Anträgen sind die Socialdemokraten gewiß Meister, mögen sie sich auch in der Beschränkung der Diskussion als Meister erweisen! (Bravo! links.)

Abg. Gamp (Sp.): Wir werden ausnahmslos für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Weitergehende Änderungen werden in dieser Session nicht mehr durchzuführen sein. Die Kommission hat ja auch eine Resolution angenommen, wonach womöglich schon in der nächsten Session ein Gesetzentwurf zum Zwecke einer eingehenden und gründlichen Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgelegt werden soll. Die jetzt wieder eingebrachten Anträge der Socialdemokraten sind schon in der Kommission eingehend beraten und gegen eine ganz geringe Minderheit abgelehnt worden. Warum werden sie also jetzt nochmals eingebracht? Sind diese Anträge ernst gemeint, d. h. wollen Sie (zu den Socialdemokraten) gemäß dem Standpunkt des Krankenlastergesetzes das Gesetz ablehnen, wenn diese Anträge nicht angenommen werden, dann sagen Sie es, dann können wir heute nach Hause gehen. — Die Einbeziehung der Hausindustriellen in die Versicherungspflicht ist mir prinzipiell durchaus geneigt, weiter zu prüfen. Ich bedaure, daß in der Resolution der Kommission die Einbeziehung der Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung nicht enthalten ist. Keiner von uns hat sich je dagegen geäußert, die Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter besser zu gestalten; wir wenden uns nur dagegen, daß dies auf demselben Wege wie für die gewerblichen Arbeiter geschieht. Die Schwierigkeiten, die Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter durch die Reichsregierung zu regeln, liegen für jeden Sachkundigen auf der Hand. In manchen Gebieten ist schon jetzt diese Fürsorge eine weit größere, als es nach der Reichs-Gesetzgebung der Fall sein würde. Die ländlichen Arbeiter befinden sich größtenteils in einer wirtschaftlich weit besseren Lage als die Industrie-Arbeiter. (1.) Ich möchte die Herren Socialdemokraten bitten, falls sie ihre Anträge nicht zurückziehen wollen, sich wenigstens mit einer allgemeinen Begründung zu begnügen, damit wir die Novelle bald verabschieden können. Es ist heute so schönes Frühlingswetter. (Heiterkeit.) Es drängt einen hinaus in Gottes freie Natur. Seien Sie (zu den Socialdemokraten) doch verständlich und ziehen Sie Ihre Anträge zurück. (Gelächter bei den Socialdemokraten. Verfall rechts.)

Abg. Trimborn (C.): In meiner Meinung nach spielt bei dieser Novelle derjenige die beste socialpolitische Rolle, der sich in seinen Anträgen und Reden auf das Alternotwendigste beschränkt. Die Herren Socialdemokraten aber verfolgen eine andre Taktik. Die Annahme ihrer Anträge würde die Vorlage geradezu zum Scheitern bringen. Warum gehen Sie hierbei nicht ebenso vernünftig vor, wie bei der Belohnung über das Wahlreglement, bei der Herr Wlos in einer sehr verständigen Rede auf die Geständnisnahme weiterer Wünsche verzichtet hat. Wir werden uns streng an die Kommissionsbeschlüsse halten und außer diesen nur noch dem Antrag Raab zustimmen, dessen Annahme, wie wir uns überzeugt haben, das Zustandekommen der Vorlage nicht gefährdet wird.

Abg. Frhr. v. Rittschhausen (L.): Seit einiger Zeit hat man wenn hier Reden gehalten werden das Gefühl, als ob das Grabgelächter des Reichstags ertöne, es sind lediglich Wahreden. Wir wollen praktische Politik treiben, wirklich etwas für die Arbeiter erreichen, daher beschränken wir uns auf den Inhalt der Novelle, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist. Ueber die Anträge Albrecht ist jedes Wort zu viel, sie sollen nur programmatische Erklärungen nach außen sein. Dem Antrag Raab werden wir zustimmen, weil es mehr oder weniger auf Zufall beruht, daß das, was er will, nicht schon jetzt Gesetz ist. (Bravo!)

Abg. Albrecht (Soc.): Daß wir bei diesem Gesetz nicht dieselbe Taktik befolgen, wie beim Wahlreglement, liegt daran, daß diese beiden Gesetze sich wesentlich unterscheiden. Das eine ist ein rein politisches, das andre ein wirtschaftliches Gesetz. Wir sind nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine wirtschaftliche Partei und legen ganz besonderes Gewicht auf dieses Versicherungsgesetz, das so tief in das wirtschaftliche Leben der Arbeiter einschneidet. Wenn wir uns noch mehr Beschränkung auferlegen wollten, als wir's schon getan haben, wären wir nicht Meister in der Beschränkung, sondern Meister der Beschränktheit. Unsere Anträge bewegen sich durchaus in dem Rahmen der jetzigen Organisation der Krankenversicherung. Besonders notwendig ist die Ausdehnung der Versicherung auf die Hausindustrie. Diese Notwendigkeit ist von allen Parteien bereits solange erkannt, daß die Frage in der That sprudreif ist. Der Ausschluß der Heimarbeiter aus der Krankenversicherung ist eine Prämie für die Kapitalisten, die Heimarbeiter beschäftigen. Wer wie ich jahrelang in der Hausindustrie beschäftigt war, kennt genau die Schäden, die aus dieser Heimarbeit dem Volkswohl entstehen, schwere materielle, aber auch schwere moralische Schäden. Kleider von Leuten, die an aufstehenden Krankheiten gestorben sind, werden in den hausindustriellen Werstätten neben andern liegen gelassen, die Löhne sind außerordentlich niedrige usw. usw. Dringend notwendig wäre die Veseitigung der Hausindustrie überhaupt, zum mindesten aber müßte die Krankenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Wenn Herr Gamp die Frühlingluft ins Freie zieht, so mag er hinausgehen, wir haben Zeit und werden uns bemühen, die Novelle nach Möglichkeit zu verbessern. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Franke (natl.): Wir werden alle Anträge, die das Gesetz zu Fall bringen können, ablehnen und für die Kommissionsbeschlüsse eintreten. Von den Änderungsanträgen werden wir nur dem Antrag Raab zustimmen.

Abg. Dr. Hoffe (natl.): Meine Freunde bedauern lebhaft, daß es nicht möglich gewesen ist, in der Novelle den berechtigten Wünschen der Ärzte Rechnung zu tragen. Wir hoffen, daß sehr bald eine weitere Novelle eingebracht wird, die auch das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenlaster regelt.

Abg. Franke (natl.): Wir werden alle Anträge, die das Gesetz zu Fall bringen können, ablehnen und für die Kommissionsbeschlüsse eintreten. Von den Änderungsanträgen werden wir nur dem Antrag Raab zustimmen.

Abg. Franke (natl.): Wir werden alle Anträge, die das Gesetz zu Fall bringen können, ablehnen und für die Kommissionsbeschlüsse eintreten. Von den Änderungsanträgen werden wir nur dem Antrag Raab zustimmen.



# Vermischtes.

## Weitere Opfer des Schniefstums.

Bei dem letzten Schniefsturm ungelommen ist, wie die „P. A.“ meldet, der 65 Jahre alte Glasbläser Josef Burger aus Paruth, welcher beim Nachangehen den Weg auf dem Schienenwege verlor und infolge dessen auf einen Eisenweg geriet. In dem furchtbaren Schniefsturm bemerkte er einen Graben nicht, stürzte hinein und erkrankte. Am nächsten Morgen fand man die vollständig eingeschneite Leiche des alten Mannes, von dem nur der Hut noch sichtbar war. Er hinterläßt eine seit 15 Jahren kranke Witwe.

Der aus Berlin stammende Briefträger Pötker, der beim Postamt in Bieraden in der Warl Dienst hat, verlor am Montag früh sein Postamt um einen dienstlichen Gang nach Hohenfelde anzutreten. Zwischen Blumenhagen und Hohenfelde hat den Beamten wahrscheinlich in dem furchtbaren Schniefsturm die Müdigkeit übermannt, so daß er sich, um auszuruhen, auf einen Gussstein setzte. Von diesem ist er nicht mehr aufgefunden. Landleute fanden den Verdauerswerten am andern Tage erstoren auf.

Ferner wird aus Breslau gemeldet: Abermals wurden sieben im Schniefsturm erkrankte Personen aufgefunden. Die Zahl der Erkrankten in Schlesien beträgt somit zweiundzwanzig. Auch im Kreis Kempen in der Provinz Posen wurden zwei Arbeiter und ein Bauerehepaar erkrankt aufgefunden. Unweit Peiße erkrankte im Schniefsturm der sechsundzwanzigjährige Lehrer Deutschmann und bei Ostromo der Wirtschaftsbefehliger Glajel aus Kewlow.

Wie schließlich die „Abinger Zeitung“ meldet, ist der Tolkemücker Schooner des Schiffers Wiegner, welcher nebst einem andern Schooner noch vermisst wurde, ebenfalls auf den Strand geworfen worden und die Besatzung von drei Mann ertrunken. Von dem noch fehlenden Schooner ist bisher keine Nachricht eingegangen, so daß man annehmen muß, daß er mit der Besatzung von vier Mann untergegangen ist.

Der vom Sturm zerstückte Circus. Den zerstückten Elementen des am Sonntag toben den Unwetters ist nach einem Bericht der „Reum. Ztg.“ auch der gegenwärtig in Landsberg a. W. gastierende Circus Blumenfeld teilweise zum Opfer gefallen. Der in den Abendstunden des Samstag hier einziehende und ununterbrochen andauernde Schneefall belästete die drei Zeltbäcker in außerordentlicher Weise. Als nun noch gegen Mitternacht der kolossale Sturm einsetzte, war das Unglück nicht mehr abzuwenden. Die Rundstangen des großen Zeltes wurden durch die ungeheure Last zum Zerbrechen gebracht, und so senkte sich die Zeltwand auf die innere Einrichtung. Hier war ein Berg von Material ausgeschloffen, da sonst sehr leicht Menschen hätten verunglückt können. So ist ein großer Teil der inneren Zelteneinrichtung, wie Stühle, elektrische Anlage, Lampen, Bretter usw. zertrümmert worden. Die Zeltbedachung selbst ist geplatzt. Das Hauptbedachung der Circusangelegenheiten ging auf die Stellung des Pferdezeltes hinaus. Nach vergeblichem Bemühen, das Zelt zu halten, brach gegen 4 Uhr morgens auch hier der Sturm die Stützstangen zum Brechen, und die Zeltwand begrub die Tiere unter sich. Am Tag die Gefahr nahe, daß die Pferde erstickten könnten. Die stärkeren Tiere zerrissen die Leintücher und stürzten ins Freie, die kleineren Tiere wurden richtig ausgegraben. Auerkannt muß werden, daß die Landsberger schnell bei der Hand waren und die emsig arbeitenden Circusleute hatkräftig unterstützten. Die Pferde wurden glücklich unter dem zusammengebrochenen Zeltbuche hervorgeholt und vorläufig in Gasthof-Stallungen untergebracht. Das Gewieher der unter dem Zelt begraben Pferde war entsetzlich. Von den auf dem Zelt liegenden Schneemassen kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß die drei Zeltbedachungen zusammen 2400 Quadratmeter groß sind. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf viele tausend Mark. Ein ähnliches Sturmunglück hat den Circus vor zwei Jahren in Freiburg i. Br. getroffen.

Das grausame Vaterland. Halle a. S. 22. April. Im Glend zur Verzeiwung getrieben war die 33jährige Arbeiterin Antonie Pomeranz aus Posen, die heute vor dem Schwurgericht beschuldigt wurde, am Nachmittag des 23. Februar versucht zu haben, ihr neun Monate altes Kind zu töten. Sie hatte sich mit ihrem Pötkerchen vor einen von Gleichgesinnten angekauft kommenden Totenwagen geworfen, um sich und das Kind überfahren zu lassen. Der Wagen wurde jedoch zum Stehen gebracht und dadurch großes Unheil verhütet. Die unglückliche Frau, die sich in Menge in Westfalen mit einem Bergmann aus Galizien verheiratet hat, wurde von dem treulosen Manne, nachdem sie drei Kindern das Leben geschenkt, im Stiche gelassen. Die P. war der Gemeinde in Menge „lästig“ geworden, da sie eine verkrüppelte Hand besaß und für sich und ihre Kinder nicht arbeiten konnte. Sie wurde, obwohl sie in Preußen geboren ist, aus Deutschland ausgewiesen, weil sie einen Galizier geheiratet und damit österrichische Unterthanin geworden. Deutsche Beamte brachten die arme Frau mit ihren drei Kindern an die Grenze, und als die unglückliche Familie in Woght, dem Heimort des Mannes der P., ankam, sagte der Gemeindevorsteher dorthelbst, Arbeit habe er nicht; wenn die Frau leben wolle, könne sie mit ihren Kindern betteln gehen. Die Schweregeprüfte nahm alle noch vorhandenen Mittel zusammen und fuhr mit ihren drei Kindern nach Halle. Krank, erschöpft, müde und hungrig wurde die Familie in ein leeres Zimmer des Asyls für Obdachlose gesteckt und dann beging die Frau die ihr zur Last gelegte That. Ihr Verteidiger, Justizrat Elze, bezichtigte es als eine Grausamkeit, eine deutsche Frau, die zufällig einen Galizier geheiratet habe, mit ihren drei Kindern abzuführen. Die Unglückliche wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und die Haft wurde in Abrechnung gebracht.

Inseratenswindel. In einer Reihe größerer Tageszeitungen erschien ein Inserat folgenden Inhaltes: „Nebenverdienst für jedermann p. Stunde 1,80 M. durch leichte Schreibarbeit zu Hause. Muster und Prospekt gegen 80 Pf. in Briefmarken. Brief unter V. M. 68 postlagernd Siegburg (Reinl.).“ Ein Münchener Privatier, welcher „der Wissenschaft halber“, die 80 Pf. an die angegebene Adresse sandte, erhielt nun folgende Zusendung. In einem Briefcover befand sich ein kleines Quantum pulverisierter Goldbrunze, die einen beiläufigen Wert von vielleicht 3 Pf. präsentierte. Der Zusendung lag, wie die „Augsb. Abendz.“ mittelt, eine gedruckte „Anleitung“ bei, in welcher dem Empfänger der gute Rat erteilt wurde, den beiliegenden präparierten Goldstaub mit Spiritus, heißem Wasser und flüchtigem Wein zu verdünnen, sich Wisiten- und Gratulationskarten zu kaufen und diese hübsch fein mit der Bronze zu beschreiben. Wer dieses mache, könne leicht für eine solche Karte 10 Pf. erzielen, wobei es ihm übrigens noch freistehende, je nach Belieben, höhere Preise anzugeben. Schriftvorlagen und Federn könne man in jeder Schreibwarenhandlung beziehen.

Witterungsübersicht vom 23. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Eutin	748,0	—	—	—	—	Hoparanda	753,0	SEB	—	—	—
Darmstadt	748,0	—	—	—	—	Petersburg	751,0	—	—	—	—
Berlin	747,8	—	—	—	—	Coex	751,0	—	—	—	—
Kronstadt	742,9	—	—	—	—	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	741,0	—	—	—	—	Paris	748,0	—	—	—	—
Wien	749,0	—	—	—	—						

aufhalten Schmutzflugzeug zu bereinigen. Erwägenwert ist höchstens ein Moment, das der Vorstand des Sortimentervereins geltend macht, daß nämlich auch die Papier- und Schreibwarenhandlungen den Buchhändlern nach 8 Uhr Konfurrenz machen können; dem könnte aber sehr einfach dadurch abgeholfen werden, daß man auch für die diese den Kautschuk-Ladenschluß einführt.

Der Kautschuk-Ladenschluß soll in der nächsten Gasanstalt zu Königsberg eingeführt werden. Die bei der Gasproduktion beschäftigten Arbeiter werden nach der neuen Arbeitsordnung in drei achtstündigen Schichten beschäftigt werden, die übrigen Arbeiter arbeiten in einer zusammenhängenden Arbeitsschicht von neun Stunden mit einer halbstündigen Pause. — Als vor einem Jahre unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung zu Königsberg für die Straßenbahnen den Reinstundentag forderten, geriet die Versammlung über solche Anträge ganz aus dem Häuschen; jetzt wird die „Utopie“ zur Wirklichkeit.

# Litterarisches.

Wir erhalten folgende Mitteilung: Eine neue sozialdemokratische Wochenchrift wird kurze Zeit nach den Reichstagswahlen in Berlin zu erscheinen beginnen. Eine Anzahl hervorragender, schriftstellerisch tätiger Genossen haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt; die Chefredaktion liegt in den Händen des Genossen Dr. Heinrich Braun. Die Erörterung der Tagesfragen, die Behandlung der Probleme der praktischen Politik wird vorzugsweise das Arbeitsgebiet der Wochenchrift bilden, die damit den bestehenden Zeitschriften ergänzend zur Seite treten soll. Insbesondere wird sie bemüht sein, dabei mitzuwirken, daß in der Partei über den notwendigen theoretischen Auseinandersetzungen und der durch sie hervorgerufenen Polemik die in den entscheidenden Prinzipien inhaltlich vorhandene Einheit nicht verloren geht, sondern in einer zielbaren, auf Erweiterung der Macht der Arbeiterklasse gerichteten Politik zum Ausdruck kommt. Das Programm der Wochenchrift, ihre Aufgaben im einzelnen u. dergl. wird ein bald erscheinender Prospekt mitteilen. Der Verlag der Wochenchrift wird einer aus Genossen bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehören.

# Aus der Frauenbewegung.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Blätterinnen, Wäscherinnen, Näherinnen, Stickerinnen und anderer Arbeiterinnen und Arbeiter der Wäse- und Krawattenbranche, die in den Luma-Sälen, Neue Königstraße, am 22. April stattfand, sprach Genossin Martha Tieg über die Mißstände in der Wäsefabrik der Gebrüder Vorhardt. Sie führte unter anderem aus: Obwohl wiederholt Notrufe über unentgeltliche Zustände aus der genannten, regelmäßig etwa 350 Arbeiterinnen beschäftigenden Fabrik gebrungen seien, hätten sich diese Arbeiterinnen doch jahrelang der Organisation ihrer Branche ferngehalten. Jetzt endlich sei es den Vertreter der Organisation gelungen, eine jährliche Besuche Fabrikversammlung zu ermöglichen. Was hier und sonst noch festzustellen sei, stehe im krassen Widerspruch mit den Arbeitersäulen-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, welche Rednerin zitiert. Die mangelhafte Wasserzufuhr in dem großen Betriebe habe Zustände geschaffen, die jeder Anforderung der Hygiene widersprechen. Die Wasserzuleitung erfolge vermittelst eines Reservoirs, das in den obersten Räumen angebracht sei. Sei das Reservoir nicht gefüllt, so trete Wassermangel ein, der sich unangenehm bemerkbar mache. Das Wasser sei zur Reinigungsarbeiten bestimmt, über den Wasserhähnen liege aber nicht angebracht, daß es zum Trinken nicht benutzt werden solle. Und dieses Wasser solle im Reservoir nach glaubhaften Angaben auf seiner Oberfläche eine dicke Schicht Staub haben, Papier und sonstige Abfälle jahrelang nicht selten darauf und Matten und Mäuse hätten ihr Domizil daneben aufgeschlagen. Sei es ein schon wenig appetitlicher Geruch, daß sich die Arbeiterinnen mit diesem Wasser reinigen müßten, so erzeuge es geradezu Ekel, wenn man annehme, daß in der Not, namentlich im dunstigen Bläuträum, von dem Wasser getrunken werde. Auch die Klosetts würden aus dem Reservoir mit Wasser versorgt. Da hätten sich bei der oft mangelhaften Wasserzufuhr haarsträubende Verhältnisse herausgebildet, zumal immer eine größere Anzahl von Arbeiterinnen auf nur ein Klosett angewiesen seien. Die Klosetts befänden sich in einem schrecklichen Zustande, die Wände gewährten einen elektrisierenden Anblick. Die Ventilation sei ebenfalls eine sehr mangelhafte. Anfeuchtend, wie sie die Gewerbe-Ordnung vorschreibe, fehlten so gut wie ganz. Die Wasserleitungen seien die einzigen Wasservorrichtungen und hätten zum Teil ein sehr trauriges Aussehen. Wegen der sanitären Mißstände hat Rednerin eine Beschwerde beim Fabrikinspektorat ausgestellt. Sie hofft, daß dadurch eine durchgreifende Kontrolle herbeigeführt werde. Sie stelle schließlich noch fest, daß auch die Verdiensthältnisse bei der Firma Vorhardt sehr viel zu wünschen übrig ließen und daß im Betriebe ein ungerechtes Abzugssystem eingeführt sei. Rednerin schloß: Wollen die Arbeiterinnen unter menschenwürdigen Verhältnissen ihr Brot verdienen, wollen sie, daß den Arbeitersäulen-Vorschriften auch wirklich Geltung verschafft wird, dann schließen sie sich dem Verbands der Arbeiterinnen und Arbeiter der Wäse- und Krawattenbranche an. (Lebhafte Beifall.) In der Debatte wurden die geringen Mißstände von einigen Rednerinnen bestritten. Der Versuch einer Frau, die Klosettalamität in einem Saale milder erscheinen zu lassen, mißlang.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkahnen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Max Osborn über: „Völkchen“ (mit Vorführung von Lichtbildern). Gäste willkommen.

Nixdorf. Am Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 131-132, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Pflicht der Arbeiterinnen, von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch zu machen. Referent: Genosse Hildebrandt. Diskussion. Verschiedenes. Im zahlreichen Besuch durch die Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse ersucht die Vertrauensperson.

Berliner Naturheilverein II. Heute abend 8 1/2 Uhr im Söhnischen Brauhaus, Landsberger Allee 11, spricht Herr H. Heinbock über: Magen-, Leber- und Darmkrankheiten sowie Verdauungsstörungen, deren Ursachen, Verhütung und naturgemäße Heilung.

# Sociale Rechtspflege.

Keine Rentenüberweisung ohne Anhören des Rentenempfängers. Ein Verwaltungsstreitverfahren eines Armenverbandes gegen eine Berufsgenossenschaft wegen Rentenüberweisung erlachte das Ober-Verwaltungsgericht deshalb für unzulässig, weil der in Betracht kommende Rentenempfänger bezw. sein Vormund nicht gehört worden war und seine Zustimmung nicht gegeben hatte. Das Gericht ging davon aus, daß ein Streit zwischen Armenverband und Berufsgenossenschaft wegen Ueberweisung einer Unfallrente unter Uebergehung des Rentenempfängers nicht zum Austrag gebracht werden könne, wenn auch der Antrag auf Ueberweisung bei der Berufsgenossenschaft zu stellen sei. Das Verfügungsrecht des Rentenempfängers sei im § 96 des Unfallversicherungs-Gesetzes ausdrücklich anerkannt worden. Liege die Zustimmung des Rentenempfängers nicht vor und wolle dieser sie nicht geben, wenn der Armenverband ein Recht auf Ueberweisung der Rente zu haben glaube, dann müsse der Armenverband das im § 26 des Gesetzes getragene Streitverfahren gegen den Rentenempfänger bezw. dessen Vormund einleiten, wobei er sich Widerspruch einleiten, könne aber nicht gleich gegen die Berufsgenossenschaft klagen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. April 1903. Voraussicht ziemlich warm, aber vielfach wollos mit Regenschauern und sehr lebhaften südlichen Winden; später etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Sie werden keinen ehelichen Juristen finden, der Ihnen sagt, was Trunksüchtigkeit ist. Alle diese Ausnahmen, nicht nur die der Trunksüchtigkeit, sondern auch der Sälzerei usw. stehen im Widerspruch mit dem Grundgedanken des Krankenversicherungs-Gesetzes. Dies Gesetz ist doch nicht dazu da, neben dem Strafgesetz noch besondere Strafbestimmungen zu schaffen. Ich bitte Sie also gemäß unserem Antrage alle diese Ausnahmen zu beseitigen.

Sei weitem wichtiger als alle anderen bisher vorgeschlagenen Änderungen ist unser Antrag wegen der 20wöchigen weiteren Unterstützung bei einer erneuten Erkrankung auf solche Verletzten, die bereits eine 20wöchige Unterstützung bezogen haben. Wir verteidigen hier den Standpunkt des Reichsamtes des Innern. Es kommt hier besonders Herz-, Lungen- und Magenleidende in Betracht. Für diese Kranken darf keine Lücke in der Entschädigungsbauer bestehen. Wenn hier unser Antrag abgelehnt wird, so schwächt die ganze Verbesserung dieser Kategorie in der Luft. Wird diese Lücke nicht geschlossen, so steht überhaupt die Ausfüllung einer Lücke nichtig auf dem Papier. Ich bitte Sie dringend, diesen unsern Antrag anzunehmen. Die Gemeinde-Krankenversicherung ist seiner Zeit lediglich als ein Notbehelf gedacht. Um so notwendiger ist es, hier nicht zu weit zu gehen in den Befugnissen an die Gemeindebehörden. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir Sie auch gebeten um Streichung der Bestimmung, wonach die Gemeinden die freie Arztwahl ablehnen können. In der Schweiz besteht überall bei der Gemeinde-Krankenversicherung die freie Arztwahl. In Nürnberg, wo eine freiwilige Stadtverwaltung besteht, sind alle Bestrebungen der Arbeiter, im Interesse der Gefundung der Arbeiterschaft die Krankenversicherung auszubauen, gefördert. Der Magistrat hat die Beratung über einen Antrag auf Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse wiederholt hinausgezogen und durch allseits ausbreitend verschiebt. Solchen freiwiligen Magistraten wollen Sie das Recht lassen, eine ausreichende Krankenunterstützung vieler Krankenkategorien und die freie Arztwahl zu verweigern? Zum mindesten müssen, wenn die Gemeinde-Krankenversicherungen das Recht haben sollen, die Ansprüche der Arbeiter überall zu verkürzen, diese Versicherungen auch ermächtigt werden, die Erhöhungen und Erweiterungen der Leistungen, die für Orts-Krankenkassen zulässig sind, zu beschließen. Wenn das Gesetz aber wirklich eine Wohlthat sein soll, so muß man die Möglichkeit verhindern, die Vorteile des Gesetzes für die Arbeiter durch einen einfachen Verwaltungsbeschluß zu unterbinden. Die Stellung der Mehrheitsparteien scheint allerdings bereits in dem Sinne festgelegt zu sein, daß sie alle weiteren Verbesserungsanträge ablehnen. Kann aber diese Stellung eines Versicherungsausschusses wirklich für alle Abgeordneten maßgebend sein? Wenn Sie wirklich Freunde der Arbeiterschaft sind, müssen Sie unsere Anträge annehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Dr. Beckmann bestritt gegenüber dem Abg. Mollenhuth, daß die Novelle den Arbeitern mehr nehme als gebe.

Direktor im Reichsamte des Innern Caspar weist darauf hin, daß weitergehende Leistungen der Krankenkassen nicht ohne Erhöhung der Beiträge möglich wären.

Abg. Wäide-Dessau (fr. Vg.) erklärt sich für den sozialdemokratischen Antrag, der auch den bereits in einem Jahre durch 26 Wochen Unterstützten im nächsten Jahre den Anspruch auf 20wöchige Unterstützung gewähren will.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Bisher hat man sich mit allen Berechnungen über die voranschreitende Belastung der Kassen sehr erheblich getäuelt, andererseits sind weniger Invalidenrenten und geringere Summen an Krankenunterstützung gezahlt worden, als man vorher berechnet hatte. Ich fürchte daher, daß meine Behauptung, daß den Arbeitern durch die Erhöhung der Beiträge mehr genommen wird als ihnen durch die Fristverlängerung der Unterstützung geboten wird, zutreffen wird.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung werden die Anträge Abrecht a. d. G. Lehnt, der Antrag auf Streichung der Worte „durch Trunksüchtigkeit“ gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freiwiligen und National-liberalen. Der Beschluß der Kommission auf Streichung der Worte „geschlechtliche Ausschweifungen“ wird gegen die Stimmen der Mehrheit des Centrums und eines Teils der Konservativen angenommen; ebenso der ganze § 6a in der Kommissionsfassung. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Interpellation Gräber (C.) betreffend den Fall Höffner in Effen, Nachtragsetat, Krankenkassen-Novelle).

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Partei-Nachrichten.

Den Delegierten zur preussischen Landeskonferenz zur Nachricht, daß von Sonnabend, den 23. April, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Parteigenossen anwesend sind, um den Delegierten jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Erkennungszeichen: rote Kofette.

Vom Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist die erste Auflage vollständig vergriffen. Die im Druck befindliche zweite Auflage kommt erst Ende nächster Woche zur Verfertigung.

Bei den Bürgerausschüssen zu Pianksta di in Baden warfen unsere Genossen das Centrum, das bisher die Gemeindeverwaltung beherrschte, mit 164 gegen 138 Stimmen aus der Klasse der Niederstbesteuerten hinaus. — Auch in Zell a. S. gelang es den Genossen, in der untersten Steuerklasse das Centrum zu schlagen.

Totenliste der Partei. In Bräununghausen (Westfalen) starb der Genosse Edelmeyer, der am 14. April durch Sturz in den Schacht auf der Zeche „Vorwärts“ verunglückte. Edelmeyer war stets zur Stelle, wenn es galt, für die Interessen des Proletariats einzutreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. — Redaktionsnotizen. Die Audostädter Strafkammer verurteilte den Genossen Zietich wegen formaler Beleidigung des Bürgermeisters Liebcher zu 100 M. Geldstrafe.

# Sociales.

Gegen den Kautschuk-Ladenschluß im Buchhandel macht der Vorstand des Berliner Sortimentervereins mobil. Die Verwaltungsbehörde beabsichtigt, auf Grund des § 139f der Gewerbe-Ordnung eine Anfrage bei den Inhabern offener Verkaufsstellen für den Buch- und Musikalienhandel dahin vorzunehmen, ob eine Mehrheit von zwei Dritteln der Geschäftsinhaber für den Kautschuk-Ladenschluß sei. Der Vorstand des Berliner Sortimentervereins ist der Meinung, daß die Mehrzahl der Buchhändler schon heute um 8 Uhr schließen, daß die geringe Anzahl der später schließenden keine Geschäfte beschäftigen, und man den Geschäftsinhabern, welche es für ersprießlich halten, länger als bis 8 Uhr bei Offenhalten des Ladens zu arbeiten, dieses persönliche Recht nicht verkümmern dürfe. Er fordert deswegen die Geschäftsinhaber auf, sich der Anfrage gegenüber ablehnend zu verhalten und für den bisherigen Kautschuk-Ladenschluß zu stimmen.

Wenn die Sachen in Wirklichkeit so lägen, wie sie der Vorstand des Sortimentervereins darstellt, wäre es geradezu wunderbar, daß die Buchhändlergeschäfte, die in ihrer Mehrheit noch beständig nicht zu den unzufriedenen Elementen gehören, den Kautschuk-Ladenschluß nicht ablehnen würden. Lediglich ist es auch gleichgültig, ob diejenigen Buchhändler, welche noch nach 8 Uhr geöffnet halten, Geschäfte beschäftigen oder nicht. Wenn ihnen das Verständnis dafür fehlt, daß sie dadurch gegen den eignen Körper wälzen, so muß auf sie zu ihrem eignen Heile zwingende eingewirkt werden; vor allen Dingen haben sie aber nicht das „persönliche Recht“, ihren anständigeren Kollegen durch länger-



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 24. April**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus.** Die Balläre.  
**Schauspielhaus.** Die die Allen fangen.  
**Deutsches.** Komma Komma.  
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. (II. Teil.)  
**Leitung.** Geibler.  
**Neues.** Pelleas und Melisande.  
**Reichshallen.** Müll.  
**Weiten.** Don Juan.  
**Central.** Chinesische Fitterwochen.  
**Thalia.** Der Besessene.  
Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Die guten Freunde.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.)  
Der ledige Hof.  
**Vello-Alliance.** Bild und Pöckel.  
**Carl Weiss.** Der liebe Gebot.  
**Buntes.** Die Kinder der Exzellenz.  
**Saiten.** Eine feste Burg.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trianon.** Die Notbrücke.  
**Casino.** Chemos. Reichen und Armen.  
**Neues.** Spezialitäten.  
**Metropol.** Reines! Reines!  
**Apollo.** Der Gesindeball. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Palast.** Die neueste Richtung. Spezialitäten.

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Photographie in natürlichen Farben**  
(durch Wald und Fluß).  
Anfang 8 Uhr:  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**Passage-Theater.**  
Sonntags 3 Uhr.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.  
**Oskar Klein**  
(Tyll Eulenspiegel).  
**Cake-Walk**  
der echten Louisianas.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!

**Castans Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten, Kunstschätzen etc.  
Gr. Promenaden-Konzert.  
Neu! **Cléo Otéro,**  
die interessanteste Raucher- und Sandmalerin.  
Neu! **Pythia,** d. hellsehende Dame.  
**Anthropos,** der künstliche Mensch und vieles andre.

**Central-Theater**  
Rehtes Gastspiel der **Wiener Operetten-Gesellschaft.**  
Gente die letzte Aufführung von **Gräfin Papi.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Sonabend, abends 7 1/2 Uhr: Unter Leitung des Kapellmeisters Dir. Ferrigno. Zum erstenmal: **Chinesische Fitterwochen.**  
Soubrette in 3 Akten von Talbot. — Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nahe bei! **Die Hebräer.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Chinesische Fitterwochen.** — Montag: Dasselbe.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
**Der Posannen-Engel.**  
Kusthaltungsstücke mit Ges. und Tanz.  
**Tanzparadies.** Artisten-Revue.  
**Thielscher als Spreewälder Amme.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Charles Tante.**

**Luisen-Theater.**  
Zum erstenmal:  
**Eine feste Burg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend: Die Geier-Ball.  
Sonntag 3 Uhr: Königin Luise.  
Dienst: Das Verprechen hinterm Verb. — 8 Uhr: Eine feste Burg.  
Montag: Die Geier-Ball.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Loue).**  
Schauspiel in 4 Akten von Clara Weber.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Nora.** Frau Reisenhofer.

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung.  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
**Emil Thomas a. G. Josef Josephi.**  
**Henry Bender.**  
Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz.  
300 Mitwirkende.  
Im dritten Bild:  
**Eine Sitzung bei Anna Rothe.**  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

**WINTERGARTEN**  
Panzer Brothers, Akrobaten.  
Ralph Johnstone, Bicyclist.  
She, die 1 Elemente.  
Renée Oehaaga, Kaleidoskop-Tänzerin.  
Hoshi Tokio, Japanertruppe.  
Charlotte Kara, Creolische Sängerin.  
Sachus Jacoby, Humorist.  
Les Provençales, Französisches Gesangs-Quartett.  
Mlle. Miette, Par. Strassensängerin.  
La Belle Toledo, Span. Tänzerin.  
Harry Houdini, Künstler.  
Das Fest d. Lucullus, Ballett.  
Der „Biograph“.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Rich. Sardou.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Herr Senator.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der ledige Hof.**  
Schauspiel in 4 Akten v. L. Anzengruber.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der ledige Hof.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Heimat.**

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Photographie in natürlichen Farben**  
(durch Wald und Fluß).  
Anfang 8 Uhr:  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Strasse 132.  
Rechte Boche!  
**Der liebe Gebot.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Der liebe Gebot.**  
Sonabend nachm. 3 Uhr: **Anders-Porte.**  
Sonntag: **Anders-Porte.**

## Passage-Theater.

Sonntags 3 Uhr.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.  
**Oskar Klein**  
(Tyll Eulenspiegel).  
**Cake-Walk**  
der echten Louisianas.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Gente: **Geschlossen!**  
Die  
Sonabend: **Extra-Vorstellung.**

## Oskar Klein

(Tyll Eulenspiegel).  
**Cake-Walk**  
der echten Louisianas.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!

## Memoiren des Teufels.

## Palast-Theater

Strandstr. 22. Früher: Heen-Palast.  
**Die neueste Richtung.**  
Schauspiel in 3 Akten v. Dr. Schwebel.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

## Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 165.  
Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten, Kunstschätzen etc.  
Gr. Promenaden-Konzert.  
Neu! **Cléo Otéro,**  
die interessanteste Raucher- und Sandmalerin.  
Neu! **Pythia,** d. hellsehende Dame.  
**Anthropos,** der künstliche Mensch und vieles andre.

## Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
11 u. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

## Trianon-Theater.

Georgenstrasse.  
zwischen Friedrich- u. Unter den Linden-Strasse.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Notbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gréjac und Francis de Croisset.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Liebeskugel.**

## Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz-Kränzchen.**  
Vereinsbillets gültig.

## Apollo-Theater.

Täglich mit stürmischem Beifall  
**Gesindeball,** Gesangs-Parodie.  
mit d. spirituell. Anna Rothe-Parodie.  
Ferner: **4 Madcaps.** — **Dandelion.**  
**Hein. Blank.** — **Cake-Walk.** — **Sonata.**  
**Kilianys leb. Bilder.** — **Kosmograph.**

## Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Off. Alexanderstr.  
Nur kurze Zeit!  
**Madame Latouré, die fache Französin.**  
**Vollmer-Truppe.**  
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

## Casino-Theater

Zohlschtr. 37.  
Nur noch bis 1. Mai!  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
**Elternlos.** Fritzen u. Lieschen.  
Nur noch bis 1. Mai:  
Marcelly! Les trois Berg's etc.  
Ab 2. Mai: Ganz neues Programm.  
Zum erstenmal: **Unser Goldjunge.**

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Militär-Konzert.**  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**  
Son Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferraro dirigieren.

## Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

## Arbeiter-Skathund für Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III:

## Nachtsyl.

**Neues Theater**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

## General-Versammlung.

Klubs, welche dem Bunde beitreten wollen, sind hierzu höflich eingeladen.

## Pelleas und Melisande.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Abendlich 8 Uhr:  
**„Pick und Pocket“.**  
Schauspiel in 3 Akten u. Tanz in 3 Akten.  
Schlager des 2. Aktes:  
Im Sonnenbad. Der Duncannon. Cip-Cip. Donna Juana. Cake Walk. Massage-Terzett.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Achtung! **Bürsten- und Pinselmacher!**  
Montag, den 27. April, abends 8 Uhr, findet bei **Hoffmann,** Zwinnmünderstr. 47, eine Besprechung über **Tafelische Angelegenheiten** in unserm Sinne statt. Nur Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes haben Zutritt; diese sind verpflichtet, bestimmt zu erscheinen.  
F. Bauer, Zwinnmünderstr. 49.

## Buntes Theater.

Köpenickerstrasse 68.  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Vom 1. bis 17. Mai:  
Gastspiel des Opern-Ensembles des Theaters des Westens.

## Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter

(Sektion II Berlin).  
Am Sonntag, den 26. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, bei Herrn Keller, Rappstr. 29:

## Bernhard Rose-Theater

Badstr. 58.  
Sonabend, den 25. April:  
**Benefiz für den Regisseur Ludwig Wüpper.**

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Vorlesung. Abrechnung vom 1. Quartal und Vorstandsbericht. Tafelvereinbarung. Vereinsangelegenheiten.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen erforderlich.  
Der Vorstand.

## Onkel Bräsig.

Lebensbild in 5 Akten nach **Fritz Reuters „Mit mine Chronik“.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag:

Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

## Lesen- u. Diskutierklub „Moabit“.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß am Sonnabend, d. 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Moabit Kasino“, Wilsonstraße 63, ein

### Kunst-Abend

findet. Vortrag des Herrn Dr. Max Alberty über **„Kunst und Reaktion“.**  
Künstlerische Vorträge, Musik, Gesang und Recitationen von **erstklassigen Künstlern.**  
Nahher: **Tanz.**  
Um regen Besuch wird gebeten.  
Zu unseren sämtlichen Veranstaltungen sind Gäste stets willkommen.  
Eintritt incl. Programm 25 Pf.  
Der Vorstand.

## Achtung! Bauarbeiter Berlins u. Umg. Achtung!

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstellen Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, in **Cohn's Festsaal (großer Saal),** Beuthstraße Nr. 19/20:

## Grosse kombinierte Mitglieder-Versammlung

sämtlicher zum Lohngebiet Berlin gehörigen Verbandszahlstellen.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichtserstattung vom Bauarbeiter-Vorstand. 2. Der Stand der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 3. Stellungnahme zum 1. Teil d. Wahl des Ausschusses. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Kollektiv! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Erscheint deshalb alle in der Versammlung.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Verbandspapiere legitimieren; ohne dieselben kein Einlass.  
Die Wahlkommission. A. H. K. Heidemann.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII. 353.

## Die Stichwahl zum Verbandstag

findet am Sonntag, den 26. April, statt und zwar in der Zeit von **vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr.**

Gewählt wird in folgenden Lokalen:  
S. 80.: Gewerkschaftshaus, Saal 1.  
W. (Zahnberg): D. Runtz, Köpenickerstr. 59.  
N.W. (Moabit): Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47.  
O.: A. Klein, Gr. Frankfurterstr. 133.  
N.: A. Abendroth, Badstr. 42/43; J. Bernau, Schwedlerstr. 21; S. Raabe, Kolbergstr. 23.  
O. (Zahnberg): E. Kaufhold, Wilhelmstr. 18.  
Weihen: B. Schmitt, König-Charlottenstr. 38.  
Charlottenburg: Goldschmidt, Köpenickerstr. 3.  
Ziegler: F. Schellhase, Köpenickerstr. 15a.  
Rixdorf: E. Reicher, Steinmühlstr. 111.  
Spandau: J. Böhle (vom. Stadte), Weimarerstr. 5.  
Die Stimmlisten werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt.  
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
Die Vertrauensleute haben unter allen Umständen den Mitgliedern die Bücher auszuhandigen.

## Achtung! Westpreusser! Achtung!

Sonntag, den 26. April, vormittags 11 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Versammlung aller Genossen und Genossinnen Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Was können wir zur diesjährigen Reichstagswahl für die Heimat thun? 2. Diskussion.  
Genossen, Genossinnen und Heimatfreunde! Der wichtigen Tagesordnung wegen bitte recht zahlreich zu erscheinen.  
Der Einberufer.

## Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend.

Bureau: C. 22, Dragonerstr. 15. Teleph. Amt III. 5023.  
Sente, Freitag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Carl Patt, Dragonerstraße 15:

## Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht des Ausschusses. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Beschlüsse.  
Es ermahnt vollständiges Erscheinen der Delegierten.  
Der Ausschuss.

## Arbeiter-Skathund für Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III:

## General-Versammlung.

Klubs, welche dem Bunde beitreten wollen, sind hierzu höflich eingeladen.

## Möbel auf Teilzahlung

Hugo Lewent's Wwe.,  
Chausseest. 82.

## Verband der Bauausfühler Deutschlands.

Ortsverwaltung Charlottenburg.  
Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Hagen, Bismarckstr. 50:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Bericht d. Ausschusses.  
Der Vorstand.

## Frauen-Vortrag

Gente Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstr. 20.  
**Frauenleiden jeder Altersstufe**  
werden an großen Lichtbildern verständlich erklärt vom prakt. Naturheilk. **Grundmann.** Anatomisch-klinische Vorlesung. 72. 11-2. 6-8. Eintritt nicht! Broschüre 20 Pf. Naturheilmittel „Relcom“.  
13282

## Rummelsburg.

**Socialdemokratischer Wahlverein f. d. Bezirk Rummelsburg.**  
Sonntag, den 25. April 1902, abends 8 1/2 Uhr.  
**General-Versammlung**  
im Saale des Herrn Hahn, Hauptstr. 4.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees. 4. Bericht des Ausschusses. 5. Bericht des Bibliothekars. 6. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.  
Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.

**Weltberühmt**  
sind meine beliebten echten **Seehundleder - Portemonnaies** mit praktischem Doppel-Schlüsselbügel.  
Modell 1903. G. M. S. 49 432.



Ganz aus einem Stück echten Seehundleders gearbeitet mit Zinnschloß und Extra-Verschluss für Gold- und Papiergeld.  
Für Herren pro Stück 3,-  
Damen 2,-

**Albert Rosenhain,**  
Berlin SW., Leipzigerstrasse 73/74.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**  
Guthausen, Berlin, Erlangen.  
Angebot: Bettfedern d. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u.



### Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

**Unentbehrlich für Ausflügler!**

Spezialkarten der näheren Umgebung Berlins.

- Bernau-Bienenthal, Rante, Liepnitz und Sanditz-See 1,00 M.
- Dankow am Scherndel-See (Rieser See) nebst Führer 0,75 M.
- Copenick-Friedrichshagen, Teltow-Forst, Scherndel-See, Niegowitzerhagen-Mittenwalde 0,75 M.
- Eberowalde, Freiwald-Döberitz 1,25 M.
- Eberowalde, Jagdschloß Quartin, Hof, Kloster Chorin 1,00 M.
- Freiwald und nähere Umgebung nebst Führer 1,00 M.
- Freiwald, Brigen, Döberitz 1,00 M.
- Grünwald und westliche Bezirke Berlins 1,00 M.
- Potsdam, Stadtplatz mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.
- Potsdam und Werder 1,00 M.
- Sürcrowald in prächtigen Touristenführer 0,75 M.
- Strausberg und der Mühlenthal 1,00 M.
- Tegel, Heiligensee, Schützendorf, Hermsdorf, Haselhorst und Dudenfeld 0,75 M.

Ferner empfehlen als sehr praktisch:

- Taschenatlas von Berlin und Umgebung, enthaltend 12 Karten und Pläne mit Führer, leichthandliches Format 2,00 M.
- Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, 500 Seiten 5,00 M.

I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Waldenburger 1,50 M.

II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburger a. S., Siendel, Tangermünde, Neu-Suppin, Neu-Strelitz 1,50 M.

III. Teil: Östliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberowalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Nöhrnin, Lübben, Spreewald, Rastau 2,00 M.

Diese Wanderbücher bieten prachtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

**Roh-Tabak 10882\***  
Max Jacoby, Eitelstr. 52.

### Centralverband der Glaser und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Sonnabend, den 25. April, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20:

## Feier des 11. Stiftungs-festes

bestehend in Feste, großem Ball, Theatervorstellungen und Gesangsaufführungen, komischen Vorträgen, Verlesung von Diamanten und Kunstgegenständen. — Um 12 Uhr: Kaffee-Pause. Anfang abends 9 Uhr. Herren-Billet 30 M., Damen-Billet 20 M. Gabe willkommen. 73/3

### Bergschloss-Restaurant Waidmannslust.

Schönstes Lokal an der Nordbahn. 5000 Personen fassend. Allen Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 13212\*

Ferdinand Müller.

### Logierhäuser

**Pensionate, Hôtels** sollten bei grösseren Neuanschaffungen nicht verabsäumen, meine Offerte u. Preise zu vergleichen, da stets **Ungewöhnliches** zu bieten im stande bin. 1327L\*

Katalog (100 Seiten stark) und Muster-entwürfe franko.

Tapich-Specialhaus **Emil Lefèvre** Oranienstrasse 158 Berlin S. 7

**Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.** Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

### Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter Sektion Berlin II.

## Todes-Anzeige.

Am 21. d. M. verstarb nach schwerem Leiden unser Kollege, der Flaschenarbeiter **Fritz Bennewitz** (Wohn. Braunhaus) im Alter von 46 Jahren.

Wir verlieren in demselben ein treues und eifriges Mitglied unserer Organisation.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. d. M. nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherbüros, Strahlsberg (Waldensee) aus statt. 8385

Der Vorstand.

---

Am 22. April, abends 8 Uhr, starb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege und langjähriger Vorsitzender der Filiale I des Verbandes der hiesigen Arbeiter, der Gasarbeiter **Adolf Guhn** im 51. Lebensjahre.

Ein treuer, für das Gedeihen der Organisation stets kampfbegeisterter Kollege, werden wir seinen stets gedenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhaus, Kantstr. 47a, aus nach dem neuen Bahnhofs-Friedhof, Waldensee, Seestraße, statt. 288/5

Der Vorstand der Filiale I.

### Wir gratulieren unserm Freunde R. Hildebrand

zu seinem 30-jährigen Bienenjahr. Lieber Reinhold, der Wohlthätigkeit werden keine Schranken gesetzt. Die fleißigsten Arbeiter aus dem kleinen Gewerkschaftshaus, Strahlsbergenerstraße 74: A. W. E. S. H. B. F. H. H. H. 8455

---

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Wilhelm Kregel** verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 115/18 Die Ortsverwaltung.

---

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber guter Mann, der Kupferschmied **Max Pirzer** nach schweren, langen Leiden sanft entschlafen ist. 8453

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

---

### Danksagung.

8496

Eage für die große innige Teilnahme sowie für die zahlreichen und sinnreichen Beihilfen und uns zum großen Trost erwiesene Ehre bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen tiefgefühlten Dank. Den Genossen des 6. Berliner Reichstags-Bahnbereichs, der Bezirke 463 und 464, seinen Freunden und Kollegen der Firma Paul Wenzel, den Kollegen der Firma Paul Buch, sowie den Arbeitsschwestern und Arbeiterinnen der Cigarettenbranche Berlin und Umgebung, allen Freunden, Bekannten und Bekannten, unserm Chef Herrn Greifeld und Herrn Walter Wamse für die trefflichen Worte noch unsern tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen: **Witwe Rabe nebst Sohn und Schwiegermutter.**

---

### Charlottenburg.

**H. Schornerberg** [10772\*] Wilmersdorfer Straße 127. Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu ansehnlich billigen Preisen. Optische Artikel. Oberländer werden schmerzlos gestochen.

## Vorurteilsfrei

möge das laufende Publikum unser **Angebot** lesen und durch einen Versuch die **Wahrheit** unserer Offerte prüfen. Nicht immer bürgt der hohe Preis für unbedingte Reclität der Ware und ebenso wenig ist bei einem billigen Preise immer ein minderwertiges Fabrikat zu erwarten. Durch unsere kolossalen Umsätze mit den bedeutendsten Textfabriken, welche uns die größten Vorteile sichern, ferner durch finanzielle Maßnahmen und richtige Arbeitsteilung sind wir in den Stand gesetzt, für billiges Geld vornehme Herren-Garderobe zu liefern. Die Vorteile nachstehender Offerte sind nur zu erkennen, wenn man unsere Fabrikate in Augenschein nimmt. Wir offerieren Ihnen in kürzester Zeit so beliebt gewordenen Paletot.

### Courant

Dieses vornehme Kleidungsstück besteht aus fein meliertem weichem Marengo-Oberstoff (auch gemustert), prachtvoll gearbeitet, modernes Paletot, sämtliche Nähte zweimal gefasst, gediegene Futterstoffe in Verarbeitung II 17,00 M. Derselbe Paletot, extra fein ausgestattet, in Verarbeitung I (Wahrscheinlich) 25,00 M.

Ferner offerieren wir, so lange der Vorrat reicht, unter der Marke „**Favorit**“

**Jack-Anzüge** aus modernem schwarz-weiß gemustertem oder grauem halbbaren Cheviot, gediegene Futterstoffe, zweimal gefasst, geschlossenes Paletot mit geradem oder schrägen Taschen 18,00 M.

Diese Kleidungsstücke sind auch für starke Herren vorzüglich.

**4 Wochen Extra-Preise für Knaben-Anzüge u. Paletots** | **Saus-Joppen** aus grauem | **Einzelne Modelle** für jedes Alter. | **Cheviot** 2,00 M. | **sehr preiswert.**

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng leit. Nebenverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadelloser St. 9672\*

**Deutsche Compagnie Heitinger & Co.,** Berlin, Oranienstrasse 40-41.

### Tischler-Verein zu Berlin

E. H. No. 80. Unser Mitglied 108/10

## Karl Burkhardt

ist am Dienstag nach längerem Leiden verstorben.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof statt.

Nege Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

---

### Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag 10 Uhr: Tempelhof, Feld, Altes Steuerhaus, nach Marienfelde bei Dillmann. 12/2

## In den Cigarren-Spezialgeschäften erhältlich:

# ASSIM-CIGARETTEN

- 10 Stück 30 Pf. - mit wertvollen Coupons

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges. • Grösste Deutsche Cigaretten-Fabrik.

## Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Garbinnenhaus** große Brauereistr. 9, parterre. 737\*

**Gochvornehme** Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herabreichend 18-38, Beinfelder 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Verbandshaus, Negerstraße 83, 1. Etage. 16048\*

**Krawattenstoffe** große Auswahl. Wolltheaterstraße 30. 15396\*

**Leppiche!** (Leichterhülle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Berlin, Godesberger Markt 4, Bahnhofs Bödele. 119/5\*

**Sportbillig** Leppiche, Betten, Gardinen, Stühle, Bekleidungen, Tischdecken, Steppdecken, Mäße, Sommerpaletots, Anzüge, Remontierarbeiten, Regale, Kisten, Kleider, Möbel, Spiegel, Silber, Leinwand, Kleiderstoffe, 6. Teilszahlungen gestattet. 131/18\*

**Wohlfühlangebot.** Im National-Wohlfühlgeschäft, Köpenickerstraße 25, hochbahnhöftelnde Möbeldrucke, sollen verschiedene gebiegene Kuchbaum-möbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochpreisige Salonarrangements, Bänke, Sofas, Kuchbaumplanis, Bildstühle, Ankleidebüchsen, Kuchbaum-büchsen, Schreibstühle 20,00, kunstvollgezeichnete Ruhebetten mit prachtvoller Drapierung 22,50, hochgelegene Salontische 30,00, prächtige Salontische 8,00, reichgefilzte Ueberrücken, Spandelfächer, Kuchgarden, Steppdecken, Salonbilder, Stühle, Tischstühle, verschiedene Gelegenheitsstücke preisbillig. 15348\*

**Papageienwahl.** sofort sprechen 25,00, Niederländer 35,00, junge Graupapageien billig, Buchfinken, Sittler, Hänflinger, Bergfische, Kuckuck, Oranienhähne 87. 6882

**Kanarienvogel.** große Auswahl, Kuckuck, Schöneberg, Baumstraße 41.

**Kanarienvogel** Weidenweg 69.

**Ringelstich.** Bobbin, Schnellnäh, ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 90/61, Kreuzauerstraße 59/60, und Große Frankfurterstraße 41. 793\*

**Material.** Social-Gemüte. Geschloß, 11 Jahre bestehend, veräußert. Näheres Adolfsstraße 12b, Baderstr.

**Leppiche** mit Herdenbechern, Beinfelder, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**Fahrräder.** Teilszahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Elbingerstraße 40. 16018\*

**Wringmaschinen** auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landberegstraße. 15248\*

**Rahmmaschinen.** Langjährig, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landberegstraße. 15958\*

**Vorjährige** elegante Herren-Herbst- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**Mitteltel.** Semmelisch, veräußert. Weidenweg, Negerstraße 9.

**Panzerlöcher** mit Aufsatz 55,00, Garntur, versehen gewesen, verkauft, garantiert gute Verfertigung. Invalidenstraße 36, Hof. 90/4

**Gartenland.** 80 Quadratmeter, verkauft Gollnowstr. 26, nahe der Landberegstraße. 8458

**Kleiderstück.** neu, 25,00, Berlin, Tannenberg 40,00, Stühle 3,00, Tische 6,00, Bettstühle 12,00, Kuchbaum, Sofa 30,00, Kleiderbergstraße 47, Keller. 8418

**Restoration** zu verkaufen, mit mehreren Vereinen, Fabrik im Hause. Zu erfragen bei Schmidt, Bülowstraße 14a, Cigarrenfabrik. 2456

**Rezept** für Invaliden, mit Anzahlung darauf, billig zu verkaufen. Z. Köpenick 33. 8315

### Wohlfühlverkauf Kastanien-Allee 56.

**Verkaufe** 2 Zimmer gute, gebiegene Kuchbaummöbel, preisbillig - Benutztenen passend - auch Klänge, Esstischregal, Stühle, 10,00, prachtvolle echte Delgenstände 8,00, Tischstühle, Gardinen, Perle-teppich, Stühle 1,00, verschiedene, Georgenkirchstraße 1a, von einer Treppe. 97/1

**Kanarienvogel** 4,00, Buchhalter 6,00, Kanderstraße 7. 97/4

**Verkaufe** billig zwei Betten, Steppdecken, Tischstühle, Leppich, Gardinen, Tischstühle, Stühle, Diabende, Mäße (neu) Kuchbaumstraße 52 I. Unt. 8506

**Wohl** und Vorloß, Grünraum wegen Krankheit zu verkaufen, Preis 800,00. Hochstraße 31. 852b

**Leppiche.** Meerlöhne, Kanarienvogel Kastanienallee 61. 761\*

---

### Verschiedenes.

**Handlaken.** Rechtsbureau-Inhaber, Elbingerstraße fünfundsiebenzig. 16238\*

**Potenanzwalt** Dommann, Prinsenzstraße 57, Northplatz, bis abends acht. 7736\*

**Rechtsbureau.** Langjährige Es-folge! Fabrik. Grüner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Steuerberatung, Eingangsgebühr, Rat-erteilung. 7885\*

**Leih-Haus** Hofenerstraße 35.

**Kuchbäckerei** von Frau Kolosch, Eichenstraße 48, Tuergelände hoch-parterre.

**Fahrradgeschäft.** auch besell, Kuch-latt, Schönhauser Allee 163a. 94/2\*

**Wohlfühl!** Wer sich über diese rechtliche Organisation unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flug-schiller des Bundes gegen die Wirt-schaft, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierärztverein, Königsbergerstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615\*

### Rechtsbureau.

früherer Gerichts-sekretär, Andreasstraße 38. 736\*

**Eingangsgebühr.** Steuerberatung, Klagen usw. Vetsch, Brunnenstraße 97.

**Rechtszimmer.** Vier, Alte Jakob-strasse 119. 10075\*

**Rechtszimmer** zu vergeben. Potsdamer Stangenbier, Franke, Kornbrennerstraße 8. 745\*

**Neben** Sonntag vollständige Küche Kanderstraße 30. Zum gemut-liehen Taschen. 8306\*

**Rechtsbureau.** Prozesskosten, Eingangsgebühr, Steuerberatung, Raterteilung, Hof, Brunnenstraße vierzig. 8485

**Alte** Godshaus, Jahngelände, Platin, Silber laut Brunnen-strasse 137, Goldschmelze. 8445

**Rechtszimmer** zu vergeben. Restaurant Schloffer-Rath, Leppich-strasse 20. 7430\*

**75** Pfennige! Steuerberatung, Eingangsgebühr, Raterteilung, aller-billig! Gerichtsbesuchen, Strafsachen, Ur-sachen, Ueberrückungen, Anwalts-sachen. Dultow, Elbingerstraße 141.

---

### Vermietungen.

**Zimmer.**

**Möbliertes** Zimmer an besseren Herrn zu vermieten. Rekel, Denden-strasse 6, II. 847b

**Einmal** möbliertes Zimmer, allein, 15 Mark, sucht Herr, Köpcke Köpcke-strasse. A. B. Postamt 43. 8545

**Mietsgesuche.**

**Junger** Mann sucht Nähe Hofesches Thor ein- bis zweizimmeriges Zimmer (allein), Parteien mit Preis unter B. H., Postamt 48. 8306

**Gelehrter** sucht billiges Zimmer 1. Kat. Preisofferten Y. Postamt 29. 834b

### Schlafstellen.

**Schlafstelle.** Herrn, Dendenstr. 4, Hof I. Unt. 73

**Schlafstelle,** zwei Mädchen, Gode, Weinstraße 27. 736

---

### Arbeitsmarkt.

#### Stellenangebote.

**Nebenverdienst** für jedermann! Trost gegen Retourkarte. Fern-Post, Prinsenzstr. 792b

**Handwerker,** mehrere, stellt unter F. 3 an die Expedition dieser Zeitung. 8186\*

**Kordmacher** auf Roharbeit ver-langt Kopenickerstraße 61. 6266

**Wir** suchen für Grundbesitzer ver-lange Max Leonhard, Goldschmelze, Schleißerstraße 31. 73\*

**Handwerker** werden verlangt. Prinsenzstr. 21. 7401

**Ein** geübter Schablonenschneider wird bei dauernder Stellung zum sofortigen Eintritt gesucht. Vorlesen unter A. 105 in der Expedition dieser Zeitung.

**Schneidermeister.** tüchtig und er-fahren, speziell in Kinderjahren und Nacharbeiten, werden nach Wien für ein großes Engros-Geschäft gesucht. Offerten bis 25. in der Expedition „G. 3.“ 8345

**Kleidermacher.** Sonnabend, Son-natag, Kollmann, Gartenstraße 85.

**Handwerker.** geübte, sucht Gold-schmelze, Prinsenzstr. 21. 8266

**Einem** Bergolder und Handwerker suchen Hans Gost u. Co., Kuchbren-nerstraße 146. 846b

**Tüchtige** Handwerkerinnen ver-lange Max Leonhard, Schleißerstr. 31.

### Tüchtige Lackierer

per sofort für dauernde u. lohnende Beschäftigung gesucht.

**Adler-Fahrradwerke vorm. Heinrich Kleyer** 108/1\* Frankfurt a. M.

**Filzzuschneider u. Zwicker** auf Arbeit finden sofort Beschäftigung.

**Th. Simon & Co.,** Köpenickerstr. 21.

**Kleiderarbeiterinnen** für Beschäftigung, Kollmann, Prinsenzstr. 21. 13262

**J. Goetz jr.,** Prinsenzstr. 18.

**Für's** Ausland werden 97/8 **tüchtige Plätterinnen** auf Krügen u. Plätterinnen bei hohem Lohn gesucht. Schriftl. Meld. unter E. Y. 1829 Rudolf Mosse, Prinsenzstr. 41.

**Für's** Ausland werden **tüchtige Näherinnen** auf Krügen und Plätterinnen bei hohem Lohn gesucht. Schriftl. Meld. unter E. X. 1637 an Rudolf Mosse, Prinsenzstr. 41. 97/2

---

### Achtung, Kordmacher!

Der Bezug ist streng fern zu halten von d. Kordmacher-Fabrik (Mississippi), Bülowstraße 29. 80/13



Ein badisches Mörder-Trio vor Gericht.

Freiburg i. Br., 21. April. Vor dem hiesigen Schwurgericht begannen gestern die Verhandlungen in einem Raubmordprozesse, der eine höchst romantische Vorgeschichte hat und der in der Person des Weggergefellenen Weiser einen Verbrecher auf die Anklagebank führt, der es verstanden hat, jahrelang unerkannt in der alten Kreisstadt als Mörder, Einbrecher und Dieb zu leben und im Verein mit seinen zwei des Raubmordes mitangeflagten Complicen, den Schlägern Ziegler und Hermann, durch fähige Händerlinge das badische Oberland wiederholt in die höchste Aufregung zu versetzen.

Es war am Abend des 15. Januar d. J., als Bewohner des Hauses Brunnenstr. 10 in Freiburg den dort wohnenden 79 Jahre alten jüdischen Trödler Lazarus Burgheimer, den Vater eines früheren badischen Zeitungsvorlegers und jetzigen Berliner Schriftgelehrten, tot vor der Hintertür seines Geschäftslokals liegend vorkam. Der alte Mann war anscheinend vom Schläge getroffen und hatte nicht mehr die Kraft gehabt, jemand zu Hilfe zu rufen. Bald jedoch ergab sich, daß ein Raubmord vorlag, der von mehreren Personen planmäßig durchgeführt worden sein mußte und bei welchem die Täter das Geschäftslokal zur Heimkehr nach Geld durchsucht und diesen schließlich entzogen hatten. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach den Mördern blieben jedoch erfolglos, da diese jede, auch die kleinste Spur, hinter sich verwischt hatten.

Wenige Tage später nun, am Morgen des 23. Januar d. J., fand sich der Hausbesitzer des Herrenkleider-Geschäfts von Ramöller in der Kaiserstraße, Namens Karl Weiser, der der hiesigen Polizeidirektion mit der Meldung ein, daß er in dem Moment, wo er das Geschäft vom Hansflur aus zu öffnen versucht habe, von hinten angefallen und durch mehrere Messerstiche verletzt worden sei. Da die Mordtaten des Geschäfts Spuren eines in der verflochtenen Nacht verübten Einbruchdiebstahls anwies, so vermutete er, daß die überfallenen Diebe seine Angreifer gewesen seien. Thatsächlich wurde dann auch festgestellt, daß die Ladenkasse des Geschäfts erbrochen und ihres Inhalts im Werte von 80—100 M. beraubt worden war. Da Weiser auch das Signalement der verdächtigen Personen angeben vermochte, die sich nach seiner Behauptung schon am Tage zuvor in nächster Nähe des Geschäftslokals zu schaffen gemacht haben sollten, so wurden alsbald Nachforschungen angeestellt, die auch zur vorübergehenden Festnahme mehrerer Personen führten. Dann aber kam der Kriminalpolizei das Benehmen des überfallenen Hausbesitzers verdächtig vor und seine schließliche Festnahme führte zu der überraschenden Entdeckung, daß Weiser nicht nur den Einbruchdiebstahl fingiert hatte, sondern daß er auch der Anführer der Raubmörderbande gewesen war, die den alten Trödler Burgheimer ums Leben gebracht hatte. Seine Complicen waren die Wegger Ziegler und Hermann, die, wie die Untersuchung ergab, seit langem im badischen Oberland umfangreiche Viehdiebstähle verübte und das gefahrene Vieh durch Vermittlung Weisers hier abgesetzt hatten. Sie hatten den Mord gemeinsam verübt, weil sie bei Burgheimer erhebliche Vorräte vermuteten.

Damit war die Reihe der Ueberraschungen in dieser Sache aber noch nicht abgeschlossen, denn es meldeten sich plötzlich die Verwandten eines im Jahre 1899 im Sternwald bei Freiburg tot aufgefundenen Mädchens Namens Josepha Kirchhofer, das längere Zeit mit Weiser verkehrt hatte und von dem seiner Zeit angenommen worden war, daß es durch Selbstmord geendet habe, weil es sich in andern Umständen befand. Die Leiche wies drei Schußwunden auf und es lag auch in nächster Nähe des Mädchens ein abgeschossener Revolver sowie ein Zettel des Inhalts, daß sie freiwillig aus dem Leben geschieden sei. Man nahm jedoch jetzt an, daß auch hier eine Mordthat Weisers vorliegt, der sich der fälschlichen Ansprüche des Mädchens entledigen wollte. Endlich hat die Staatsanwaltschaft noch einen dritten Fall ermittelt, in dem Weiser einen Mordversuch mit seinen Spießgesellen auf einen Schweinehändler in Ottoschwanden im Schwarzwald beabsichtigt haben soll. Er hat sich daher im Verein mit Hermann und Ziegler wegen gemeinschaftlichen Raubmordes an Burgheimer, ferner wegen Einbruchdiebstahls, Raubes und Hehlerei sowie wegen Ermordung seiner Geliebten und wegen eines Mordversuchs in Gemeinschaft mit Ziegler und Hermann zu verantworten.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich fünf Tage in Anspruch nehmen. Die drei Angeklagten werden zu jeder Sitzung statt gefesselt und von je einem Gendarmen bewacht vorgeführt. Das großherzogliche Justizministerium hat einen besonderen Regierungskommissar zu dem Prozesse entsandt. Der Andrang des Publikums ist naturgemäß ein ganz enormer. Unter den Zeugen befinden sich die Verwandten der beiden Ermordeten, unter anderem der Vater und die Mutter des in Frage kommenden Mädchens und die beiden Söhne des Trödlers Burgheimer sowie Freunde und Bekannte der drei Mörder. Zunächst wurden die näheren Begleitumstände des Todes der Geliebten des Hauptangeklagten Weiser, der 23jährigen Fabrikarbeiterin Maria Josepha Kirchhofer, erörtert, deren Leiche Ende Oktober des Jahres 1899 im Sternwald bei Freiburg mit drei Schußwunden im Hinterkopf aufgefunden wurde. Die Vermutung, daß er den Tod seiner Geliebten verschuldet habe, bestätigte der Angeklagte bei seiner Vernehmung als richtig, wie er auch die Teilnahme an der Ermordung Burgheimers ohne weiteres zugab. Er erzählte, daß er in der hiesigen Fabrik von Herbe das Häberhandwerk erlernt habe und dann zwei Jahre in Altona in Arbeit geblieben habe. Nach seiner Rückkehr von dort sei er in der Papierfabrik von Schwidder als Vorarbeiter eingetreten und als solcher hat er nach den Aussagen der hierüber vernommenen Arbeiterinnen einen geradezu dämonischen Einfluß auf diese ausgeübt. Seine Liebhasen gingen in die Tugend und wenn ihm ein Mädchen nicht freiwillig folgte, so mißbrauchte er seine Vertrauensstellung in der schmällichen Weise, um die Widerstrebenden sich gefügig zu machen. Er scheute dabei auch vor Volkshochzeiten nicht zurück. Nachdem er wiederholt von den durch ihn verführten Mädchen zur Anerkennung der Vaterschaft gezwungen worden war und eins der Kinder sogar in eigene Pflege hatte nehmen müssen, war es ihm naturgemäß höchst fatal, als die Kirchhofer ihm Anfang Oktober 1899 die Mitteilung machte, daß sie demnächst mit einem von ihm herübergehenden Kinde niederzukommen werde. Er hatte das Mädchen im Sommer desselben Jahres kennen gelernt und sie sich in derselben Weise wie auch schon andre Arbeiterinnen vor ihr dienstbar gemacht. Wie er im Laufe seiner Vernehmung weiterhin angab, hat er ihr zunächst den Rat erteilt, zu einer „weißen Frau“ zu gehen, deren Mittel jedoch nicht reifgen. Darauf lud er das Mädchen am Sonntag, den 15. Oktober, zu einem Spaziergange nach dem Sternwald ein, und als sie ihm unterwegs Vorwürfe wegen ihres Zustandes machte, schob er ihr auf etwa einen Meter Entfernung drei Revolverkugeln in den Hinterkopf, so daß das Mädchen sofort eine Leiche war. Dann ging er, als ob nicht das geringste geschehen sei, nach Freiburg hinein und beteiligte sich dort an der Einweihung der St. Johanniskirche als Sänger. Als am nächsten Tage der Tod des Mädchens in der Fabrik bekannt wurde, hat Weiser sehr gefühlvoll und legte eine Liste zur Einzahlung von Beiträgen für einen Kranz auf das Grab der „Selbstmörderin“ an, in die er sich als erster mit einem namhaften Betrage einzeln einsetzte. Kurz Zeit darauf ging Weiser, den einige der Mädchen schon damals offen als den Mörder der Kirchhofer bezeichnet hatten, abermals auf längere Zeit nach Altona, und als er wieder zurückkam, war längst Gras über die ganze Sache gewachsen, so daß er berührt zu weiteren Thatsachen schreiben konnte, die jetzt ebenfalls der Aburteilung durch das Schwurgericht unterliegen. Die Jungen zu dieser ersten Schreckensthat des Angeklagten bekundeten im wesentlichen, daß die Kirchhofer ein bescheidenes und ruhiges Mädchen gewesen sei, die sicher den Angeklagten nicht zu der That durch Vorwürfe oder sonstige gereizt habe. Es wird dabei festgestellt, daß Weiser mit geradezu

quiemem Raffinement das Gebetsbuch der Toten dieser in die Hand gab und auch den Revolver so placierte, daß dadurch der Anblick eines Selbstmordes erweckt wurde; ebenso legte er neben die Leiche einen Zettel des Inhalts, daß die Tote sich die Schüsse selbst beigebracht habe, um der unaussprechlichen Schande zu entgehen. Danach wurde in die Verhandlung der weiteren Mordthat an dem Trödler Burgheimer eingetreten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Liste Nr. 12405 zur Reichstagswahl ist verloren gegangen. Gesammelt waren darauf 220 M. Es wird gebeten, dieselbe bei H. Jahrow, Ravensstr. 6, abzugeben.

Die Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der kombinierten Vorstandssitzung bis nach Beendigung der Reichstagswahlen alle Zuschriften an Genossen Wilh. Eberhardt, Charlottenburg, Sprestr. 24, zu richten sind. Nur wenn dieser Beschluß beobachtet wird, können die Wahlarbeiten pünktlich erledigt werden. Das Central-Wahlkomitee.

Groß-Lichterfelde. Seitens der Konservativen ist für heute abend eine öffentliche Wählerversammlung in den Heriischen Saal, Potsdamerstraße, einberufen, in welcher der Kandidat der reaktionären Parteien Malermeister Hammer über die bevorstehenden Wahlen sprechen soll. Aus der Ankündigung der Versammlung geht hervor, daß weder Bureauwahl noch Diskussion stattfinden sollen und ferner, daß nur „patriotische“ Wähler eingeladen sind.

Diese unerhörten Bedingungen machen es unfern Parteigenossen zur Pflicht, der Versammlung fern zu bleiben.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Mariendorf und Umgegend. Sonntag, den 20. April, findet die erste Agitationstour zu den Reichstagswahlen statt. Treffpunkt für die Tempelhofer Genossen früh 1/8 Uhr, Tempelhofer, Friedrich Wilhelmstr. 17 bei Genossen Ebel. Für Mariendorf um 8 Uhr früh Dorfstrahlen-Großbeerenstraße in Mariendorf. Abfahrt früh 7 Uhr vom Militär-Wahnhof in Marienfelde. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Rummelsburg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden nochmals auf die am Sonnabend stattfindende General-Versammlung aufmerksam gemacht. Da dieselbe eine äußerst wichtige Tagesordnung umfaßt, so werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Franz, Grünauerstraße 5, seine ordnungsmäßige Generalversammlung ab. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Auch sind die Billets vom Osterbergnägen abzurechnen.

Alt-Hilense. Am Sonnabend, den 25. d. Mts. hält der Sozialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung bei Caf. Grünauerstr. 21, ab. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Erkner. Am Sonntag, den 20. April, nachmittags 4 Uhr, findet im Prediger-Lokal eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in der der Reichstags-Abgeordnete Frh. Jubel über die bevorstehenden Reichstagswahlen referieren wird. Männer und Frauen des Bezirks Erkner und Umgegend werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Lokales.

Gewerbe-Inspektion. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Gemäß §§ 120a ff. der Gewerbe-Ordnung sind die Gewerbe-Unternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebs-einrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Zu diesem Zwecke sowie zur Anstuferteilung über alle andern die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in den unten bezeichneten Dienstlokalen und zu den nachbenannten Zeiten zu sprechen.

Die offiziellen Sprechstunden der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind:

A. Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.

B. Für Arbeiter allein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am 1. Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.

C. Für Arbeiterinnen allein halten die Gewerbe-Aufsichtspräsidenten, Fräulein Reichert, Fräulein v. Bennigsen-Förder und Fräulein Kummert zu den unter B. angegebenen Zeiten Sprechstunden in den Räumen der Gewerbe-Inspektion Berlin O. bezw. N. und C. ab.

Außerdem sind zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbe-Aufsichtsbeamte in den Dienstlokalen der Gewerbe-Inspektion anwesend.

Die Bezirke der Gewerbe-Inspektionen für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf sind, wie folgt, abgegrenzt:

1. Gewerbe-Inspektion Berlin C., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 1, 2, 6, 12 bis 16, 19 bis 22, 27, 28, 38, 40, 55 und 68. Gewerbe-Inspektor: Dr. Jungfer. Assistenten und Aspiranten: Hartig, Fräulein Kummert, von Jülich. Diensträume: NO. 43, Georgenkirchplatz 21.

2. Gewerbe-Inspektion Berlin O., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 23 bis 26, 43 bis 45, 48, 49, 52 bis 54, 65, 66, 70, 79, 86, 87, 94 bis 96, 102 und 103, sowie den Stadtkreis Niddorf. Gewerbe-Inspektor: Dr. Fischer. Assistenten und Aspiranten: Dr. Glämann, Fräulein Reichert, Schnitz. Diensträume: SO. 16, Engel-Ufer 4.

3. Gewerbe-Inspektion Berlin S., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 29, 30, 31, 34 bis 36, 39, 41, 42, 47, 56, 63, 67, 71 bis 73, 78 und 85, sowie den Stadtkreis Schöneberg. Gewerbe-Inspektor: Donath. Assistent: Lampe. Diensträume: Schöneberg, Bahustr. 6.

4. Gewerbe-Inspektion Berlin W., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 3 bis 5, 8, 22, 33, 37, 57, 68, 64, 74 bis 77, 83, 84, 91 und 100, sowie den Stadtkreis Charlottenburg. Gewerbe-Inspektor: von Glädt. Assistent: Lohmann. Diensträume: NW. 52, Galvistr. 18.

5. Gewerbe-Inspektion Berlin N., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 7, 9, 10, 11, 17, 18, 46, 50, 51, 59 bis 62, 68, 69, 80 bis 82, 88 bis 90, 92, 97 bis 99 und 101. Gewerbe-Inspektor: Dr. Rasch. Assistenten und Aspiranten: Dr. Dewitz, Fräulein von Bennigsen-Förder, Steinhoff. Diensträume: N. 20, Pringens-Allee 88.

Die „Große Berliner“ und das Koalitionsrecht. Bei Beendigung des großen Straßenbahner-Streiks im Jahre 1900 erklärte die Direktion förmlich, sie würde keinem der Angestellten etwas in den Weg legen, falls er sich einer Organisation anschließen sollte. Ausdrücklich wurde es dem Personal freigestellt, nach eigenem Willen ungebunden Vereine anzugehören zu dürfen. In letzter Zeit scheint sich „oben“ nun doch ein Wandel der Anschauungen vollzogen zu haben, denn den Mitgliedern der dem Handels- und Transportarbeiter-

Verband angeschlossenen, gut gedeihenden Straßenbahner-Organisation werden von verschiedenen ihrer Vorgesetzten gegenwärtig allerhand Schwierigkeiten berichtet, von der einfachsten heillosen Dienstschikane bis zur Entlassung. Hier ein Beispiel: Kürzlich fand unter den Angestellten auf dem Bahnhof Schöneberg (Welsigerstraße) die Wahl des Vertrauensmannes statt. Seitens der Organisation kandidierte der bisherige Vertrauensmann, Schaffner Rüdiger, dem auf Verreiben der Hofverwaltung der Schaffner Bauer, ein Arbeitswilliger beim großen Streik, entgegengestellt wurde. Bei der Wahl erhielt nur Rüdiger 100 und Bauer 135 Stimmen. Dies Resultat übertraf allgemein. Schon in wenigen Tagen meldeten sich bei der Verbandsleitung der Straßenbahner 113 Kollegen, die allesamt unterschwehlich versicherten, für Rüdiger gestimmt zu haben. Sie sind der Meinung, daß es während der Mittagspause am Wahltage bei der Ausbewahrung der Wahlzettel nicht ganz ordnungsmäßig zugegangen sei. Einige Tage später erhielt dann Rüdiger ein vom Direktor Bahold unterschriebenes Schreiben, worin ihn zum 1. Mai der Dienst gekündigt wurde. Diese Kündigung hängt höchstwahrscheinlich mit Rüdigers Verbands-tätigkeit zusammen; er hatte sich als ständiges Mitglied einer nicht gerade geringe Organisation offenbar mitliebig gemacht. Dafür spricht auch, daß er vom Inspektor Vernis eine Klage erhielt, weil er nach dem Gewerkschaftshause zu einer Versammlung gegangen war. Entzistet hatte ihn andern Tags der Inspektor (nebenbei bemerkt ein Reserve-Offizier) angefahren: Im Gewerkschaftshause verkehrten lauter Socialdemokraten, es ziemte sich für einen Straßenbahner nicht, dorthin zu gehen. — Der Schaffner wird also entlassen, die Organisation aber wird sich weiter entwickeln, gleichviel ob es der Direktion gefällt oder nicht.

Die hiesige Schuldeputation hat eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt, die ihr über die Anstellung der zu wählenden Schulärzte Vorschläge machen soll. Die Kommission wird ihre Beratungen nach dem 1. Mai beginnen. Bis dahin werden noch weitere Meldungen für diese Stellen von der Schuldeputation entgegen genommen. Persönlicher Vorstellung der Bewerber bedarf es nicht.

Die Folgen des Schneesturmes am Sonntag und Montag machen sich jetzt durch ein inneres Steigen der Pluten der Spree bemerkbar. Die gewaltigen Schneemengen, welche bei dem Unwetter herabgedrungen und bei der nachfolgenden warmen Luftströmung, die auch stückweise von Regen begleitet wurde, verschwand überraschend schnell und die Folgen des starken Tauwetters bildet das Emporsichellen des Spreepiegels, dessen Stand sich innerhalb weniger Stunden um 15 Centimeter erhöhte. Ebenso wie die Spree ist auch die Panke durch die Folgen des Unwetters in Mitleidenschaft gezogen. Vorgestern und gestern gleich das kleine Flähdien einem Gebirgsbach.

In dem Bahnverkehr nach Berlin konnte, obwohl mit allen Kräften an der Beseitigung der Störungen gearbeitet wurde, der reguläre Fahrplan bisher noch nicht auf allen Strecken wieder aufgenommen werden. Im Bezirke der Steintiner Bahn ersticken die Züge noch bis zum gestrigen abend erhebliche Verspätungen. Am heutigen Morgen jedoch trafen die Trains ziemlich pünktlich auf dem Steintiner Bahnhof ein. Dagegen kann der Güterverkehr allem Anscheine nach noch nicht in vollen Umfang aufgenommen werden, wie daraus hervorgeht, daß die täglichen Milchsendungen heute früh noch teilweise ausblieben.

Zur Ausbesserung des Sturmschadens an der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße arbeiten jetzt 16 Zimmerleute und 8 Maurer. Das Aufengerüst ist jetzt fertig. Einen beachtlichen Einbruch machte es auf die zahlreichen Zuschauer, wie der Obersteiger Danke von der Firma Kreiling u. Co. die letzte Leiter oben anlegte und dann das Streuz festband. Ein Baumeister, der schon am Sonntag Feuerwehr und Polizei auf die drohende Gefahr aufmerksam machte, erhielt durch einen Schuttmann, der nach Einholung eines Gutachtens in seine Wohnung gesandt wurde, den Befehl, daß keine Gefahr vorliege.

Eines der ältesten Berliner Versammlungslökalen, das besonders in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung eine Rolle spielt, das Haus Grenadierstraße 33 wird jetzt niedergegriffen. Hier bestand sich viele Jahre lang das Streikbureau der Maurer, hier tagte, vor Errichtung des Gewerkschaftshauses, der Berliner Arbeitervertreter-Verein, auch das Gewerkschaftsbureau hatte in der ersten Zeit seines Bestehens in diesem Hause sein Heim aufgeschlagen. Während des Bierboikotts war es eines der wenigen boikottfreien Lökalen im Centrum. Der kleine, veränderte Versammlungsraum diente abwechselnd bald als Tanzsaal, bald als Versaal für die in der Gegend zahlreich ansässigen jüdischen Hausierer. Nun wird an Stelle der alten Häuser Grenadierstr. 33 und 34 die neue Musikerbörse des Vereins Berliner Musiker mit großen Vereins- und Versammlungsräumen errichtet.

Ueber eine neue Verkehrsvereinbarung, welche die Igl. Eisenbahndirektion Berlin zur Einführung bringt, wird uns folgendes gemeldet: Zur Bequemlichkeit des reisenden Publikums übernimmt die Berliner Paletten-Gesellschaft auf Wunsch die Beförderung von Paketen und Gepäckscheinen für eine feste Gebühr, welche, wie folgt, normiert ist: Es sind zu zahlen für Beförderung von Paketen bei Beträgen bis zu 20 M. 30 Pf., bei Beträgen über 20 M. bis 40,95 M. 50 Pf., von 50 M. bis 60,95 M. 70 Pf. und von 100 M. und darüber eine Mark; für die Beförderung der Gepäckscheine: für je 100 Kilogramm 50 Pf., mindestens jedoch 30 Pf. Diese Gebühr kommt für jede Sendung nur einmal zur Berechnung. Die Bestellung auf Paketen und Gepäckscheine muß spätestens zwölf Tagesstunden vor Abfahrt des zu benutzenden Zuges, gleichzeitig mit der Anmeldung zur Abholung des Gepäcks, im Besitze der Gesellschaft sein. Die letztere ist berechtigt, vom Besteller einen Teilbetrag der Auslagen im Voraus einzufordern. Die Empfangnahme der Paketen und Gepäckscheine erfolgt bei der Geschäftsstelle der Gesellschaft, auf demjenigen Bahnhofe, von welchem die Reise angetreten wird, gegen Zahlung der Auslagen und Gebühren. Auf Wunsch werden die Paketen und Gepäckscheine auch ins Haus gebracht, doch erheben sich in diesem Falle die Gebühren um die Hälfte der oben mitgeteilten Höhe.

Von seinem Lehramte suspendiert wurde bis auf weiteres der Professor Dr. Martin Meudelsohn durch Beschluß der medizinischen Fakultät.

Zu einem Waldmenschen wollte sich der 12jährige Schüler M. aus der Marienburgerstr. 7 herausbilden, dessen Versuchswunden vor einigen Tagen gemeldet wurde. Der Knabe hatte, wie mitgeteilt, eine schlechte Genesung nach Hause gebracht, die der Vater nicht unterschreiben wollte, und das Kind hatte dann die Lehrer angehen. Verurteilung fürstend, verließ der Knabe das elterliche Haus und man nahm an, daß er bei dem Sturm am Sonntag zu Schaden gekommen wäre. Diese Befürchtung hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Gestern bemerkte ein Schuttmann den jugendlichen Ausreißer, nahm ihn fest und führte ihn den Eltern zu. Der Knabe gestand ein, daß er sich in den Wäldungen in der Umgegend Berlins aufgehalten habe und die Absicht hatte, dort auch fern zu leben, verweigerte jedoch weitere Mitteilungen über seinen künftigen Aufenthalt. Nahrungsmittel ließte sich das Wäldchen vermittelst erbetelt haben.

Ein Irrtum mit ernstlichen Folgen ist einem Einbrecher in der gestrigen Nacht verhängnisvoll geworden. Eine aus drei Personen bestehende „Gesellschaft“ hatte beschlossen, der Großdeputation von



Andree in der Brenzlauerstr. 1 einen Besuch abzustatten. Einer der Socien, „der Kleine“, hatte die Aufgabe, in den Lagerkeller der erwähnten Firma einzudringen, um von dort aus in den Laden zu gelangen und den Komplizen dann ungehindert Zutritt zu verschaffen. Der Eindringling ging aber fehl und statt den Lagerkeller der Großbäckerei zu betreten, öffnete er den Vorratskeller des in der ersten Etage des Hauses wohnenden Tabak-Großhändlers Kodilow. Die Kellertür ist jedoch durch eine elektrische Leitung mit der Wohnung des Verbündeten und die Alarmglocke trat in Tätigkeit, ohne daß der Dieb, der sich beuteltüfteln in dem Keller umfah, etwas davon ahnte. Anders seine Genossen. Als Herr K. das Fenster öffnete und vor der Thür haltenden Droschkenlutschnern zurück, daß im Keller Diebe seien, wurden verwirrt die beiden unbemerkt, ohne auch nur ihren im Keller befindlichen Kollegen warnen zu können. Der Dieb, der noch immer ahnungslos nach dem richtigen Keller verschlage suchte, wurde festgenommen und dem Polizei eingeliefert. Der Beschäftigte, ein 21jähriger Arbeiter Namens Richter, in Verbrechenkreisen „der Kleine“ genannt, gab unumwunden zu, daß er bei dem Streifzuge von zwei Genossen begleitet war, die entkommen sind, behauptet jedoch, die Namen der beiden nicht zu kennen. Sie konnten bisher nicht ermittelt werden.

Einer Katastrophe entgangen ist die 31 Jahre alte Frau des Buchhalters Hugo Sella mit ihren beiden Kindern im Alter von 3 Jahren und 6 Monaten. Sella, ein Mann von 40 Jahren, hatte seit acht Monaten keine Stellung mehr. Da nun das kleine Kindes wegen auch seine Frau nicht viel verdienen konnte, so blieb er für zwei Stube und Küche, die er im ersten Stock des Hofgebäudes in der Schönhauser Allee Nr. 72a seit einem Vierteljahr bewohnt, für zwei Monate die Miete schuldig. Als ihn daher kürzlich der Hauswirt Maurermeister Habitz ermittelte, wollte er mit der ganzen Familie in den Tod gehen. Die Frau entsloh jedoch mit den Kindern und fand im städtischen Obdach ein Unterkommen. Sella ist seitdem verschwunden und hat sich wahrscheinlich das Leben genommen. Er ist 1,65 Meter groß, hager und blaß, hat schwarzes Haar und Spitzbart und trägt eine graugrüne Kappe, eine schwarze Weste, dunkle Beinkleider, einen Stehstragen mit schwarz-weißem Schlops, Zugstiefel und einen Anzeiger. — Traurige Verhältnisse anderer Art liegen dem Verschwinden des 27 Jahre alten Stallschweizers Paul Heyer zu Grunde. Dieser hatte mit einer 20jährigen Marie Friedlos ein Verhältnis, aus dem ein jetzt acht Jahre alter Sohn Paul hervorging. Am 1. Januar kam er mit beiden vor Essen hierher, mietete auf dem Grundstück Jasmunderstr. Nr. 18 auf dem Hofe eine Kellerräumung und erklärte dem Hauswirt, daß er in der nächsten Zeit heiraten werde. Die Hochzeit wurde jedoch immer wieder hinausgeschoben. Gestern morgen kam das Mädchen, das sich nur mühsam vorwärts schleppen konnte, zu Hausgenossen und klagte ihnen, Heyer habe sie am Sonntagabend durch Fußtritte gegen den Leib und Würgen am Halse schwer mißhandelt und sei seitdem verschwunden. Soeben teile er ihr in einem Briefe mit, daß er sich das Leben nehme. Der Hausverwalter holte sogleich einen Arzt, der schwere Verletzungen feststellte und die Unglückliche mit einem Koppfchen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen ließ. Das Kind wurde dem Waisenhaus übergeben. Heyer arbeitete, so lange er in Berlin war, nur wenig. Für den Unterhalt mußte das Mädchen sorgen, das auch die Hausreinigung übernahm.

Auf der Polizeiwache gestorben ist der 41 Jahre alte Fischer Hermann Sartori aus der Winerstr. 77b, der wegen Trunkenheit zu seiner eignen Sicherheit in Gewahrsam genommen worden war. Der Mann verlor vor Jahren durch den Tod seine Frau und war seitdem Getrochensdrinker.

Von der Kontrollversammlung ins Wasser ging vorgestern, Mittwochnachmittag, der 30 Jahre alte Schneider Labislaus Muszinski aus der Gollnowstr. 34. Der Mann kam nach der Kontrollversammlung, die er als Oekonomiehändler besucht hatte, in die Schankwirtschaft von Lohmann am Lützowufer 23 und verzehrte in zwei Stunden für 75 Pf., ohne einen Pfennig zu besitzen. Als der Wirt ihn aufforderte, ihm ein Pfand zu lassen, gab er ihm einen sechslosigen nicht geladenen Revolver und seinen Militärpap und sagte zum Abschied, er habe sich schon längst erschießen wollen. Von der Schankwirtschaft ging er nach einer Bank am Lützowufer hinterlich dort ein Blatt aus seinem Notizbuch mit den Worten: „Lebt wohl, Frau und Kinder!“ und sprang in den Landwehralanal. Ein Student, der gerade des Weges kam, sprang ihm nach, faßte ihn noch zur rechten Zeit und hielt ihn so lange über Wasser, bis der Obfischer Schmidt aus der Schiffstr. 1 mit seinem Boot heranfuhr und beide rettete. Muszinski wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sich sein anfangs bedenkliches Befinden gestern abend gebessert hatte.

Dannfall. Am Mittwochnachmittag stürzten auf dem Neubau Reuterstraße 81 in Rixdorf im Hinterhaus sämtliche Treppentritte von der vierten Etage bis zum Portiere zusammen, wobei der Arbeiter Willi Mehrlein durch einen Stein am Kopfe verletzt wurde. Der Vorfall dürfte als eine Folge der hiesigen Accordarbeit anzusehen sein und seine Ursache in der nach sachmännlichem Urteil zu früh entfernten Ausschlagung der Cementdecken haben. Den Verletzten trifft der Unfall um so härter, als erst kürzlich sein Vater, der Dachdecker Hermann Mehrlein, durch einen Sturz vom Dache gerüst sein Leben verlor.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr. Freitag, den 24. März, Beginn des Kuriums in Rede- und Übung (Übungen in mündlicher Rede und in schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Auf zwei Durchgänger aus Amerika fahndet auf Ersuchen der dortigen Behörden die hiesige Kriminalpolizei, einen gewissen Bray Taylor und einen gebürtigen Franzosen George Bostin, auch George Deumaraque genannt. Taylor war Beamter der landwirtschaftlichen Abteilung der hawaiischen Verwaltung und benutzte einen 30tägigen Urlaub, um Regierungsgelder zu unterschlagen und damit durchzubrennen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Dollar ausgesetzt worden. Er ist 50 Jahre alt, mittelgroß und sehr nervös und hat infolge seiner nervösen Aufregtheit die Angewohnheit, sich die Fingerringel abzubeißen. Bostin verübte in New York einen großen Brillantenraub; auf seine Festnahme sind 1000 Dollar ausgeschrieben. Er ist 32 Jahre alt und war früher Schächter in Frankfurt, lebte aber schon länger in Amerika, ist groß und schlank gebaut, hat dunkle Augen und schwarzes Haar. Ein Diamantenbanden, das zu seiner Wente gehört, ist J. M. gezeichnet, eine Uhr und andre Wert- und Schmuckstücke M. L. und N. N.

Unbekannte Leiche. Am 19. d. M. ist auf dem Laubengelände, verlängerte Hennigsdorferstraße, der Leichnam einer weiblichen Person aufgefunden worden, dessen Identifizierung bisher nicht gelungen ist. Die Unbekannte ist 45-50 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, hellblonde Augenbrauen, eine platte nach oben gebogene Nase, breiten Mund, rundes Antlitz, dicke, aufgedunsene Gesichtsbildung, rötlich-blaue Gesichtsfarbe; sie ist von unterlegter Gestalt und war mit schwarzer Bluse, roten Barchendrock, schwarzen Strümpfen und sehr defekten gelben Schürzenhaken bekleidet. Die hinterlassenen Sachen können im Leichenhause, Hamoverschstraße 6, befragt werden. Etwas die Person der Unbekannten angehende Mitteilungen sind an das Polizeipräsidium, Alexanderplatz, zu J.-Nr. 2857 IV. 27. 03 zu richten.

Feuerbericht. Donnerstag früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Dredenerstr. 23 gerufen. Hier war im Erdgeschoß ein Feuer ausgebrochen, das bei Anbruch des ersten Lösches schon auf den ersten Stock übergesprungen war. Es mußte daher tüchtig Wasser gegeben werden, bevor die Flammen erstickt waren. Auch in der Windstr. 59 hatte die Wehr längere Zeit zu thun. Es brannte ein größerer Teil des Dachstuhles. Die Abföschungsarbeiten wurden durch eine starke Verqualmung sehr erschwert. Es mußte über mechanische Leitern hinweg vorgegangen werden, um dem Brandherd beizukommen. Fast eine Stunde dauerte es, bevor die Gefahr beseitigt war. Alarmierungen, die nach der Köpnickstraße 56, Kärasterstr. 4, Unter den Linden 3a, Reichensbergerstr. 71 und noch nach einigen andern Stellen erfolgten, waren auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

### Haus den Nachbarorten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung ist es am Mittwoch zu einem neuen Konflikt zwischen Mehrheit und Magistrat gekommen. Die Ursache desselben ist auf das Ansuchen der Armenlasten zurückzuführen. Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung hat seit Jahren ihr Streben danach gerichtet, die sozialen Aufgaben der Gemeinde völlig zu vernachlässigen. Insbesondere hat sie alle Maßnahmen, die auf die Milderung der Wohnungsnot und auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit gerichtet waren, zu hintertreiben versucht. Jetzt, wo sich die Folgen ihrer Sünden an der Steigerung der Ausgaben aus dem Armenetat bemerkbar machen, suchen sie die Schuld von sich abzuwälzen und den Ansehen zu erwecken, als ob die Gelder der Steuerzahler seitens des Decernenten der Armenverwaltung, des Stadtrats Samter, nur so zum Fenster hinausgeworfen würden. Unter Führung des Stadtverordneten-Vorsetzers Ströbeler richten sie die heftigsten Angriffe gegen den Magistrat, Angriffe, die jeder Grundlage entbehren. So hat Herr Ströbeler kürzlich angeblich an der Hand der Alten ein Schreiben verfaßt, in welchem er den Mitgliedern des Magistrats Ueberfretungen der Gefesse vorwarf. Der Magistrat ließ diesen Vorwurf natürlich nicht auf sich sitzen; in seiner Erwiderung warf er Herrn Ströbeler vor, er habe Thatsachen behauptet, die entweder überhaupt nicht oder von denen gerade das Gegenteil in den Akten steht. Ein Auszug aus diesem Schreiben des Magistrats ist von der „Vossischen Ztg.“ veröffentlicht worden. Dies gab Herrn Ströbeler den erwünschten Anlaß, sofort den Ausschuss, der zur Prüfung der Frage eingesetzt ist, zusammenzubekufen und sich von diesem mit Hilfe der Mehrheit, die ihm blindlings folgt, ein Vertrauensvotum ausstellen zu lassen.

Am Mittwoch sollte sich dann dieselbe Komödie, die sich in dem Anschluß abgespielt hatte, im Plenum wiederholen. Außerlich hat Herr Ströbeler gesagt, seine Anwürfen stellten ihm das Vertrauensvotum aus, aber in Wirklichkeit dürfte Herr Ströbeler ausgespielt haben, er ist gerichtet. Wohl noch niemals hat sich ein Stadtverordneten-Vorsetzer das sagen lassen müssen, was Herrn Ströbeler in dieser Sitzung gesagt wurde. Ein Mann wie er, so tief ihm ein Redner zu, gehört nicht an die Spitze der Versammlung. Ein anderer Redner, Professor Dr. v. Liszt, betonte unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit, er habe es als eine Beleidigung betrachtet, daß man ihm zugunsten habe, an einem Zeitessen zu Ehren des Vorsetzers teilzunehmen, und infolgedessen die Einladung mit Entrüstung zerissen. In der Sache selber wies der Magistrat

nach, daß Herr Ströbeler thatsächlich nicht das berichtet hat, was in den Akten steht, sondern genau das Gegenteil. Die Akten würden zu jedermanns Einsicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Aber es müßte alles nichts; mit der dreifachen Stirn von der Welt verstaute Herr Ströbeler um den Kern der Sache herumzugehen und sich als die arme verfolgte Unschuld hinzustellen.

Von unfer Seite griffen die Genossen Hirsch und Baake in die Debatte ein. Ersterer betonte, daß es sich nicht um eine persönliche Differenz zwischen dem Vorsetzer und den Magistratsmitgliedern handle; wäre das der Fall, so würden die Socialdemokraten sich neutral verhalten und es ruhig mit ansehen, bis die Gegner sich zerfleischt haben. Aber in Wirklichkeit handle es sich um einen Kampf zwischen der Minderheit im Magistrat, die die Armenpflege social ausgestalten wolle und zwischen der durch Ströbeler repräsentierten Mehrheit, die das Jurid ins Mittelalter predige. Stadtr. Baake wies auf die Ursachen des Anwachsenden der Armenlasten hin und charakterisierte das Streben der Freunde des Herrn Ströbeler dahin, daß diese den Decernenten der Armenverwaltung zum Vortritt erwidrigen wollten.

Der Antrag der Freunde des Herrn Ströbeler, der darauf hinausläuft, daß der „Vossischen Zeitung“ eine im Sinne des Herrn Ströbeler gerichtete Anklage übersandt werden sollte, gelangte mit 28 gegen 18 Stimmen zur Annahme. Damit ist der Grund zu einem neuen Konflikt gegeben, denn der Oberbürgermeister erklärte sofort, daß dieser Beschluß die Befugnisse der Stadtverordneten überschreite und daß der Magistrat ihm nicht beitreten werde.

Vorher hatte die Versammlung den ersten Beigeordneten Dr. Raier-Renscheid zum Stadtsyndikus gewählt und debattete einige Vorlagen, darunter die betreffend den Erlass eines Ortsstatuts über die Ausbeutung der Krankenversicherungspflicht auf männliche und weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge angenommen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung erledigte am Montag ihre Tagesordnung (sieben Punkte) in — 20 Minuten. Die Meistheit zweifeln der Fiskal bei den allgeringsten Objekten verfaßt, konnte man so recht bei der äußeren Aus schmückung des neuen Amtsgerichtsgebäudes sehen. Nachdem die Kommune den Bauplatz im Werte von über einer halben Million unentgeltlich hergegeben hatte, verlangte die Bauverwaltung zur Anbringung zweier kleiner monumentaler Brunnen zu beiden Seiten des Hauptportals die Lieferung des benötigten fließenden Wassers auf Kosten der Stadt „zum Kränzen der Pferde des nahen Droschken-halteplatzes“. Um den löblichen Plan nun nicht scheitern zu lassen — sonst dürfte aus demselben bei dem bekannten fiskalischen Standpunkte, überhaupt nichts werden — bewilligte die Versammlung einen Betrag von 200 M. ausschließlich zur Wasserlieferung ohne Uebernahme der Anlage- und sonstigen Kosten. — Die Kostenrechnung der schon seit zwei Jahren bestehenden Hohenzollernschule (Reformgymnasium) kommt jetzt endlich zur endgültigen Präsentation. Danach stellt sich dieselbe auf 785 216 M. Der Rechnungs- und Finanzauschuss soll indes die Rechnung nochmals prüfen. — In die gewünschte Deputation für Ausarbeitung von Vorschlägen betreffend die Gleichstellung der Besoldungsordnung für die städtischen und mittleren Unterbeamten mit denjenigen von Berlin und Charlottenburg wurde unfererseits Stadtr. Baumler delegiert.

Die Einwohnerzahl Schönebergs betrug Mitte dieses Monats 118 600 Personen; gegenüber der letzten Meldestatistik also eine Zunahme von 1187 Seelen. — Bekanntlich hatte Anfangs d. J. der zweite Bürgermeister Dr. Gerhardt in der städtischen Körperschaft erklärt, „daß mit der Fertigstellung der neuen Gemeinde-Doppelschule in der Hohenzollernstraße die „leidigen fliegenden Klassen“ beseitigt sein würden“. Nach der Um- und Einschulung am Anfang des April-Schuljahres sind nun, wie wir hören, immer noch fünf fliegende Klassen vorhanden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung gegenüber den letzten Jahren etwas gebessert haben (durchschnittlich sollen nicht mehr als 50 Kinder auf eine Klasse kommen), so ist diese Gewissheit im Volksschulwesen leider noch sehr zu bedauern und die Errichtung neuer Gemeindefschulen in erster Linie in den Vordergrund zu stellen.

Zehlendorf. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung debattelos, den Gemeindevorstand zu ermächtigen, den Bahnhofsbaun an der Deerenstraße (Wilkenskolonie Zehlendorf-West) in eigener Regie in Angriff zu nehmen; nach der Mitteilung des Gemeindevorstandes steht die unmittelbare Erledigung mit der Eisenbahnverwaltung bevor. Der schon zur Sechsdahne gewordene Bau des Direktions-Wohnhauses auf dem Grundstück des Gymnasiums wurde durch Bewilligung von 55 000 M. endlich erledigt. Komisch war hierbei das Auftreten des Volkstribunen Rakermeisters a. D. Hammer (jetzt Rentier), Durchfalls-Kandidat von Teltow-Deerslow-Storm-Charlottenburg bei der nächsten Reichstagswahl. Derselbe demonte gegen die Regierung, die den Gemeinden die Selbstverwaltung nehme, die die Gemeinden zu Ausgaben zwingt, die wahre Verschleuderungen von Kommunalvermögen herbeiführt usw. (Die Regierung hatte den Gymnasialbau von der Erbauung des Direktor-Wohnhauses abhängig gemacht.) Von seinen Kollegen im Doriparlament bekam er die häßliche Antwort, daß er ja anderswo die Maßnahmen der Regierung ruhig hinnehme, warum er also hier so empfindlich sei. Herr Hammer galt früher hier als freimüthig; daß er jetzt Kandidat des reaktionären Reichs-Wahlvereins für Teltow ist, beweist sein Anpassungsvermögen.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.**  
(G. S. Nr. 3, Hamburg.) Filiale A.  
Montag, den 27. d. M., abends 8 Uhr,  
im Lokal von Wollschläger,  
Adalbertstr. 21:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1903. 2. Das Kranken-fahren-Gesetz unter Berücksichtigung der Preisen für die Kranken. Referent: Genosse E. F. 3. Diskussion. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 181/4  
Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung**  
A. H.: Ludw. Borchardt, Vauherstr. 23, 1. Dg. hinter Ausgang 1.

**Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.**  
Mittwoch, den 29. April 1903, abends 8 Uhr,  
im Lokal des Herrn Feind, Weinstr. 11:  
Ortsratliche  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes für Arbeitsämter. 2. Bericht des Prüfungsausschusses und Decharge-Entscheidung des Kandidaten. 3. Abänderung des Statuts § 27, 8. Abänderung. 4. Abänderung des Statuts § 18, 7. Abänderung. 5. Verschiedenes. Aus Delegierte haben Zutritt.  
273/6 A. Salzmann, 1. Vorsitzender.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler**  
(G. S. 3.) Zahlreiche Lichtenberg.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr,  
im Lokale von Schneider, Kran-pingenstraße Nr. 47.  
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom ersten Quartal 1903. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Um regen Besuch ersucht  
184/5 Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Gemeinsame-Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.  
Am 4. Mai d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Egeland“, Waldenstr. Feldstr. 14:  
**Ordentliche Generalversammlung**  
zu der die Herren Delegierten hierdurch eingeladen werden.  
Tages-Ordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung für 1902. 2. Verschiedenes.  
Mariendorf, den 29. April 1903.  
Der Vorstand: 273/7  
C. Schröder, 1. Vorsitzender.

**Cigarren** 8196\*  
welche durch Sturm und Unwetter gelitten, verkauft bedeutend unter Preis  
**Wichtig für Händler!**  
**S. Glaser, Invaliden-Strasse,**  
Ecke Eichendorff-Str.

werden täglich  
**Betten** gründlich gereinigt.  
Abholen und Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenlos.  
**Retzlaff, Alte Jakobstr. 57/59.**

**Carl Schmidt,**  
Büsten-Fabrik,  
**BERLIN W.,**  
Taubenstr. 23,  
empfiehlt seine  
weltberühmten  
**Stoffbüsten**  
für jede Körperform.  
Figur wie nebenstehend.  
von 7 Mk. bis 50 Mk.  
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.  
Katalog gratis und franco.  
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 465L\*

**ORIGINAL SINGER**  
Pariser Weltausstellung 1900.  
Von der Internationalen Jury wurde den  
**Singer-Nähmaschinen**  
der  
**GRAND PRIX**  
der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.  
Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Ausstücker sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Ruf durch die musterhaften Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen.  
Hauptgeschäfts-Unterricht in d. modernen Kunstfertiger.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 10412\*

**Blutarme,**  
schwächliche und genessende Personen trinken  
**Santa Rosa**  
süßes Rotwein  
a Fl. 1,40 Mk. 816L\*  
oder  
**Afrikanischen Blutwein**  
kräftiger, herber Rotwein  
a Fl. 1,25 Mk.  
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von  
**Hermann Meyer & Co.,**  
Wattstrasse 11/12.

Heute giebt es wieder  
**Frische Blut- und Leber-Wurst**  
in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin, Lindenstr. 69,**  
„Vorwärts“-Haus, Reichthums- und Mittagstisch, Sitzungszimmer.

**Verlag v. G. Birk & Co., München.**  
Zur Agitation empfehlen wir:  
**Robert Albert: Kaiser-Adressen** mit einem Anhang: **Kruppscher Wohlthätigkeits-Schmiedel, 20 Pf.**  
**Der Fall Krupp,** eine Thatsachenansammlung, 50 Pf. Demnachst erscheinend:  
**Johannes Timm: Centrum und Socialdemokratie, 20 Pf.**  
**H. von R.: Parteienportraits, 50 Pf. 11472\***  
Kopierereien hoher Rabatt.

**Blutarme,**  
schwächliche und genessende Personen trinken  
**Santa Rosa**  
süßes Rotwein  
a Fl. 1,40 Mk. 816L\*  
oder  
**Afrikanischen Blutwein**  
kräftiger, herber Rotwein  
a Fl. 1,25 Mk.  
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von  
**Hermann Meyer & Co.,**  
Wattstrasse 11/12.

**Berliner Nordpark**  
Müllerstrasse 138.  
**Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes** mit größtem Anhang für die Frühkonzerte an beiden Pfingstfesttagen unter sehr günstigen Bedingungen gewünscht.  
1902 Die Direktion.

**Möbel-Fabrik „Victoria“**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Sonntag, den 10. Mai 1903, vormittags 9 Uhr,  
im Geschäftslokal, Arminstr. 52:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 2. Revisionsbericht. 3. Auswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Statutenänderung. 5. Verschiedenes.  
Die Bilanz liegt in unserm Geschäftslokal zur Einsicht aus. 813B  
Der Vorstand:  
M. Hünche, A. Schulz.

**Herren-Kragen,**  
— reinlichen, garantiert frisch, — verschiedene Façons in allen Preisen,  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Gebläusene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wanddecken, Prima, garant. frisch  
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotasen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen.  
**Ernst Marcuse, Wänsstr. 23.**

**Reste**  
höflich für elegante Herrenanzüge, Palotats, Kinder-Anzüge usw.  
**Tuchfabrik-Niederlage**  
Koch & Seeland, Berlin C, Köpferstr. 2.